

**7. Sitzung des Gemeindeparlamentes,  
Donnerstag, 24. Mai 2018,  
Stadthaus, Ratsaal,  
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.30 Uhr**

Anwesend sind: 38 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Reto Grolimund, 3. Urs Knapp, 4. David Plüss, 5. Daniel Probst,  
6. Monique Rudolf von Rohr, 7. Simone Sager, 8. Deny Sonderegger (bis 20.20 Uhr)

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Eugen Kiener, 4. Andrea Leonhardt Mohr,  
5. Huguette Meyer Derungs, 6. Dr. Rudolf Moor, 7. Dr. Arnold Uebelhart, 8. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Heidi Ehram, 2. Beat Felber, 3. Dr. Christoph Fink, 4. Muriel Jeisy

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Beatrice Schaffner

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Anita Huber, 3. Michael Neuenschwander, 4. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Franziska Erzinger, 3. Doris Känzig, 4. Philippe Ruf,  
5. Christian Werner

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard, 3. Simon Muster

Olten jetzt!

1. Daniel Kissling, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Denise Spirig

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident

Thomas Marbet, Direktion Bau (ab 19.20 Uhr)

Marion Rauber, Direktion Soziales

Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste

Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport

Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Kurt Schneider, Verwaltungsleiter Baudirektion (bis 21.15 Uhr)

Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent (bis 22.00 Uhr)

Unentschuldigt abwesend:

Alexandra Kämpf

Luc Nünlist

Vorsitz: Dr. Rudolf Moor

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

\* \* \*

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Gemeindeparlament/Demission
- \* 2a Fraktionserklärung SP/Junge SP betr. offener Brief Martin Wey
- \* 2b Fraktionserklärung Grüne betr. Parkleitsystem
3. Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitglieds
- \* 3a Dringliche Interpellation Olten jetzt! betr. Offener Brief des Stadtpräsidenten zur Teilrevision des Energiegesetzes/Frage der Dringlichkeit
- \* 3b Dringliche Interpellation Olten jetzt! betr. ausgelaufener Leistungsvereinbarung Schützi/Frage der Dringlichkeit
- \* 3c Dringliche Interpellation Daniel Probst (FDP) betr. Buslinie 503 an der Höhenstrasse in Olten/Frage der Dringlichkeit
4. Finanzkommission/Demission und Ersatzwahl
5. sbo, Bericht und Rechnungen 2017/Genehmigung
- \* 5a Dringliche Interpellation Olten jetzt! betr. ausgelaufener Leistungsvereinbarung Schützi/Beantwortung
- \* 5b Dringliche Interpellation Daniel Probst (FDP) betr. Buslinie 503 an der Höhenstrasse in Olten/Beantwortung
6. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
  - 6.1. Motion Marlène Wälchli Schaffner (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Kommission «Alterspolitik Olten»
  - 6.2. Interpellation Fraktion SP/Junge SP betr. «Eignerstrategie der sbo des Stadtrates»
  - 6.3. Interpellation Fraktion SP/Junge SP betr. «Strategisches Vorgehen bei Verkäufen/Zukäufen oder Umnutzungen von städtischen Liegenschaften»
  - 6.4. Interpellation Urs Knapp (FDP) und Mitunterzeichnende betr. «Warum vergibt Olten Planungsaufträge meistens ans gleiche Büro?»
- \* Ergänzung der Traktandenliste

\* \* \*

**Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor** begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

\* \* \*

# Mitteilungen

## Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor:

### Dank Einsatz alte Brücke

Zuerst etwas, das ich von mir aus sage. Ich möchte die Gelegenheit nützen und der Feuerwehr, Stadtverwaltung, Baudirektion und dem Werkhof für die doch speditive und rasche Lösung des Problems nach dem Brand auf der alten Brücke danken, dass man so schnell wieder durchgehen kann. Ich finde es eine gute Leistung, dass man dort über Ostern gearbeitet hat, um ein solches Provisorium in relativ kurzer Zeit zu errichten, und möchte hier doch allen danken, die dabei mitgeholfen haben. Ich glaube, das wäre ein kleiner Applaus wert.

Es folgt Applaus.

\* \* \*

### Vorstösse/Eingang

- Interpellation Tobias Oetiker und Laura Schöni (Olten jetzt!) betr. Internetzensur an Oltner Schulen
- Dringliche Interpellation Olten jetzt! betr. Offener Brief Stadtpräsident zur Teilrevision des Energiegesetzes
- Dringliche Interpellation Daniel Kissling (Olten jetzt!) betr. ausgelaufener Leistungsvereinbarung Schützi Olten
- Dringliche Interpellation Daniel Probst (FdP) betr. Buslinie 503 an der Höhenstrasse in Olten
- Motion Fraktion Grüne betr. Hitzeinsel verhindern – Schottergärten vermindern
- Interpellation Grüne Olten betr. Behördenpropaganda gegen das Energiegesetz – Intervention durch Stadtpräsident Martin Wey im Graubereich?
- Überparteiliches Postulat betr. WLAN im Stadthaus
- Interpellation Matthias Borner (SVP) betr. Vergabe des Auftrags «Jugendarbeit»
- Postulat Christoph Fink (CVP/EVP/GLP) betr. Schutz der Holzbrücke
- Motion Christoph Fink (CVP/EVP/GLP) betr. Bereinigung der gesetzlichen Erlasse der Stadt Olten
- Motion Olten jetzt! betr. Offenes Fiber to the Home Glasfasernetz für Olten

\* \* \*

## Merkblatt «Motion versus Postulat»

Das geht auf die vorletzte Sitzung zurück, als es ziemlich Divergenzen oder unterschiedliche Ansichten dazu gab, was eine Motion und ein Postulat ist. Wir haben daraufhin im Büro beschlossen, dass man ein solches Merkblatt macht. Ihr habt jetzt hier einmal etwas, das man zu diesem Thema erarbeitet hat. Ihr seht Motion, Postulat, parlamentarischer Auftrag, und Ihr seht, was so die wesentlichen Kriterien sind, die ein solcher Vorstoss enthalten muss, damit er zur einen oder anderen Kategorie gezählt werden kann.

\* \* \*

## Kulturapéro der Stadt Olten

Der Kulturapéro findet am Sonntag, 17. Juni 2018, 10.00 Uhr, im Schloss Wartenfels statt.

Beilage:  
Vorstosstexte

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 75

---

## Gemeindeparlament/Demission

Für das Gemeindeparlament ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 31. März 2018 demissioniert Luisa Jakob (JSP) infolge Wegzugs aus Olten als Mitglied des Gemeindeparlaments per 1. April 2018.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Luisa Jakob (JSP) zu genehmigen.

## Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Luisa Jakob (JSP) genehmigt.

Mitteilung an  
Frau Luisa Jakob  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 76

## Fraktionserklärung SP/Junge SP betr. offener Brief Martin Wey

**Dr. Christine von Arx:** Auch wir haben das Schreiben, das in alle Haushalte verschickt wurde, zur Kenntnis genommen und geben als Fraktion dazu folgende Erklärung ab: Die Stadt Olten trägt das Label als Energiestadt und ist stolz darauf oder war es mindestens. Die Bedeutung dieses Labels wird umschrieben als Leistungsausweis für Gemeinden, die eine nachhaltige kommunale Energiepolitik vorleben und umsetzen. Energiestädte fördern erneuerbare Energien, umweltverträgliche Mobilität und setzen auf eine effiziente Nutzung von Ressourcen. Mit Erstaunen haben wir zur Kenntnis genommen, dass sich unser Stadtpräsident als Amtsträger prominent gegen die Teilrevision des Energiegesetzes wehrt. Dadurch wird ein erheblicher Teil der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt vor den Kopf gestossen. Sie haben doch mit über 65 % dem Energiegesetz des Bundes zugestimmt. Das Bekenntnis zum Label Energiestadt ist offensichtlich von einem Teil der Stadtregierung nicht ernst gemeint. Wir sind auch erstaunt, dass sich der Stadtpräsident in seiner Funktion zu einer Abstimmungsvorlage äussert, welche die Stadt in keiner Art und Weise tangiert und dabei vergisst, dass er in seiner Funktion als Stadtpräsident alle Einwohnerinnen und Einwohner zu vertreten hat. Dies gilt auch umso mehr, als er ein Vertreter einer Kleinpartei ist. Die Fraktion der SP/Jungen SP ist entrüstet, wie leichtfertig und fahrlässig Vertreter der Oltner Stadtregierung mit einer über Jahre gefestigten und von der Bevölkerung geschätzten und mitgetragenen ökologischen Politik umgeht. Unter diesem Fehltritt eines wichtigen Mitglieds des Stadtrats leidet die Glaubwürdigkeit des ganzen Gremiums. Wir distanzieren uns von dieser Art von Politik, wo die Würde des Amtes als Stadtpräsident verletzt wird, und erwarten, dass dies ein einmaliger Ausrutscher ist und der restliche Stadtrat in geeigneter Art und Weise reagiert.

Mitteilung an  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 77

## Fraktionserklärung Grüne betr. Parkleitsystem

**Myriam Frey Schär:** In der Parlamentssitzung vom 18. Mai 2017 wurde die von den Grünen lancierte Volksmotion mit dem Titel «Schluss mit Parksuchverkehr und halbleeren Parkhäusern – Olten braucht endlich ein Parkleitsystem» mit 38 : 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen. Der Text des Auftrags sieht vor, dass der Stadtrat innerhalb von 9 Monaten nach Annahme der Motion dem Parlament ein Parkleitsystem nach dem Vorbild Aarau zur Bewilligung vorzulegen hat. Die Überweisung ist unterdessen ein Jahr her, und die neunmonatige Frist zur Präsentation einer Vorlage ist vor drei Monaten am 18. Februar abgelaufen. Angesichts dieser abgelaufenen Frist erwartet die grüne Fraktion vom Stadtrat, dass er die Bevölkerung baldmöglichst darüber informiert, wann mit einer Vorlage und wann bei deren Annahme mit der Einführung des Parkleitsystems zu rechnen ist. Es steht ausser Frage, dass es nicht immer möglich ist, sich an Motionsfristen zu halten. Aber wir sind der Meinung, dass solche Fälle jeweils von Stadtrat und Verwaltung transparent zu kommunizieren sind und der Öffentlichkeit dargelegt werden soll, inwieweit sich der geplante Fahrplan verschoben hat. Merci.

Mitteilung an  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 78

## **Aufnahme und Vereidigung eines neuen Parlamentsmitgliedes**

Gemäss Art. 18 der Gemeindeordnung ist ein frei werdender Parlamentssitz durch Nachrücken ab der Proporzliste neu zu besetzen. Durch den Rücktritt von Luisa Jakob ist ein Sitz der Jungen SP frei geworden. Simon Muster (JSP) hat sich bereit erklärt, das Mandat als ordentliches Mitglied des Gemeindeparlamentes anzunehmen.

Zur Vereidigung erhebt sich das Parlament von den Sitzen. Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor begrüsst Simon Muster. Er verliest die Gelöbnisformel: „Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.“

Simon Muster legt hierauf mit den Worten „ich gelobe“ das Gelöbnis ab. Damit ist er vereidigt. Es folgt Applaus.

Mitteilung an  
Herrn Simon Muster, Rosengasse 50, 4600 Olten  
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 79

## **Dringliche Interpellation Olten jetzt! betr. Offener Brief des Stadtpräsidenten zur Teilrevision des Energiegesetzes/Frage der Dringlichkeit**

**Tobias Oetiker:** Am letzten Freitag ist in allen Haushaltungen von Olten und wahrscheinlich auch sonst im Kanton Solothurn ein Brief des Solothurner Komitees «Menschen für Klimaschutz gegen Energiebürokratie und Kostenwahnsinn» eingetroffen. In diesem Schreiben wird der Verband der Solothurner Einwohnergemeinden prominent erwähnt, und es ist von Martin Wey mit dem Zusatz Stadtpräsident Olten unterschrieben. Dadurch entsteht bei den Leuten, die diesen Brief erhalten, leicht der Eindruck, dass sich dabei um eine offizielle Mitteilung der Energiestadt Olten zum Energiegesetz handelt. Mit unserer Interpellation möchten wir dem Stadtrat Gelegenheit geben, die im Schreiben gemachten Aussagen zu präzisieren und zu erläutern. Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass die Abstimmung über dieses aktualisierte Energiegesetz schon am 10. Juni sein wird, also vorher keine weiteren Parlamentssitzungen stattfinden werden, die Gelegenheit geben würden, auf diese Interpellation zu antworten.

**Dr. Christoph Fink, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Wir sind gegen die Dringlichkeit. Die Beantwortung dieser Fragen, die für uns nicht alle sehr relevant oder verständlich sind, wird den Ausgang der Abstimmung nicht beeinflussen. Ich möchte noch erwähnen, dass die Rede- und Meinungsfreiheit integral zu 100 % auch für den Stadtpräsidenten gilt, ebenfalls für diejenigen, die das Gefühl haben, sie seien 100 % anderer Meinung. Der Stadtpräsident hat dies sehr wohl im Interesse der Stadt gemacht, weil er gesagt hat, es kommt auch auf die Stadt und die anderen Gemeindevertreter ein riesiger Aufwand zu. Das ist natürlich eine Meinung, die man haben kann. Aber man muss sie respektieren.

**Christian Werner, SVP-Fraktion:** Ich kann mich meinem Vorredner anschliessen. Wir sind gegen Dringlichkeit. Ich äussere mich nicht zur Sache dieses in meinen Augen billigen Arena-Vorstosses, sondern äussere mich nur zur Dringlichkeit. Sie ist im Vorstoss selber mit keinem Satz begründet worden, und auch die Ausführungen, die wir jetzt gehört haben, waren eigentlich mehr materieller als formeller Natur. Zur Dringlichkeit hat man sich eigentlich fast gar nicht geäussert, und wenn man wirklich ein Interesse hat, diese Fragen sachlich zu klären, spricht sehr vieles dafür, dass man dies eben nicht dringlich behandelt, weil nämlich bei der Dringlichkeit ja die Antworten bekanntlich immer erst während der Sitzung ausgehändigt werden. Sie können dann in den Fraktionen gar nicht diskutiert werden. Erfahrungsgemäss findet so gar keine sachliche Debatte statt. Wenn Ihr diese Fragen wirklich klären wollt, spricht sehr vieles dafür, dass man dies an einer nächsten oder übernächsten Sitzung machen würde. Insofern sind wir klar gegen Dringlichkeit, die mitnichten begründet ist.

### **Beschluss**

Mit 23 : 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Mitteilung an  
Stadtschreiber  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 80

## **Dringliche Interpellation Olten jetzt! betr. ausgelaufener Leistungsvereinbarung Schützi/Frage der Dringlichkeit**

**Florian Eberhard:** Wir sind in unserer Interpellation ja schon etwas auf die Dringlichkeit eingegangen. Es geht darum, dass sich die Schützi seit gut fünf Monaten in diesem Schwebe-zustand ohne Leistungsvereinbarung befindet. Um für die Kulturstadt Olten schmerzhaftige Auswirkungen zu vermeiden, muss die Stadt schnellstmöglich eine neue Leistungsvereinbarung mit dem Verein der Schützi abschliessen. Wenn der momentane Leiter der Schützi, Oli Krieg, auf Ende 2018 zurücktritt, muss eine neue Person eingesetzt werden. Ob sie dann den Betrieb Stand jetzt ohne Leistungsvereinbarung so weiterführen kann und will, ist fraglich. Ich bitte Euch, noch zu beachten, dass die Interpellation, wenn sie heute nicht dringlich behandelt wird, aufgrund der sehr vielen anstehenden Geschäfte kaum im Juni und eventuell auch nicht im September behandelt werden. Nachher ist es aus meiner Sicht eigentlich schon fast zu spät. Für die Budgetplanung 2019 wäre es sicher gut, wenn man in diesem Bereich so früh als möglich Klarheit hätte.

**Doris Känzig, SVP-Fraktion:** Wir haben jetzt fünf Monate ohne Vertrag. Diese Zeit hätte längstens für einen Vorstoss auf ordentlichem Weg genügt. Die sechs komplexen Fragen brauchen eine sorgfältige Behandlung und nicht wieder einen Schnellschuss, unter dem die Qualität leidet. In der Begründung der Dringlichkeit steht, die Stadt muss schnellstmöglich eine Leistungsvereinbarung mit dem Verein Schützi abschliessen. Das ist eigentlich eher der Wortlaut für eine dringliche Motion und nicht für eine Interpellation. Wir sind deshalb gegen die Dringlichkeit.

**Daniel Kissling, Olten jetzt!:** Ich möchte noch kurz sagen, dass wir nicht seit fünf Monaten, dass Oliver Krieg ein Jahr früher kündigt, als er in Pension gegangen wäre, was er nicht vorhatte. Es zeigt einfach jetzt, dass innerhalb dieser fünf Monate in diesem Schwebezustand scheinbar auch die Arbeitsbedingungen immer schwieriger wurden und dass gerade damit, je länger es dauert, umso mehr ein wichtiger, essentieller Teil der Oltnen Kulturstadt aufs Spiel gesetzt wird. Vor fünf Monaten wussten wir dies noch nicht. Jetzt wissen wir es und müssen etwas dagegen tun.

**Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor:** Daniel Kissling, ich nehme an, Du bist Dir bewusst, dass Du jetzt die Rolle des Fraktionssprechers eingenommen hast.

**Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne:** Wir sind gegen die Dringlichkeit, weil wir finden, dass nicht gerade jedes Thema im OT einen dringlichen Vorstoss hervorrufen sollte und auch nicht ein vertragsloser Zustand, um hier in der Verhandlungssituation irgendetwas oder Informationen vorzugreifen. Das sollte man schon der Stadt überlassen.

**Dieter Ulrich:** Ich hätte eigentlich nur gerne gewusst, wie der Stadtrat dazu steht.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Selbstverständlich haben wir eine Meinung dazu. Die Dringlichkeit ist an und für sich nicht gegeben. Wir haben keinen vertragslosen Zustand, sondern es ist eine Leistungsvereinbarung, die im Moment stillschweigend weiterläuft. Es ist so, dass wir tatsächlich Vertragspunkte haben, die noch ausgehandelt werden müssen, wo die Stadt Olten differenziert in kleineren Bereichen eine andere Auffassung hat. Deshalb erachten wir die Dringlichkeit als nicht gegeben. Selbstverständlich wären wir vorbereitet und hätten diese Fragen beantwortet.

### **Beschluss**

Mit 22 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an  
Stadtschreiber  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 81

## **Dringliche Interpellation Daniel Probst (FDP) betr. Buslinie 503 an der Höhenstrasse in Olten/Frage der Dringlichkeit**

**Daniel Probst:** Für die Begründung zur Dringlichkeit muss ich Euch mit ein paar Daten belästigen. Im Januar 2017 – das ist schon eineinhalb Jahre her – habe ich in der kantonalen Verkehrskordinationskommission zum ersten Mal von diesem Projekt gehört, dass wir in Olten-Gösigen-Gäu neue Busverbindungen erhalten sollen. Ich habe dies zu Hause meiner Frau voller Freude erzählt. Ich fand, das ist doch gut. Der Fustlig wird erschlossen. Dann hat sie aber, wie sie ist, einfach darauf hingewiesen. Ja, aber das ist doch schwierig. Dort spielen Kinder, und es hat Parkplätze. Können denn die Leute hier nichts sagen? Werden sie nicht informiert? Dann habe ich gesagt, doch, sie werden informiert. Da kommt die Stadt schon rechtzeitig, bezieht die Leute mit ein. So läuft dies normalerweise. Schliesslich ist es eine verkehrsberuhigte Strasse, und da muss man Rücksicht nehmen auf die Anwohner. Ich habe gedacht, das läuft so. Das wird dann auch so erledigt. Am 28. April hat sich immer noch nichts bewegt, ist immer noch nichts passiert. Dann haben erste Anwohner angefangen, sich zu fragen, was passiert eigentlich hier? Man weiss ja, dass dies bald einmal eingeführt wird, auf den nächsten Fahrplanwechsel. Dann haben sie dem Stadtrat einen Brief geschrieben und gefragt, was passiert hier? Könnt Ihr uns informieren? Dürfen wir mitdiskutieren? Dürfen wir mitbestimmen? Wir haben nichts gegen diese Buslinie. Aber es wäre noch gut zu wissen, wo die Haltestellen sind, wo gebaut wird, was hier passiert. Am 8. Mai haben sie eine Antwort erhalten, recht schnell, das ist gut, auch wieder von der Stadt, wo es hiess, selbstverständlich könnt Ihr hier mitwirken, mitbestimmen. Das könnt Ihr tun. Das machen wir immer so. Kein Problem. Die Anwohner waren beruhigt und dachten, doch, das ist gut. Hier können wir mitreden, zwar etwas spät, aber wir können. Dann mussten sie aber ein paar Tage später erfahren, dass diese Ausschreibung gemacht wird. Am 17. Mai wurde es publiziert. 17 Parkplätze weg, eine Bushaltestelle dorthin usw. Sie haben dann noch erfahren, dass der Stadtrat dies eigentlich am 7. Mai schon entschieden hatte, nämlich einen Tag, bevor die Stadt geantwortet hat, Ihr könnt dann schon mitbestimmen. Jetzt haben die Anwohner zehn Tage Zeit, sich noch zu äussern, mitwirken, mitreden zu können. Am Sonntag wird dies ablaufen. Ich finde, man kann dies nicht so machen und es ist auch nicht sehr kundenfreundlich, wenn man dies so sagen darf. Seit Januar 2017 ist wie gesagt klar, was dort ungefähr passieren sollte. Ich finde, hier hat man etwas verpasst. Es ist höchste Zeit, dass man diese Karten auf den Tisch legt. Man findet es zwar, wenn man es zusammensucht, hier und dort online. Aber ich glaube, die Anwohner haben das Recht zu erfahren, wie dies genau aussieht, so dass sie jetzt noch innerhalb von drei Tagen, sofern Ihr der Dringlichkeit zustimmt, reagieren könnten. Deshalb glaube ich, dass die Dringlichkeit bei diesem Vorstoss mehr als gegeben ist.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Die Anfrage geht an und für sich an zwei Direktionen. Einerseits ist der ÖV beim Präsidium angesiedelt, auch die Planung des Ganzen. Die Ausführung ist dann schlussendlich bei der Direktion Bau. Die Dringlichkeit sehen wir in diesem Sinne nicht als vordringlich gegeben. Natürlich haben wir auch hier unsere Fragen koordiniert, dann auch zusammen beantwortet. Wir überlassen es dem Parlament, ob dieser Aspekt und vor allem auch die vielleicht kleinere, aber doch für die richtige Fragestellung im Parlament diskutiert werden soll.

**Doris Känzig, SVP-Fraktion:** Die Einsprachefrist, die nächstens ablaufen wird, hat uns dazu bewegt, die Dringlichkeit hier zu unterstützen.

**Eugen Kiener:** In der Frage der Dringlichkeit ist die SP-Fraktion geteilter Meinung. Diejenigen, die eher gegen die Dringlichkeit sind, sagen, es sei im Zusammenhang mit diesem Buskonzept eine lange Vernehmlassungsfrist gewesen, wo man rechtzeitig hätte reagieren können. Die anderen, welche die Dringlichkeit unterstützen werden, finden, dass durchaus ein Informationsbedürfnis der Anwohner vorhanden ist und auch, abgesehen vom Dauerbrenner der FdP-Politik, der Parkplätze, es doch auch noch Fragen von allgemeinem Interesse gibt.

**Beat Felber, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Wir sind für die Dringlichkeit, aber insbesondere wegen der Frage 2, wo es um die Parkplätze geht, weil dies eigentlich die breite Öffentlichkeit interessieren könnte.

### **Beschluss**

Mit 36 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an  
Stadtschreiber  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 82

## Finanzkommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Finanzkommission sind eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Wegen Wegzugs demissioniert Luisa Jakob (SP/JSP) per 1. April 2018 als Mitglied der Finanzkommission.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Luisa Jakob (SP/JSP) zu genehmigen.

### Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Luisa Jakob (SP/JSP/) genehmigt.

Als Ersatz für Luisa Jakob schlägt die Fraktion SP/JSP Simon Muster als neues Mitglied der Finanzkommission zur Wahl vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Simon Muster (SP/JSP) zu genehmigen.

### Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Simon Muster (SP/JSP) genehmigt.

Mitteilung an  
Frau Luisa Jakob  
Herrn Simon Muster, Rosengasse 50, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)  
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten  
Direktion Finanzen und Dienste  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 83

## sbo, Bericht und Rechnungen 2017/Genehmigung

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen, gestützt auf § 9 Abs. 2 der Statuten sbo, den Geschäftsbericht und die detaillierten Rechnungen der sbo für das Jahr 2017. Die Detailinformationen können den Beilagen entnommen werden.

### INHALT

1. Einleitung
2. Erläuterungen zu den Sparten
3. Weitere Kommentare
4. Erfolgsrechnung
5. Bilanz
6. Geldflussrechnung
7. Investitionen in Sachanlagen
8. Kennzahlen
9. Bar- und Sachleistungen zugunsten EGO
10. Revisionsstelle
11. Beschlussesantrag

#### 1. Einleitung

Der Stadtrat freut sich, Ihnen für das Jahr 2017 wiederum einen erfolgreichen Geschäftsabschluss präsentieren zu dürfen. Mit einem Gewinn von rund 2.9 Mio. CHF bewegt sich der ausgewiesene Jahresgewinn auf dem Niveau des Vorjahres. Mit dem erwirtschafteten Cashflow (Traditionell analog der Selbstfinanzierung nach HRM2, oder operativ nach Geldflussrechnung) konnten die getätigten Investitionen bei weitem gedeckt werden.

Traditioneller Cashflow <sup>1</sup>	11.3 Mio. CHF	Vorjahr: 13.5 Mio. CHF
Operativer Cashflow <sup>2</sup>	18.2 Mio. CHF	Vorjahr: 24.4 Mio. CHF

<sup>1</sup>) Jahresergebnis mit vorgenommenen Abschreibungen sowie gebildeten Rückstellungen

<sup>2</sup>) Geldfluss aus Geschäftstätigkeit

Zum guten Resultat beigetragen haben:

- Erreichen der Budgetvorgaben in sämtlichen Geschäftsbereichen
- Einhaltung des nicht umsatzabhängigen Kostenbudgets
- Optimierte Kapazitäts-Nomination Erdgas
- Geringere Abschreibungen infolge tieferen Investitionen und noch nicht abgerechneten Anlagen im Bau

Bei den Investitionen beliefen sich sowohl Brutto- als auch Nettoinvestitionen auf dem Niveau des Vorjahres.

Bruttoinvestitionen	9.2 Mio. CHF	Vorjahr: 10.1 Mio. CHF
Nettoinvestitionen	6.9 Mio. CHF	Vorjahr: 7.7 Mio. CHF

Nach Rücksprache mit der städtischen Finanzverwaltung wurden die abzuliefernden Beträge als Kontokorrentverbindlichkeit bei der sbo belassen. Die Kontokorrentguthaben der Stadt stiegen deshalb von 3.6 Mio. Franken im Vorjahr auf 9.1 Mio. CHF an.

Die sbo standen 2017 im 16. Betriebsjahr des Joint Venture mit der Aare Versorgungs AG. Das gesamte Personal ist bei der a.en angestellt. Im Jahresabschluss 2016 wurde budgetkonform eine a.en Dividende von 30 % abgegrenzt. Anlässlich der a.en GV wurde auch eine Dividende von 30 % beschlossen (Dividende auf 1 Mio. CHF Aktienkapital der sbo an der a.en) und im Mai 2017 ausbezahlt. Für den Jahresabschluss 2017 wurde analog des Vorjahres eine unveränderte Dividende berücksichtigt.

## 2. Erläuterungen zu den Sparten

### **Elektrizitätsversorgung**

Die abgerechnete Energiedurchleitung (= Gesamter Stromverbrauch aller Kundinnen und Kunden) bewegte sich mit 138.0 Mio. kWh um 0.8 % unter der Vorjahreshöhe.

Der Aufwand für das Netzentgelt schlägt insgesamt leicht höher zu Buche: Die Kosten für die Vorliegernetze als auch die SDL Abgabe an die Swissgrid fielen zwar tiefer aus, demgegenüber wurde aber die KEV Abgabe wiederum erhöht. Eine allfällige Unter- oder Überdeckung aus dem Erlös beim Netzentgelt wird entsprechend den Vorgaben der ElCom berücksichtigt und in die Kalkulation der Folgejahre einfließen.

Der Stromverkauf an Endverbraucher nahm um 6.5 Mio. kWh oder 6.8 % ab, wodurch sich auch der Beschaffungsaufwand gegenüber dem Vorjahr – sowohl mengen- als auch wertmässig – verminderte. Zudem konnte die Beschaffung weiter optimiert werden, d.h. die Energie von der Vorlieferantin Alpiq günstiger eingekauft werden. Diese Vergünstigung wurde an die Endverbraucher – sowohl im Markt als auch in der Grundversorgung – weitergegeben.

Die Rücklieferungen (aus vornehmlich wärmegesteuerten Anlagen; BHKW) nahmen wiederum zu. Die Beschaffung der Herkunftsnachweis über den ökologischen Mehrwert für die einzelnen Stromprodukte steht mit einem leicht tieferen Betrage zu Buche. Nach wie vor „mixt“ jeder Endverbraucher mit einem Jahresverbrauch von unter 100 MWh seine Energie selber: Er hat die Wahl zwischen Standard-, Aare- oder GrauStrom, wobei der StandardStrom im Default-System vorgeschlagen wird; dabei beträgt der Anteil Solarstrom mit 5 % mehr als doppelt so viel wie bei der Lancierung versprochen. Im Segment MarktStrom wird zwischen „nicht überprüfbarer“ Qualität, Kern- und Wasserenergie gewählt. Durch den Bereich Energie konnten rund 3.1 Mio. kWh als Stromverkauf dem Bereich Netz in Rechnung gestellt werden (Netz- / Übertragungsverluste).

Gegenüber dem Vorjahr fiel der Aufwand tiefer aus. Durch die Zunahme des MarktStrom-Segmentes reduzierte sich jedoch auch die durchschnittlich erzielte Marge.

Gegenüber den Budgetvorgaben wurde einerseits ein leicht tieferer Ertrag erwirtschaftet. Andererseits fiel der Aufwand – bei guter Kosteneinhaltung - budgetkonform aus. Zudem waren die ordentlichen Abschreibungen tiefer.

### **Erdgas- / Biogas- / Wärmeversorgung**

Obwohl zu Beginn des Jahres eine klirrende Kälte herrschte war die Anzahl Heizgradtage

etwa gleich hoch wie im Vorjahr. Dennoch konnten bei Vertrags- und Tarifkunden höhere Mengen abgesetzt werden. Somit stand der Gasverkauf mit 574.6 Mio. kWh gegenüber dem Vorjahr (+4.0 Mio. kWh oder +0.7 %) höher zu Buche.

Der Absatz an den Erdgastankstellen reduzierte sich nach der letztjährigen Steigerung um beinahe 7 %. Seit Anfang 2016 beträgt die unveränderte CO<sub>2</sub>-Abgabe 1.496 Rp./kWh. Per 1. April 2017 erhöhte die Vorlieferantin GVM die Gaspreise. Diese neuen Arbeitspreise wurden zeitgleich an die Kunden weitergegeben. Obwohl mengenmässig gegenüber dem Vorjahr nur eine um 0.5 % höhere Energiebeschaffung zu verzeichnen war, fiel aber der wertmässige Einkauf dadurch merklich höher aus (infolge gestiegener Preise der Vorlieferantin sowie auch für die Biogas Zertifikate).

#### Gegenüber dem Vorjahr

steigerte sich sowohl der Aufwand als auch der Ertrag in gleicher Höhe. Mit erneut optimierter Leistungsnomination konnte der Margenerosion entgegengewirkt werden.

#### Gegenüber den Budgetvorgaben

wurde ebenfalls einerseits ein höherer Ertrag erwirtschaftet. Andererseits stieg der Aufwand infolge höher ausgefallener Dienstleistungskosten für Unterhalt anstelle von Investitionen. In der Folge konnten nebst den ordentlichen Abschreibungen auch die budgetierten Rückstellungen zugunsten von Marktrisiken sowie für die Sanierung des 5bar Leitungsnetzes gebildet werden.

### **Wasserversorgung**

Der Wasserverkauf inkl. Gratisabgabe an die öffentlichen Brunnen fiel um 28'781 m<sup>3</sup> oder 1.3 % unter dem Wert des Vorjahres aus. In Olten fielen der Grundverbrauch um 1.4 % sowie der Mehrverbrauch um 0.3 % tiefer aus. In Trimbach wurde über den Grund- bzw. Mehrverbrauch eine insgesamt leichte Absatzsteigerung von 1.5 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet. Bei den übrigen Aussengemeinden war eine Reduktion von 10.2 % des Konsums zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr liegen somit insgesamt tiefere Absatzmengen vor.

#### Gegenüber dem Vorjahr

präsentierte sich der Aufwand merklich höher bei gleichzeitig leicht tieferem Ertrag.

#### Gegenüber den Budgetvorgaben

wurde – infolge tieferer Absatzmengen und nicht budgetkonformer Verrechnung von Anschlussgebühren – ein geringerer Ertrag erzielt. Im Weiteren stieg der Aufwand infolge höher ausgefallener Dienstleistungskosten für Unterhalt anstelle von Investitionen. Dadurch fielen auch die budgetierten ordentlichen Abschreibungen tiefer aus.

### **Finanzabteilung**

In der Finanzabteilung bewegten sich die tatsächlichen Erträge und Aufwendungen innerhalb der geplanten Vorgaben und wurden wie in den Vorjahren auf die entsprechenden Geschäftsbereiche umgelegt.

### 3. Weitere Kommentare

#### **Kontokorrentguthaben gegenüber der Einwohnergemeinde (EGO)**

Zwischen der sbo und der Einwohnergemeinde Olten besteht ein enges Verhältnis. Gutschriften und Auszahlungen wurden bisher über ein Kontokorrentkonto abgewickelt. Per

Ende 2016 betrug das Guthaben der Stadt bei der sbo 3.6 Mio. CHF. Nach Rücksprache mit der städtischen Finanzverwaltung wurde per Jahresabschluss 2017 auf eine Überweisung des Guthabens aufgrund von Liquiditätsdispositionen der Stadt verzichtet. Das Guthaben der Stadt bei der sbo beläuft sich per Ende 2017 auf 9.1 Mio. CHF.

### **Übernahme 50 %-Aktienpaket a.en von AVAG**

Im Zuge der Entflechtung der a.en soll der Betriebsteil AVAG aus der a.en herausgelöst werden. Gleichzeitig gilt es, die a.en auf die Bedürfnisse der sbo anzupassen, um weiterhin als vollwertige Betriebs- und Managementgesellschaft für die Belange der sbo tätig sein zu können. Im Betrage von 3.9 Mio. CHF wurde die Übernahme des 50 %-Aktienpaketes der AVAG an der a.en durch die sbo vollzogen.

### **Risikomanagement**

Die sbo verfügen über ein Risikomanagement, welches die Risiken der Geschäftsbereiche Elektrizität, Erd- & Biogas / Wärme sowie Wasser periodisch beurteilt. Ausgehend von der jährlich durchgeführten Risikoidentifikation werden die wesentlichen Risiken auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit und deren Auswirkung bewertet. Mit entsprechenden, vom Verwaltungsrat der sbo beschlossenen Massnahmen werden diese Risiken vermieden, vermindert oder abgesichert. Die aktuelle Risikobeurteilung wurde durch den Verwaltungsrat der sbo am 11. Dezember 2017 verabschiedet.

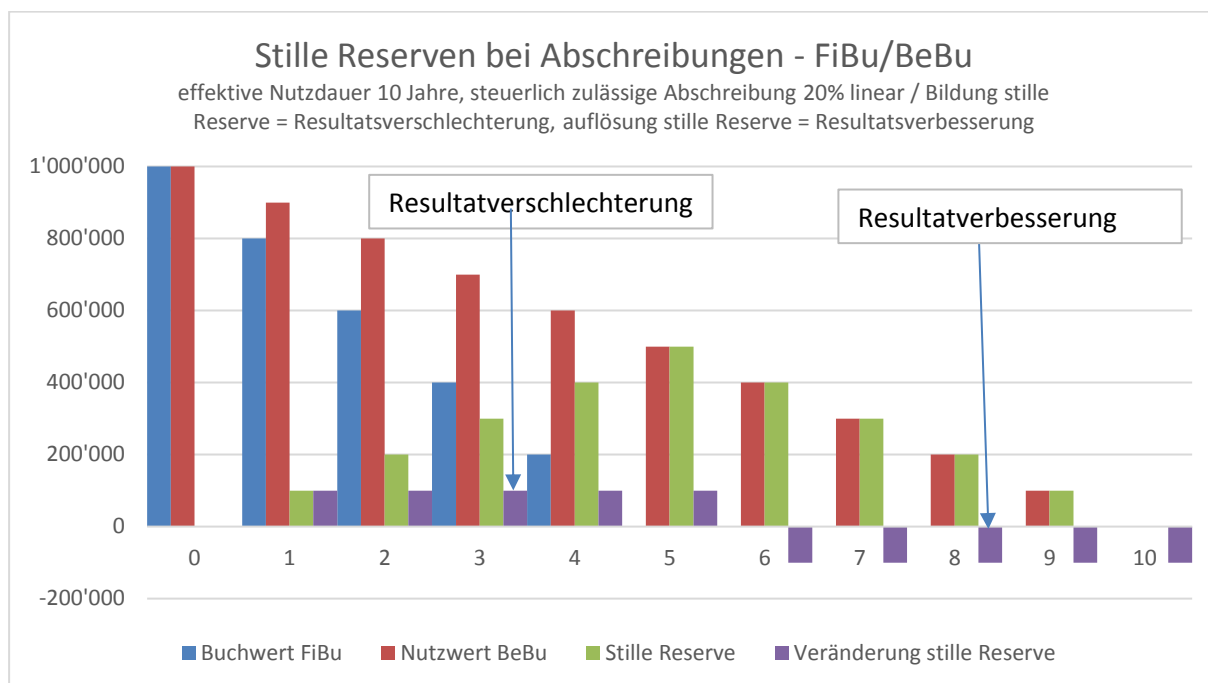
### **Stille Reserven**

Der Ausweis der Netto-Auflösung von stillen Reserven im Anhang bzw. bei den Erläuterungen der Jahresrechnung muss erst aufgeführt werden, wenn dadurch eine Verbesserung des erwirtschafteten Ergebnisses von mehr als 10 % dargestellt wird. Der Stadtrat hat sich jedoch aufgrund der Motion Wettstein bereit erklärt, den Gesamtbetrag der Auflösung bzw. Bildung im jeweiligen Berichtsjahr sowie deren Netto-Veränderung, segmentneutral zu kommunizieren. Im Jahr 2017 wurde das ausgewiesene Ergebnis durch die Veränderung der stillen Reserven verbessert. Im Berichtsjahr wurden stille Reserven im Umfang von 3.0 Mio. CHF aufgelöst und im Umfang von 0.1 Mio. CHF gebildet. Die Nettoauflösung an stillen Reserven beträgt für das Jahr 2017 somit 2.9 Mio. CHF.

Die Auflösung steht vor allem im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Abschreibungssätzen zwischen der finanziellen<sup>1</sup> und der kalkulatorischen<sup>2</sup> Betrachtungsweise sowie der Praxisänderung bei den Investitionen bzw. dem derzeitigen hohen Bestand an Aufträgen in Bau (AiB) und den noch ausstehenden Abschreibungen. Sobald der Bestand an AiB abgebaut wird bzw. zu Aktivierungen führt, werden sich die Auflösungen auf den Sachanlagen verringern.

<sup>1</sup>) Bilanz- bzw. buchmässige Abschreibungen, die regelmässig anfallen und unternehmenspolitische Grundsätze im Hinblick auf eine vorsichtige Bewertung berücksichtigen.

<sup>2</sup>) Betriebsnotwendige Abschreibungen mit einem möglichst objektiven Wertverzehr, die – im Falle der sbo – auf der Nutzungsdauer – im Hinblick auf die betriebliche Kalkulation – basieren.



#### 4. Erfolgsrechnung

[in Tsd. CHF] Details ohne Budget im Finanzbericht; Seite 16	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
Betriebsertrag	63 684	61 932	64 482
Betriebsaufwand	-52 299	-48 849	-50 808
Betriebsergebnis vor Abschreibungen (EBITDA)	11 385	13 083	13 674
Abschreibungen*	-3 970	-6 890	-4 928
Betriebsergebnis (EBIT)	7 415	6 193	8 746
Finanzergebnis	-61	226	-179
a.o. Ergebnis	-3 511	-4 000	-4 652
Jahresgewinn vor Verzinsung	3 843	2 419	3 915
Dotationskapital			
Verzinsung Dotationskapital	-980	-980	-980
<b>Jahresgewinn</b>	<b>2 863</b>	<b>1 439</b>	<b>2 935</b>

\*vgl. Kapitel stille Reserven

Der bessere Betriebsertrag gegenüber dem Budget ist vor allem auf die höheren Absätze bzw. Umsätze im Geschäftsbereich (GB) Erdgas/Biogas/Wärme zurückzuführen. Der zum Ertrag überproportional gestiegene Betriebsaufwand ist ebenfalls auf den GB Erdgas/Biogas/Wärme sowie auf den GB Wasser zurückzuführen. Die tiefer ausgefallenen ordentlichen Abschreibungen sind auf nicht realisierten Investitionen zurückzuführen.

Schlussendlich resultiert ein um 1.2 Mio. CHF höheres Betriebsergebnis gegenüber dem Budget. Auf Grund der Wertschriftenbewertung (Alpiq-Aktien) fiel das Finanzergebnis negativ, und somit unter dem geplanten Nettoertrag im Budget aus. Beim ausserordentlichen Ergebnis konnten Rückstellungen gebildet bzw. und aufgelöst werden. Wir verweisen diesbezüglich auf Anmerkung 17 (Seite 24) des Berichtes der sbo. Nach der unveränderten Verzinsung des Dotationskapitals kann ein Jahresgewinn von 1.4 Mio. CHF über Budget, aber leicht unter dem Gewinn des Vorjahres ausgewiesen werden.

Weitere Angaben sind im Finanzbericht auch bei den Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung unter den entsprechenden Anmerkungen kommentiert.

## 5. Bilanz

[in Tsd. CHF] Details ohne Veränderung im Finanzbericht; Seite 17	Rechnung 2017	Veränderung	Rechnung 2016
Umlaufvermögen	36 837	7 494	29 343
Anlagevermögen	59 087	6 138	52 949
<b>Total Aktiven</b>	<b>95 924</b>	<b>13 632</b>	<b>82 292</b>
Fremdkapital kurzfristig	21 732	7 985	13 747
Fremdkapital langfristig	24 320	2 784	21 536
Eigenkapital	49 872	2 863	47 009
<b>Total Passiven</b>	<b>95 924</b>	<b>13 632</b>	<b>82 292</b>

Die Eigenkapitalquote verminderte sich von 57.1 % im Vorjahr auf 52.0 % im laufenden Jahr bei einer höheren Bilanzsumme. Die hauptsächlichen Veränderungen ergeben sich wie folgt:

Beim Umlaufvermögen mit der Zunahme der flüssigen Mittel. Beim Anlagevermögen einerseits aus der Netto-Zunahme der Sachanlagen sowie andererseits aus der Übernahme des 50 % - Aktienpaketes von der AVAG.

Das kurzfristige Fremdkapital infolge des gestiegenen Kontokorrents (übrige Verbindlichkeiten) gegenüber der EGO. Das langfristige Fremdkapital mit der Netto-Äuffnung der Rückstellungen sowie der Abnahme der verzinslichen Verbindlichkeiten. Schliesslich noch das Eigenkapital mit der statutarischen Reservezuweisung Vorjahrgewinn.

Weitere Angaben sind im Finanzbericht auch bei den Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung unter den entsprechenden Anmerkungen kommentiert.

## 6. Geldflussrechnung

[in Tsd. CHF] Details ohne Veränderung im Finanzbericht; Seite 18	Rechnung 2017	Veränderung	Rechnung 2016
Geldfluss aus Geschäftstätigkeit	18 179	-6 215	24'394
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-6 865	834	-7'699
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-4 660	9 500	-14'160
<b>Veränderung des Fonds Flüssige Mittel</b>	<b>6 654</b>	<b>4 119</b>	<b>2'535</b>
Bestand flüssige Mittel zu Beginn Berichtsjahres	9 536	2 535	7'001
Bestand flüssige Mittel am Ende Berichtsjahres	16 190	6 654	9'536
<b>Veränderung flüssige Mittel</b>	<b>6 654</b>	<b>4 119</b>	<b>2'535</b>

Der Fonds Flüssige Mittel präsentiert sich gegenüber dem Vorjahr merklich besser. Die hauptsächlichen Veränderungen ergeben sich wie folgt:

Beim Geldfluss aus Geschäftstätigkeit reduziert sich gegenüber dem Vorjahr um 6.22 Mio. Franken. Die Hauptabweichungen bei den Verschlechterungen betreffen a) eine Erhöhung des Forderungsbestandes (-2.58 Mio. CHF), b) eine Veränderung der benutzten Festgelder im Zusammenhang mit der damaligen Akquisition AVAG sowie der Veränderung des Kontokorrents mit der EGO (-8.87 Mio. CHF) sowie c) tiefere Abschreibungen (-0.96 Mio. CHF). Verbessert haben sich ausgewirkt a) tiefere aktive Rechnungsabgrenzungen (+2.81 Mio. CHF) sowie b) eine Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (+ 2.31 Mio. CHF) und c) eine Zunahme der übrigen Verbindlichkeiten (+ 1.36 Mio. CHF).

Beim Geldfluss aus Investitionstätigkeit ist der positive Beitrag auf das tiefere Investitionsvolumen in die Sachanlagen zurückzuführen.

Beim Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit stand nur noch eine Akonto-Zahlung (3.5 Mio. CHF) an die Akquisition des 50 %-Aktienpaketes der AVAG an der a.en zu Buche. Andernfalls wäre der positive Beitrag noch höher ausgefallen.

Weitere Angaben sind im Finanzbericht auch bei den Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung unter den entsprechenden Anmerkungen kommentiert.

## 7. Investitionen in Sachanlagen

Im Jahr 2017 wurden folgende Investitionen in die Geschäftsbereiche vorgenommen:

[in Tsd. CHF] Details ohne Budget siehe Finanzbericht; Seite 23	Rechnung 2017	Budget 2017	Rechnung 2016
<b>Elektrizitätsversorgung (Energie / Netz / Dienstleistung)</b>			
Bruttoinvestitionen Anlagen	712	4'268	3'166
Bruttoinvestitionen Mobilien, Projekte	0	20	46
Bruttoinvestitionen öffentliche Beleuchtung (öB)	126	514	590
Anlagen in Bau	3'144	0	1'000
Bruttoinvestitionen in Photovoltaik	0	0	440
Bruttoinvestitionen	3'982	4'802	5'242
abzüglich Beiträge / Erlöse Allgemein	-248	0	-292
abzüglich Beiträge / Erlöse von EGO für öB	14	0	-190
Nettoinvestitionen	3'748	4'802	4'760
<b>Erdgas- / Biogas- / Wärmeversorgung</b>			
Bruttoinvestitionen Anlagen	863	4'541	435
Bruttoinvestitionen Mobilien, Projekte	0	0	81
Anlagen in Bau	1'589	0	2'021
Bruttoinvestitionen	2'452	4'541	2'537
abzüglich Beiträge / Erlöse	-321	-110	-229
Nettoinvestitionen	2'131	4'431	2'308
<b>Wasserversorgung</b>			
Bruttoinvestitionen Anlagen	619	2'490	1'411
Bruttoinvestitionen Mobilien, Projekte	0	0	108
Anlagen in Bau	2'132	0	773
Bruttoinvestitionen	2'751	2'490	2'292
abzüglich Beiträge / Erlöse	-1'765	-727	-1'661
Nettoinvestitionen	986	1'763	631
<b>Total Bruttoinvestitionen</b>	<b>9'185</b>	<b>11'833</b>	<b>10'071</b>

**Total Nettoinvestitionen****6'865****10'996****7'699**

Die Nettoinvestitionen betragen 6.9 Mio. CHF. Bei der Elektrizität wurde nebst dem Ausbau der öffentlichen Beleuchtungen vor allem in Niederspannungsleitungen sowie Hausanschlüsse investiert. Bei der Erdgas- / Biogas- / Wärmeversorgung erfolgten in Olten und in Trimbach Erschliessungen und Sanierungen. Grössere Erdgasnetzausbauten erfolgten zudem im Gäu, wo das 5 bar-Leitungsnetz zwischen Fülenbach und Wolfwil zusammengeschlossen wurde. Im Weiteren gab es bauliche Herausforderungen im Niederamt im Zusammenhang mit einer Biogasanlage und deren Anbindung beim nächstmöglichen Anschlusspunkt zu meistern. Beim Wärmeverbund Bornfeld wurden im Gebiet Chlyholz weitere Liegenschaften angeschlossen. Bei der Wasserversorgung standen vor allem die Leitungssanierungen von Olten und von Trimbach im Vordergrund. Überdies wurden die Sanierungen der Pumpwerke in Angriff genommen. In diesem Geschäftsbereich konnten aufgrund hoher Bautätigkeit wiederum namhafte Anschlusskostenbeiträge in Rechnung gestellt werden.

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 165.0 % (traditionelle Cashflowbetrachtung / Selbstfinanzierung nach HRM2) bzw. 264.8 % (Cashflowbetrachtung nach Geldflussrechnung) und die Schuldenabnahme 4.5 Mio. CHF bzw. 11.3 Mio. CHF je nach Cashflowbetrachtung.

**8. Kennzahlen**

Nach Umstellung der Rechnungslegung ab 2015 werden die wichtigsten Kennzahlen für fünf Jahre aufgezeigt. Ein vollständiges Set wird mit dem Jahresabschluss 2019 erstmals möglich sein.

[in Tsd. CHF]	2017	2016	2015
Geldfluss Geschäftstätigkeit	18'179	24'394	10'239
Nettoinvestitionen	6'865	7'699	8'954
Schuldenabnahme	11'314	16'695	1'285
Selbstfinanzierungsgrad	265 %	317 %	114 %
Eigenkapitalquote	52 %	57 %	61 %
Kontokorrent Guthaben bei EGO	-	-	2'573
Kontokorrent Schuld bei EGO	9'090	3'568	-

**9. Bar- und Sachleistungen zugunsten EGO**

[in Tsd. CHF]	2017	2016	2015
Verwaltungskostenbeitrag	360	360	360
Verzinsung Dotationskapital	980	980	980
Konzessionsgebühren Strom/Gas/Wasser	1'569	1'580	1'583
Investitionen öffentliche Brunnen	0	0	0
Unterhalt öffentliche Brunnen, Hydranten	202	154	206
Wasser öffentliche Brunnen	140	140	153
Montage / Demontage Weihnachtsbeleuchtung	112	109	115
<b>Total</b>	<b>3'363</b>	<b>3'323</b>	<b>3'397</b>

Nebst den oben erwähnten Leistungen kann die Einwohnergemeinde Olten für das Steuerjahr 2017 mit rund 120 Tsd. CHF Gemeindesteuern der a.en rechnen.

**10. Revisionsstelle**

Das Gemeindeparlament wählte für das Geschäftsjahr 2017 wiederum die Ernst & Young AG (EY), welche als Revisionsstelle über ausgeprägte und breit abgestützte Energiekompetenz verfügt.

### Beschlussesantrag:

1. Es wird folgender Rechnungsabschluss 2017 der sbo zur Kenntnis genommen:

a)	Jahresgewinn 2017	vor Verzinsung	CHF	3'843'292.59
b)	Verzinsung Dotationskapital	zu 7 Prozent	CHF	-980'000.00
c)	Jahresgewinn 2017	nach Verzinsung	CHF	2'863'292.59
	bestehend aus:			
	-Elektrizitätsversorgung Energie/Netz	Überschuss	CHF	138'380.81
	-Erdgas-/Biogas-/Wärmeversorgung	Überschuss	CHF	2'380'745.38
	-Wasserversorgung	Überschuss	CHF	344'166.40
	-Finanzabteilung	verteilt auf die Geschäftsbereiche		

mit Zuweisung dieser Beträge an statutarische Gewinnreserven

d)	Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	CHF	6'865'368.84
e)	Bilanz	Bilanzsumme	CHF	95'923'826.47

2. Der Bericht der Revisionsstelle sbo vom 28. März 2018 wird zur Kenntnis genommen.

3. Der sbo Geschäftsbericht 2017 bestehend aus Vorwort, Lagebericht, Tätigkeitsbericht, Corporate Governance und Finanzbericht wird genehmigt.

4. Dem Verwaltungsrat der sbo wird die Entlastung erteilt.

5. Als Revisionsstelle der sbo wird für das Jahr 2018 die Ernst & Young AG, Basel gewählt.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Finanzkommission zugestellt.

### **Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

*Daniel Probst begibt sich in den Ausstand.*

**Dieter Ulrich:** Wir haben dieses Geschäft in der Finanzkommission, zusammen mit Vertretern des Verwaltungsrates, der Geschäftsleitung und der Revision diskutiert. Diese Diskussionen waren relativ ausführlich, aber aus meiner Sicht auch gut. Ein immer wiederkehrendes Thema ist natürlich einmal grundsätzlich die Problematik dieses Geschäfts oder dieser Konstruktion gewesen, einfach das Spannungsverhältnis zwischen den wirtschaftlichen Bestrebungen der sbo und andererseits die Bedürfnisse der Politik, relativ gut Bescheid zu wissen und immer wieder auch einmal mitbestimmen zu können, was dort genau läuft. Dass man dies nicht vollständig unter einen Hut bringen kann, denke ich, ist einfach naturgegeben so. Ich würde aber trotzdem positiv werten, dass wir das eine oder andere Signal erhalten haben, dass man den Bedürfnissen der politischen Vertreter nach mehr Transparenz entgegenkommen könnte. Allerdings haben wir noch keine konkreten

Zusagen erhalten. Wir konnten feststellen, dass die sbo sehr gut aufgestellt ist. Sie weist Eigenkapital von über 50 % auf und aus. Wenn man allerdings die stillen Reserven, wo wir leider die Höhe nicht kennen und auch in dieser Sitzung nicht erfahren konnten, miteinbezieht, steht sie sicher noch besser da, vermutlich sogar einiges besser. Aber da sind wir dann halt wirklich nur auf Mutmassungen angewiesen. Die stillen Reserven waren hier ja auch schon das Thema. Zum ersten Mal werden jetzt die konkreten Auslösungen und Bildungen ausgewiesen. Aber wie ich gesagt habe, entzieht sich der Bestand der stillen Reserven nach wie vor unserer Kenntnis. Die stillen Reserven setzen sich im Wesentlichen einerseits aus diesen unterschiedlichen Abschreibungspraxen zusammen, die im Bericht und Antrag ja erläutert sind. Andererseits sind unter anderem auch stille Reserven bei den Rückstellungen zu finden. Dort konnten wir vernehmen, dass relativ konservativ, nach dem Vorsichtsprinzip, zurückgestellt wird. Das ist im Rechnungsabschluss nach OR so möglich. Ich würde jetzt sagen, wenn es nach Swiss GAP FER ginge, wäre dies in diesem Umfang wahrscheinlich nicht zulässig. Die Revision hat uns aber bestätigt, dass sie diese Rückstellungen sehr wohl genau betrachten und prüfen und sie so als in Ordnung empfunden haben. Ein weiteres Thema war auch die Zukunft der sbo und a.en. Es ist auch schon die Idee aufgekommen oder geäussert worden, dass man diese ja wieder zusammen verschmelzen könnte. Dort ist uns dargelegt worden, was eben auch die Vorteile sind, wenn man dies jetzt so in einer Betriebsgesellschaft und Infrastrukturgesellschaft aufgeteilt lässt. Unter anderem ist genannt worden, dass dies im Haftungsfall dann nicht so voll durchschlagen und es nur die a.en betreffen würde und andererseits, dass eben auch hinsichtlich möglicher weiterer Marktentwicklungen allenfalls auch Beteiligungen sinnvoll wären, die dann mit diesem Konstrukt einfacher zu machen wären. Wir konnten auch erfahren, dass im Moment immer noch die Entflechtung von AVAG und a.en in vollem Gange ist, dass dies zum Teil auch sehr technisch ist, und ich glaube, bis auf jedes Kabel hinunter gemacht werden muss, wenn ich dies richtig verstanden habe und dass dies jetzt die sbo und a.en immer noch stark in Anspruch nimmt. Unter anderem ist dann auch die Frage nach den Erträgen, Gewinnen und Preisen, gestellt worden, ob sie wirklich gerechtfertigt sind, so wie dies in der Zeitung ja schon thematisiert worden war. Uns ist dargelegt worden, dass dies aus Sicht sbo durchaus gerechtfertigt ist, dass es auch im Sinne der Stadt ist, wenn diese Firma weiterhin gesund aufgestellt ist und die Erträge, die sie abliefern, in verschiedenster Form, was ja auch ausgewiesen ist, regelmässig und mittelfristig so an die Stadt abliefern kann. Sonst hat man den Beschlüssen in der Finanzkommission so zugestimmt, und ich danke nochmals für die angeregte Diskussion, die wir hatten.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Vorweg möchte ich die Herren des Verwaltungsrates und der GL der sbo begrüßen. Die gesamte Geschäftsleitung ist anwesend. Rechts sitzt Herr Setz von der Revisionsstelle. Verwaltungsrat Daniel Probst kennt Ihr ja. Er musste in den Ausstand treten. Peter Wullschleger ist hier anwesend und möchte der Sitzung folgen. Er ist ja in Olten auch gut bekannt. Er war Finanzchef der Swiss Prime Site und ist bei uns auch in der Pensionskommission. Merci diesen Herren, dass Ihr hierhin gekommen seid. Was die Rechnung betrifft, ist der Stadtrat erneut über das Ergebnis im Jahr 2017 erfreut, das dem Gemeindeparlament unterbreitet werden kann. Der Jahresgewinn beträgt rund 2,9 Millionen und liegt im Bereich des Vorjahres. An dieser Stelle möchte ich mich im Namen des Stadtrates bei der Geschäftsleitung und allen Mitarbeitenden der a.en für das Erreichen dieses erfolgreichen Geschäftsabschlusses und die geleistete Arbeit ganz herzlich bedanken. Dieter hat es gesagt. Neben dem Alltagsgeschäft steht die Entflechtung an, und das fordert diese Leute noch viel mehr als bisher. Von daher ist es nicht selbstverständlich, dass das Alltagsgeschäft mit den gleichen Personen so weitergeführt werden kann, wie es bis anhin geführt wurde. Sämtliche Sparten haben zum Gewinn beigetragen, hauptsächlich aber Gas und Wärmeversorgung. Im Weiteren hat eine Auflösung von stillen Reserven im Umfang von etwa 2,8 Millionen Franken zu diesem positiven Ergebnis beigetragen. Der Schluss, der gezogen wurde, dass dieser Gewinn einzig aufgrund dieser Auflösung zustande gekommen ist, ist aber nicht nachvollziehbar. Der erwirtschaftete Unternehmensgewinn vor Verzinsung des Donationskapitals beträgt rund 3,8 Millionen Franken. Im Weiteren – das geht aus dem Geschäftsbericht auch hervor – sind weitere Rückstellungen im Nettobetrag von 3,5 Millionen gebildet worden. Mein Vorredner hat es auch gesagt, wie diese Rückstellungen gebildet werden. Sie betragen insgesamt 19,4 Millionen. Sie werden jährlich vom VR und der GL kritisch hinterfragt und auf ihre Berechtigung überprüft. Das macht

selbstverständlich auch die Revisionsstelle, wenn sie den Geschäftsbericht abnimmt. Der grösste Betrag von rund 10 Millionen Franken wird aufgrund der Marktrisiken Gas zurückgestellt. Da besteht die Gefahr, dass die Wettbewerbskommission sogenannte Penalties in der Höhe von bis zu 10 % der letzten drei Jahresumsätze aussprechen könnte, was in unserem Fall oder im Fall der sbo etwa die 10 Millionen ausmachen würde. Bar- und Sachleistungen gegenüber der Einwohnergemeinde haben rund 3,3 Millionen betragen und liegen im Bereich des Vorjahres. Weiter ist aber auch festzuhalten, dass die Stadt mit den Städtischen Betrieben eine neue Verzinsungslösung bei den Investitionen der öffentlichen Beleuchtung aushandeln konnte und dies ab 1. Januar 2017, was die Rechnung der Einwohnergemeinde um jährlich ca. Fr. 200'000.— entlastet. Die deutliche Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber der Einwohnergemeinde ist auf einen Umstand zurückzuführen, dass die Stadt im Moment ziemlich liquid ist. Aufgrund der aktuellen Negativzinssituation, der die Stadt unterliegt, aber nicht die sbo, ist mit der sbo vereinbart worden, dass die Stadt das Guthaben bei ihnen stehen lässt, bis die Stadt im Jahr 2018 – das wird im Herbst sein – ein fälliges Darlehen von 15 Millionen Franken zurückzahlen könnte. Die Stadt kann dieses Geld bei der sbo mit einer Frist von drei Wochen abrufen, und es im Weiteren mit der sbo ein Zins von 0,25 % vereinbart worden. Man kann sagen, das ist eine Win-win-Situation für beide. Wir müssen keine Negativzinsen zahlen, und die sbo kann mit relativ tiefen Zinsen Geld aufnehmen. Wir hatten zuerst geplant, die öffentliche Beleuchtung ganz zu übernehmen. Deswegen haben wir auch dieses Geld letztes Jahr schon in einer gewissen Höhe von fast 4 Millionen zurückgelassen. Wir haben uns jetzt für die neue Variante mit der neuen Verzinsungslösung entschieden, und die ganze öffentliche Beleuchtung bleibt bei den Städtischen Betrieben. Zur Rechnungslegung: Es stellt sich immer wieder die Frage wegen der stillen Reserven. Wenn Ihr jetzt den Geschäftsbericht neu anschaut, haben wir in der Beantwortung der Motion Felix Wettstein vom 23. Oktober 2017 ausgeführt, eine möglichst hohe Transparenz darzulegen. Das ist in diesem Geschäftsbericht auch gemacht worden. Ausser den stillen Reserven, wobei die Auflösung ja aufgezeigt wird, sieht man alles andere relativ klar. Bei den stillen Reserven möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass aus unternehmerischen und verhandlungs-taktischen Gründen eine komplette Transparenz sicher nicht förderlich ist. Es ist im Rahmen der Finanzkommission auch die Diskussion aufgekommen, ob wir allenfalls den Mitgliedern der Finanzkommission gewisse Sachen sagen könnten. Das wird sicher überprüft, und wir werden der Finanzkommission dann mitteilen, wie hier entschieden wurde. Zum Schluss möchte ich noch zwei Themenbereiche ansprechen, die auch im Zusammenhang mit der Interpellation zur Eignerstrategie stehen. Dieter Ulrich hat gewisse Sachen schon vorweggenommen. Dies wegen der Gründe für die Beibehaltung der a.en. Wir unterscheiden ja zwischen Städtischen Betrieben Olten, die eine reine Asset-Gesellschaft ohne Personal und im Besitz sämtlicher Netze ist, und der a.en, die eine reine Betriebsgesellschaft ist und eigentlich das tägliche Geschäft ausführt. Dieses System hat erhebliche Vorteile, dass man dies weiter so lässt. Eine Rückentwicklung der a.en in die sbo oder eine Zurückführung der sbo in die Stadt würde relevante, strategische, strukturelle und finanzielle Nachteile mit sich ziehen. Dieter Ulrich hat zwei genannt, einerseits Beteiligungen und andererseits die Haftungsfrage. Mit diesem System ist es auch viel einfacher möglich, Kooperationen einzugehen, so wir dies jetzt zum Beispiel mit der AVAG hatten, die auch durch die a.en geführt wurde. Nicht vergessen dürfen wir schlussendlich, dass dieser Brand, die Marke a.en etabliert ist. Sie ist relativ bekannt. Wenn wir auf sie verzichten würden, wäre dies schade. Das Zweite, das ansteht: Wir haben im Stadtrat eine neue Eignerstrategie ausgearbeitet und haben sie der sbo auch bekanntgegeben. Gestützt auf die neue Eignerstrategie ist im VR der sbo eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, die einen Entwurf für eine Unternehmensstrategie ausarbeitet. Klar ist hier, dass sie sich an die Eignerstrategie andocken und nicht Eigeninitiative entfalten wird. Wir hoffen, dass sie im Herbst oder im Spätherbst vorliegen wird, damit wir nachher diese Unternehmung, gestützt auf diese Unternehmensstrategie, weiterführen können. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

**Corina Bolliger:** Die Fraktion SP/Junge SP ist nicht zufrieden, unter anderem aus folgenden Gründen: Auf den ersten Blick kommt es zwar gut daher. Die sbo schliesst bereits zum zweiten Mal hintereinander mit einem Gewinn ab. Dass es diesen Gewinn nur dank der Auflösung der stillen Reserven gibt, ist ein Schönheitsfleck. Dass die sbo dann aber den Umfang ihrer stillen Reserven vor dem Parlament und der FIKO geheim hält, zeigt, dass das

Verhältnis zwischen der sbo und dem Parlament weiterhin unbefriedigend bleibt. Seit Jahren fordern wir, dass die sbo mit grösserer Transparenz gegenüber ihrer Eignerin, und das ist die Stadt Olten, auftritt und stärker auf ihre Anliegen eingeht. Weiter kann das Parlament seiner statuarischen Aufsichtspflicht nicht vollumfänglich nachkommen, weil ihm wichtige Details vorenthalten werden. Aus diesen Gründen können nicht alle von unserer Fraktion vollkommen hinter der Genehmigung der Rechnung stehen. Es bleiben zu viele Fragen offen. So würde unsere Fraktion gerade hinsichtlich der Diskussion rund um das kantonale Energiegesetz gerne wissen, was hinter diesem nebulösen Satz «Die sbo engagierte sich zusammen mit anderen städtischen Energieversorgern im Kanton an der Vernehmlassung der Revision des kantonalen Energiegesetzes» gemeint ist. Hat sich die sbo für diese Revision ausgesprochen? Hat sie den Fokus auf erneuerbare Energien gesetzt? Ausserdem hätten wir noch eine Frage an den Stadtrat. Laut Statuten legt das Parlament den Rahmen für die Gebühren der sbo fest. Die letzte Revision dieser Gebühren war 2008, also vor gut zehn Jahren. Gedenkt der Stadtrat, dem Parlament demnächst eine Vorlage für die Revision der sbo-Gebühren vorzulegen? Nichts destotrotz steht am Ende des Rechnungsjahres 2018 wieder ein Gewinn für die sbo da. Wer aber in die Rechnung 2017 eintaucht, entdeckt, dass der Gewinn nebst der Auflösung der stillen Reserven auch den tieferen Investitionen geschuldet ist. Die Fraktion SP und Junge SP fragt sich, warum nach dem Gewinn in der Rechnung 2016 die Nettoinvestitionen um fast 10 % zurückgegangen sind, wenn gleichzeitig für den Posten Photovoltaik, um ein Beispiel zu nennen, sage und schreibe 0 Franken für das Jahr 2017 budgetiert wurden. Dass gewisse Investitionen nicht getätigt werden können, liegt in der Sache der Natur. Dass aber im ganzen Rechnungsjahr 2017 kein Franken in die Photovoltaik geflossen ist, ist für uns unverständlich und in der heutigen Zeit nicht akzeptierbar. So verhält es sich mit der ganzen Rechnung und dem Geschäftsbericht. Immer wieder finden sich im Geschäftsbericht halbgegartete Sätze zu ökologischen Zielen, die man dann aber in der Rechnung gar nicht findet. Der Fraktion SP/Junge SP ist bewusst, dass ökologische Aspekte nicht die primären Ziele des Verwaltungsrates sind. Für ihn hat die langfristige Sicherheit des Unternehmens oberste Priorität. Aber, soweit wir dies ohne genaues Wissen über die stillen Reserven einschätzen können, geht es der sbo gut. Darum fordern wir, dass ökologische Aspekte nicht nur im Geschäftsbericht erwähnt werden, sondern endlich Einzug in die Geschäftspolitik der sbo halten. Der Gewinn soll nicht dafür verwendet werden, dass Energie billiger für die Konsumentinnen und Konsumenten wird, sondern dass der Aarestrom, der noch umweltfreundlicher als der Standardstrom ist, auf das gleiche Preisniveau angepasst wird. Somit werden Anreize zu ökologischem Strom geschaffen. Zurück zu den Investitionen: Im Jahr 2017 sind gerade einmal 22 Projekte im Wert von gut Fr. 57'000.— gefördert worden. Da wäre gerade mit einem solchen Gewinn noch einige Luft nach oben. Die Fraktion SP/Junge SP sieht ein grosses Problem, dass in jedem Jahr die Transparenz und der Informationsfluss gegenüber der Eigentümerin der sbo kritisiert werden muss. Wir erwarten auf das nächste Jahr mehr Investitionen in ökologische Projekte und einen transparenten Informationsfluss. Die Fraktion SP/Junge SP stimmt dem Antrag des Stadtrates auf Kenntnisnahme der Rechnung zu und würde gleichzeitig vorschlagen, das nächste Mal alles unter Ziffer 3 zur Genehmigung zu stellen. So wie es in diesem Geschäft daherkommt, ist es etwas verwirrend. Beim Antrag auf Genehmigung des Geschäftsberichts enthält sich ein Teil der Fraktion, die findet, dass wir nicht alle Informationen haben, um zustimmen zu können. Eine Mehrheit ist bereit, den Geschäftsbericht so zu genehmigen. Merci vielmals für die Aufmerksamkeit.

**Felix Wettstein, Fraktion Grüne:** Wir haben in den letzten Jahren etwas erreicht. Schritt für Schritt sind wir einer transparenteren Rechnung der Städtischen Betrieben nähergekommen. Wenn man ein Bild dafür brauchen möchte, hat dieser Hahn früher höchstens etwas geträpelt, jetzt ist er langsam entkalkt und es kommt schon ein rechter Strahl. Wir könnten die Erfolgsrechnung und den Cashflow des abgeschlossenen Rechnungsjahrs mit den entsprechenden Werten des Vorjahres vergleichen, ohne dass wir die alten Unterlagen hervorziehen müssen, und wir haben im stadträtlichen Antrag sogar ein, wenigstens zusammengefasstes Budget 2017 als Vergleichsmöglichkeit zur Rechnung 2017, so wie es ja üblich ist, immer, wenn man eine Rechnung abnimmt. Zum ersten Mal ist etwas über die Bildung der neuen und über die Auflösung von stillen Reserven ausgewiesen. Wir haben es gehört. Ganz am Ziel sind wir aber noch nicht. Es ist schön und gut, dass wir jetzt über die Veränderung der stillen Reserven Bescheid wissen. Aber auch wir kommen zum Schluss,

den wirklichen Umfang dieser Reserven und wann sie zu welchem Zweck gebildet wurden, das wissen wir nach wie vor noch nicht, und als politische Vertreter und Vertreterinnen der Eigentümer fehlen uns damit entscheidende Aussagen oder entscheidende Entscheidungsgrundlagen. Wir werden den Rechnungsabschluss wie jedes Jahr zur Kenntnis nehmen müssen. Den Geschäftsbericht der sbo müssen wir sogar genehmigen. Dem Verwaltungsrat müssen wir Décharge erteilen, und es fragt sich, ob wir jetzt tatsächlich über genügend Wissen verfügen, um dies in einer verantwortungsvollen Art machen zu können. Benvenuto Savoldelli, Du hast vorhin darauf hingewiesen, es gebe verhandlungstaktische Gründe, warum man den Gesamtumfang und die Begründung der Bildung der gesamten Reserven nicht öffentlich legen dürfen, weil man in einer Konkurrenzsituation steht. Ich denke, das ist für uns handhabbar, dass man dies in einer Art auslegen kann. Es ist ja davon auszugehen, dass die Sachen, die wir hier scheinbar wegen Konkurrenzsituationen nicht öffentlich legen dürfen, eben gerade nicht mit dem Energiegeschäft zu tun haben. Das ist das, über das wir doch endlich einmal öffentlich diskutieren müssen. Es ist schön und gut, wenn man jetzt wenigstens prüft, vielleicht dann sogar vollzieht, dass die Finanzkommission künftig Einblick haben wird. Ich möchte daran erinnern, dass die Finanzkommission eine relativ kleine ist. Sie ist so klein, dass nicht einmal jede Fraktion einen Sitz drin hat. Wenn eine Aktiengesellschaft schon zum zweiten Mal hintereinander mit einem Umsatz von rund 64 Millionen Franken fast 3 Millionen Reingewinn vorweisen kann, haben die Aktionärinnen und Aktionäre natürlich Freude. Wenn es sich um einen Betrieb mit einem Grundversorgungs-auftrag handelt, der fast alle von uns mit einem Zwangsvertrag an sich binden kann, ist es ambivalent, ob man immer noch Freude haben kann. Konkret sind wir der Meinung, dass die sbo im Bereich Gas, wo sie jetzt schon zum zweiten Mal den Erlös stark nach oben steigern konnte, die Konsumentinnen und Konsumenten an diesem Gewinn beteiligen müsste. Einige werden jetzt die Ohren spitzen und denken, was, die Grünen wollen, dass man mit den Energiepreisen heruntergeht und damit den Verbrauch noch mehr anheizt. Nein, das wollen wir nicht. Aber man könnte innerhalb des Gases besser lenken. Corina Bolliger hat den gleichen Gedanken vorhin bezogen auf den Strom genannt. Ich führe es jetzt im Verhältnis von Erdgas und Biogas an. Vor kurzem habe ich von einem Verwaltungsrat der sbo gehört, dass man beim Biogas ein Überangebot verfügbar hätte, dass es im Versorgungsgebiet also gar nicht genug Abnehmerinnen und Abnehmer gibt. Das bedeutet doch aber, jetzt ist der gute Moment, dass man noch viel offensiver für das Umsteigen auf Biogas werben kann, die Preisdifferenz kleiner machen und gleichzeitig eine Charmeoffensive für das Biogas bei denjenigen, die mit Erdgas heizen und/oder kochen. Wir sind sicher, dass dies etwas bringt. Übrigens wäre auch beim Solarstrom wieder einmal eine Aktion wie damals «50 Solardächer jetzt» fällig. Es scheint, dass man bei der sbo auch im Strombereich mehr erneuerbare Energie parat haben, als zurzeit nachgefragt ist. Auch wir haben dies festgestellt, was Corina vorhin angesprochen hat. Photovoltaik, Zubau 2017 null Quadratmeter. Das darf eigentlich nicht wahr sein. Wir Grüne werden diesen Anträgen, wie der Stadtrat sie vorlegt, zustimmen.

**Reto Grolimund:** Die FdP dankt zuerst einmal der sbo und dem Stadtrat für die Aufbereitung des Geschäftsberichts und den Bericht und Antrag. Wir haben schon gehört, dass im Geschäftsbericht wichtige Neuerungen enthalten sind. Die Veränderung der stillen Reserven sind offengelegt worden. Zudem sind im Bericht und Antrag des Stadtrates neuerdings die Kennzahlen über die letzten fünf Jahre enthalten, so sie denn verfügbar sind, also in etwa drei Jahren. Die Jahresrechnung der sbo ist bei uns grundsätzlich positiv aufgenommen worden. Einige Punkte aus unserer Debatte lohnen sich eigentlich jetzt praktisch nicht mehr zu wiederholen, weil sie alle schon erwähnt wurden. Ich möchte gleichwohl darauf eingehen. Punkt 1 Transparenz. Das haben wir schon überall gehört. Der Jahresgewinn der sbo waren ja nach Verzinsung des Dotationskapitals eben die gerundeten 2,9 Millionen Schweizerfranken. Wenn man die stillen Reserven, die aufgelöst wurden, anders rundet als Du kommt man auch auf 2,9 Millionen, die aufgelöst wurden, das heisst eigentlich gerade eine Nullrechnung. Aber jetzt ganz unabhängig von diesem aktuellen Ergebnis haben wir uns natürlich diese Frage auch gestellt. Wie gross sind denn die stillen Reserven der sbo noch? Wir sehen dies so. Im Geschäftsbericht sieht man, dass die Einwohnergemeinde jährlich 3,5 Millionen Franken Bar- und Sachleistung von der sbo erhält. Das sind rund 7 Steuer-prozente von den natürlichen Personen. Das ist einerseits erfreulich. Andererseits haben wir uns halt die Frage gestellt, ist dies genug für die Verhältnisse der

sbo? Bekommen wir dort genug, oder wird es in Zukunft vielleicht plötzlich wegfallen? Wissen wir genug, um dies zu beurteilen? In dieser Diskussion sind wir nicht zu einem Schluss gekommen. Punkt 2, den wir aber noch diskutiert haben, ist die Entflechtung der a.en und AVAG. Die sbo ist ja jetzt alleinige Eigentümerin der a.en. Wir haben natürlich diskutiert, wie dies auch in diesem SP-Vorstoss, der später noch behandelt wird, gefragt wurde. Braucht es diese a.en überhaupt noch? Wir sind dann zu den Schlüssen gekommen, die Benvenuto Savoldelli vorhin erläutert hat, unter anderem vielleicht, weil er bei uns auch dabei war. Wir konnten dort etwas tiefer fragen und sind aber auch zum Schluss gekommen, eigentlich zur Überzeugung gelangt, dass die a.en im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld der sbo unverzichtbar ist. Die a.en ist eine von der Stadt unabhängige Gesellschaft, und im umstrittenen Energiemarkt ist sie essentiell auch für eventuelle Partnerschaften mit anderen Firmen wichtig. Noch einmal kurz und knackig: Danke Stadtrat und sbo. Wir werden den Anträgen des Stadtrates zustimmen und den VR entlasten. Diskutiert haben wir über das nötige Mass an Transparenz, und das braucht die a.en. Danke.

**Matthias Borner:** Wir haben den Geschäftsbericht bei uns in der SVP auch besprochen. Der Geschäftsverlauf ist eigentlich sehr positiv. Das ist erfreulich. Man hat ein robustes Ergebnis, auch über alle Bereiche hinweg. Von daher sieht man eigentlich wenige Risiken. Das ist auch erfreulich für unsere Stadt. Also kann man davon ausgehen, dass dies auch in Zukunft gut laufen sollte. Etwas, das bei uns zu Diskussionen geführt hat, ist zum Beispiel, dass der Strom in diesem Jahr ja wenig gebraucht wird. Das kann erfreulich sein. Es kann sein, dass es aufgrund von Effizienzgewinn ist. Dann wäre dies erfreulich. Es kann wegen schlechter wirtschaftlicher Bedingungen sein, dass weniger produziert wird. Es kann aber auch sein, und das war es in der Vergangenheit, dass Kunden, sobald sie diese Schwelle über 100'000 Kilowattstunden überschritten haben, sofort wechseln. In der Vergangenheit hat man im Geschäftsbericht dazu Stellung genommen. Ich habe es nicht gefunden. Vielleicht ist es hinten irgendwo gestanden, wo ich es nicht gemerkt habe. Aber ich habe dies nicht gesehen. So könnten wir auch die Risiken besser abschätzen. Es ist halt einfach etwas gefährlich, weil die sbo im grössten Teil ihres Geschäfts ein Monopol hat. Das heisst, ihre Kunden können eigentlich nicht wechseln, ob sie dies wollen oder nicht. Wenn wir hier jedes Jahr einen grossen Gewinn verdanken, müssen wir eigentlich den Einwohnern und Firmen danken, die dies zahlen. Es kann ja auch sein, dass sie schlicht und einfach einen zu hohen Strompreis zahlen. Vor zwei Jahren habe ich eine Interpellation dazu aufgegeben. Dort hat man auch schön gesehen, dass wir im schweizerischen Vergleich nicht so gut dastehen. Man muss zwar sagen, man hat, okay, nicht wegen mir reagiert, aber man hat darauf reagiert und konnte den Strompreis senken. Aber die Senkungen, die man vorgenommen hat, entsprechen noch nicht der Senkung der Energiemarktpreise in Europa. Man hat noch nicht alles den Kunden weitergegeben. Es steht zwar im Geschäftsbericht, man habe diese Senkungen den Kunden weitergegeben, aber nicht, ob man dies zu 100 % weitergegeben hat. Ich habe hier gewisse Zweifel. Das Zweite, was Euch auch bewusst sein muss: Wenn Ihr diese Karte anschaut, ist das Eine Olten. Dort konnte man senken. Wir zahlen immer noch mehr als der Durchschnitt. Es ist jedoch nicht mehr so schlimm wie vorher. Aber es gibt auch noch andere Gemeinden, die bei der a.en angeschlossen sind. Ich empfehle Euch, dieses Bild einmal anzuschauen. Die anderen Gemeinden um Olten herum sind alle weit über dem Durchschnitt, also dunkelrot, was ich angeschaut habe. Das heisst, sie zahlen viel mehr. Das ist für uns langfristig ein Problem, wenn diese Gemeinden einen zu hohen Preis zahlen müssen. Ich habe einmal mein Votum von vor zwei Jahren gelesen. Man hat es irgendwie auf 2018 angekündigt. Aber es ist anscheinend ja nicht gekommen. Sobald man diesen Markt öffnet, besteht natürlich die grosse Gefahr, dass diese Gemeinden, sobald sie dies können, wechseln. Zum Beispiel die PK Kanton Solothurn kann dazu ein Liedchen singen. Darum muss man wirklich schauen, dass man so schnell wie möglich wettbewerbsfähige Preise anbieten kann. Zum Gas kann ich zu wenig sagen. Aber auch hier sind diese Preise anscheinend höher. Ob jetzt dort die gleiche Situation ist, kann ich nicht sagen. Etwas hat bei uns auch noch zu Diskussionen geführt. Ich habe versucht, es herauszufinden, bin leider nicht ans Ziel gekommen. Ich hoffe, dass jemand von Euch noch dazu Stellung nehmen kann. Das ist die Entlohnung des Verwaltungsrates. Sie ist gestiegen, und der VR der sbo bekommt Fr. 176'000.— und der Präsident Fr. 48'000.—. Wenn ich den Verwaltungsrat der a.en anschau, ist er absolut identisch mit dem Verwaltungsrat der sbo. Jetzt stellt sich für uns die Frage, ob sie noch einmal einen solchen Verwaltungsratsbeitrag

erhalten. Ich habe hier in die Vergangenheit geschaut. Es ist effektiv so, dass vor zwei Jahren in einer Interpellationsantwort gestanden hat, dass zum Beispiel Thomas Marbet damals pro Jahr Fr. 20'000.— erhalten hat. Wenn man jetzt denkt, dass a.en und sbo eigentlich das Gleiche mit den gleichen Verwaltungsräten ist – ich weiss nicht, ob er vielleicht sogar die gleichen Sitzungen habt – wäre es eigentlich recht heftig, wenn es die gleichen Sitzungskosten wären. Das wären Sitzungskosten von Fr. 350'000.— und ein Präsident, der pro Jahr über Fr. 100'000.— einstreicht. Das ist halt eine Frage, die unangenehm ist, und diese sollten wir uns stellen. Ich wäre froh, wenn Ihr Stellung nehmen könntet. Vielleicht bekommt ja ein Verwaltungsrat gar keine Entschädigung mehr. Das weiss ich nicht. Ich wollte es abklären. Irgendwo stand, dass die a.en nur ihren Besitzern Auskunft über diese Vergütung gibt. Der Besitzer ist ja schlussendlich die Einwohnergemeinde. Mir scheint, man kann uns dies schon mitteilen. Dann kommt noch dazu, dass in der AVAG auch wieder jemand von diesem Verwaltungsrat sitzt. Wenn er noch einmal so viel erhält, heisst dies, dass er eigentlich schlussendlich Fr. 150'000.— für diese Sitzungen bekommt. Wir haben keine Transparenz. Wir haben es nicht herausgefunden. Vielleicht könnt Ihr noch kurz Stellung dazu nehmen und uns hier beruhigen, dass es etwas übertrieben ist, was ich hier jetzt gerade vorgerechnet habe. Das Letzte, was mich noch interessiert, ist die Entflechtung. Was heisst dies schlussendlich? Ich wäre froh, wenn man uns dazu noch Auskunft geben könnte. Heisst dies, dass man am Schluss nur noch einen Verwaltungsrat hat? Einfach in einfachen Worten, was heisst dies für uns, für das Parlament? Ich habe es nicht ganz begriffen. Vielleicht könnt Ihr auch noch kurz Stellung nehmen, was dies für uns heisst. Auch trotz dieser kritischen Voten ist für uns eigentlich klar, dass die sbo gute Arbeit gemacht hat. Es ist ein robustes Ergebnis. Darum nehmen wir dies zur Kenntnis und bewilligen auch den Geschäftsbericht und die Rechnungen. Es gibt für uns eigentlich keinen Grund, dies nicht zu bewilligen. Aber ich wollte gleichwohl die Möglichkeit ergreifen, ein paar kritische Fragen zu stellen. Merci.

**Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Ich kann es auch etwas kürzer machen. Vorab kann ich dem Stadtrat und auch der sbo schon danken, dass sie hier den Wünschen nach mehr Transparenz weitgehend nachgekommen sind, auch, dass Verwaltungsrat und Geschäftsleitung, inklusive Revisionsstelle, in der Finanzkommission sehr stark vertreten sind und sich dort zahlreichen Fragen gestellt haben. Herr Erne ist dann auch noch bei uns an die Fraktionssitzung gekommen, wo wir ebenfalls noch einmal Gelegenheit hatten, einige Fragen zu stellen, die uns interessiert haben, so, dass wir nicht im Parlament noch x Fragen noch einmal diskutieren müssten, wo man eben merkt, dass eigentlich die Bereitschaft weitgehend vorhanden ist, dies auch vorgängig noch zu klären, weil es vielfach auch wieder um ähnliche Fragen wie in den Vorjahren geht. Nichts destotrotz ist es sehr interessant, dies auch wieder zu hören und es genauer zu beleuchten. Nebst dem eigentlichen Geschäft hat uns auch interessiert, was sonst noch so passiert ist. Hier ist es sicher das grosse Projekt Entflechtung, das uns auch zeigt, dass hier eigentlich die Verantwortung eines öffentlichen Unternehmens im Interesse der Stadt auch wahrgenommen wird, nämlich vor allem auch die Versorgungssicherheit gewährleisten, die finanzielle Sicherheit, Entlassungen zu vermeiden und die regionale Zusammenarbeit, auch sonst für Maximen, auf die man schaut. Das ist für uns positiv zu hören neben dem eigentlichen Rechnungsabschluss und der Geschäftsstelle, die wir weitgehend positiv zur Kenntnis genommen haben und dem auch zustimmen werden.

**Tobias Oetiker, Olten jetzt!:** Wir haben unsere Fragen auch vorgängig schriftlich eingereicht und Antworten erhalten. Herzlichen Dank. Was übrig bleibt, ist die Frage nach den stillen Reserven, die ja diesmal offensichtlich zur Rettung des Gewinns beigetragen haben, dass man hier etwas auflösen konnte. Ich habe von Leuten, die sich in der Finanzbranche auskennen, gehört, dass es üblich sei, wenn ein Verlust durch Auflösung von stillen Reserven in einen Gewinn verkehrt wird, sie dann überführt werden. Aber es war ja kein Verlust. Es war nur ein knapper Verlust. Von daher nehmen wir dies zur Kenntnis. Was uns auch nicht so einleuchtet ist, wie dies mit der Konkurrenzsituation ist, die jeweils als Begründung für das Geheimnis um die stillen Reserven aufgeführt wird. Meines Wissens wollen wir ja die sbo im Moment nicht verkaufen. Aber wahrscheinlich habe ich hier einfach zu wenig Ahnung. Auch freuen würde uns, wenn sich die sbo als hundertprozentige Tochter der Einwohnergemeinde Olten im Bereich Umweltschutz mehr hervortun würde, da wir ja

schliesslich eine Energiestadt sind. Ansonsten sieht in diesem Bericht es alles schön aus, und wir werden dies auch annehmen und entlasten.

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Vielleicht noch zu den Ausführungen, die Matthias Borner gemacht hat. Wenn Du hinten das Kärtchen anschaut, liefert die sbo nur in Olten Strom und nicht in den Aussengemeinden. Das machen sie über die AVAG. Aber das geht ja jetzt zur EBM weg. Von daher ist dieses Problem gelöst. Neben der Entflechtung streben wir auch eine Optimierung an. Das heisst, wir wollen die a.en so aufstellen, dass sie für die Bedürfnisse der sbo genau passt. In diesem Rahmen wird sich sicher auch die Frage stellen, wie der Verwaltungsrat aufzustellen ist. Bis jetzt war es ja so, dass im Verwaltungsrat der a.en vier von der sbo und vier von der AVAG waren. Durch den Weggang der Verwaltungsräte der AVAG hatten wir das Gefühl, wir müssten in beiden Gremien die gleichen Leute haben. Diejenigen, die ein Doppelmandat haben, haben zwei Verwaltungsratshonorare. Das ist so, aber in der a.en ein reduziertes. Ernst ist noch bei der AVAG im Verwaltungsrat. Dort ist er Vizepräsident. Das ist eine Gesellschaft, an der die sbo mit 5 % beteiligt sind. Dort können wir natürlich nicht sagen, welche Honorare sie auszahlen und nicht auszahlen müssen. Das machen sie selber. Aber wie ich gesagt habe, wird man diese beiden Verwaltungsräte in Zukunft auch überprüfen muss, und wir hoffen, dass die Entflechtung und Optimierung bis etwa spätestens 2020 abgeschlossen sein wird.

**Urs Knapp:** Wir haben eigentlich eine Generalversammlung über die sbo gehört. Es gibt ja die Möglichkeit, Sachen zu machen, die vielleicht auch andere betrifft. Ich möchte jetzt bewusst etwas ansprechen, was eigentlich den Stadtrat betrifft, bei der Eignerstrategie. Ich habe sonst nie Möglichkeiten dazu. Die grundsätzliche Frage ist für mich immer noch nicht beantwortet, wie viel die Stadt Olten von der sbo profitieren soll. Ich meine jetzt nicht die Gebühren, ob wir mehr oder weniger, einen tieferen Gaspreis haben, oder ökologischer oder etwas weniger ökologisch ist, oder etwas mehr dort fördert. Das ist eigentlich ein operatives Geschäft, das die sbo oder a.en machen soll und dies meiner Meinung nach auch gut macht. Aber die Grundfrage ist, und das ist ein Thema, das letztlich in die Eignerstrategie hineingeht, was erwartet die Stadt Olten von der sbo, zum Beispiel finanziell. Wenn man die Rechnung und die Bilanz der sbo anschaut, sieht man, dass die sbo im Vergleich zu anderen Unternehmen einen sehr hohen Eigenkapitalanteil von über 50 % hat. Andere vergleichbare Industrien sind vielleicht bei 30 %. Man könnte jetzt ganz überspitzt sagen, die Stadt Olten könnte von ihrer hundertprozentigen Beteiligung sagen, wir möchten eine Sonderausschüttung. Ich sage jetzt einmal 20 Millionen. Vielleicht hat dann die sbo immer noch 20 Millionen stille Reserven. Das ist einmal eine These. Mit 20 Millionen könnte man fast ein Schulhaus bauen. Es ist jetzt etwas verkürzt gesagt. Aber ich spitze es ganz bewusst so zu. Wir haben auf einer Seite die Stadt Olten. Einer der grössten Assets dieser Stadt Olten ist neben den Einwohnern und neben all der Intelligenz, die es hier gibt, ist finanziell gesehen die sbo. Wir haben die Stadt Olten, die in naher Zukunft, in weiterer Zukunft vor sehr grossen finanziellen Themen steht. Wir wollen die Stadt entwickeln. Wir müssen sie entwickeln. Das kostet Geld. Unsere finanzielle Lage ist so, wie sie ist, nicht sehr ideal. Wir haben immer noch eine sehr hohe Verschuldung. Ich glaube, in dieser Situation wäre mein Wunsch und eigentlich auch meine Forderung an den Stadtrat, dass er dies stärker überlegt. Was wollen wir von dieser sbo? Und zwar ganz konkret. Was soll sie uns ausschütten? Das gefällt vielleicht der sbo nicht. Aber es gefällt auch einer Grossbank oder einem kleinen Betrieb nicht, wenn die Aktionäre plötzlich sagen, wir wollen mehr Geld. Aber am Schluss muss man sich nach dem Willen der Aktionäre richten. Ich denke, diese Frage sollte diskutiert werden, und für diese Diskussion, um dort wieder anzuschliessen, braucht es Transparenz. Ich nehme jetzt einmal an, der Stadtrat hat diese Transparenz und kann abschätzen, wie viel man die sbo einsetzen kann oder nicht. Ich finde, es ist eine wichtige Diskussion, vor allem, wenn das, was im siebenjährigen Ausblick der Finanzprognosen steht, alles Tatsache wird, muss man wirklich schauen, wie man dies finanzieren kann.

**Matthias Borner:** Einfach nur die Frage, wie hoch ist das Verwaltungsratshonorar der a.en?

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli:** Ihr nehmt den Geschäftsbericht der sbo und nicht der a.en ab.

**Dr. Christine von Arx:** Dieses Geschäft gibt ja jedes Jahr zu Diskussionen Anlass und zwar, weil wir nicht immer oder häufig nicht ganz zufrieden mit der Art der Offenheit, wie der Geschäftsbericht daherkommt, sind, mit der Transparenz und wie man auf unsere Detailfragen eingeht. Man kann es jetzt einmal von einem anderen Blickwinkel anschauen, was eigentlich der Hintergrund ist, wieso wir dies hier genauer wissen möchten. Es geht um eine Staatsaufgabe, und es geht um Geld. Bei der Staatsaufgabe kann man sich bei diesem Themenkreis die Frage stellen, was gibt der Staat aus der Hand, was erbringt er als Dienstleistung selber, was überträgt er Dritten, will er eine Teillösung mit einer so einer Art Halbprivatisierung angehen, will man es ganz privatisieren? Da kann man endlos lange Diskussionen führen. Das ganze Problem ist immer, wer übt Aufsicht aus, und wer trägt Verantwortung, wenn etwas schief läuft? Bei der sbo ist es jetzt so, dass beim ersten Punkt wegen der Genehmigung wir laut Statuten die Erfolgsrechnung und Bilanz genehmigen und nicht zur Kenntnis nehmen müssen. Das ist richtig gesagt. In Ziffer 3 dieses Beschlussesantrags ist dies eigentlich mitenthalten. Das haben wir eigentlich damit gemeint, dass man sich beim nächsten Mal vielleicht bei der Darstellung der Beschlussesanträge, wie man es auseinanderbröseln, etwas klarer machen könnte, was genehmigt wird. Eigentlich ist es nicht nötig, dass man etwas zur Kenntnis nimmt. Dann kann man im Geschäftsbericht lesen, dass es eine Gewährleistungsverantwortung gibt. Hier haben wir Fragen gestellt, und wir haben, auch wenn es sehr kurzfristig war, Antworten erhalten. So, wie wir dies verstehen, ist diese Gewährleistungsverantwortung, dass am Schluss es an der Stadt Olten hängen bleibt, dass diese Staatsaufgabe, nämlich die Zurverfügungstellung von Wasser, Strom und Gas auch erbracht wird, wenn bei der sbo irgendetwas schief läuft, was wir nicht hoffen. Das führt dazu, dass wir hier natürlich genauer hinschauen wollen, was bei dieser sbo läuft und was nicht. Dann sind wir wieder bei diesem Wort Oberaufsicht. Das ist ja dann quasi die Konsequenz davon. Man kann dies sehr eng auslegen und sagen, es geht nur um rechtsstaatliche Grundprinzipien oder man kann es weiterfassen, so wie wir dies tun, und sagen, wir hätten gerne eine relativ erschöpfende Auskunft und würden bei gewissen strategischen Fragen auch gerne mitreden. Damit ist jetzt nicht die Meinung, die detaillierte Strategie, wer macht mit wem wann dann einen Vertrag über irgendwelche Lieferungen. Das ist einfach der Ansatzpunkt, den wir haben. Noch eine kleine Kritik, die mir aufgefallen ist, als ich das Ganze vorbereitet habe, weil ich mich etwas dahinter gesetzt habe. Es ist tatsächlich so, auch laut Statuten, dass das Parlament über die Grundzüge der Gebührenregelung befindet und zwar in einem Reglement. Dann habe ich mich auf die Suche nach diesem Reglement gemacht und wurde fündig. 743 bis 744 Abgabe- und Tarifreglement sbo mit einem Verweis, wo man dann auf der Homepage der a.en landet, die total unübersichtlich ist und man kein Reglement findet. Ich habe dann von Dir den Link gefunden. Das ist beim Stream und nicht bei den Downloads auf der Homepage der a.en. Auch dort müsste man, wenn man Transparenz schaffen will und auch, wenn es ein Detail ist, natürlich sorgfältig arbeiten. Gerade an solchen Kleinigkeiten sieht man, ob jemand bereit ist, mit den Empfängern oder demjenigen, der die Oberaufsicht hat, wirklich zusammenzuarbeiten.

**Felix Wettstein:** Ich habe noch eine Antwort auf das, was Matthias Borner vorhin zum zweiten Mal gefragt hat, nämlich wegen der Höhe der Verwaltungsratshonorare. Wir haben Grössenordnung Mitte der letzten Legislatur, vor etwa drei Jahren, haben wir Antwort vom Stadtrat über sämtliche Einsitze von Stadträtinnen und Stadträten in Aktiengesellschaften, in Verwaltungsrätinnen und –räten erhalten. Wir hatten damals die Zusammenstellung dieser Zahlen. Ich habe sie nicht dabei. Aber ich meine, ich hätte sie richtig im Kopf. Inzwischen hat es sich wahrscheinlich wieder verändert. Aber damals, vor etwa drei Jahren, war es so, dass wir einen Stadtrat hatten, der in beiden Verwaltungsräten war. In einem hat er Fr. 21'000.—, und im anderen hat Fr. 19'000.— bekommen. Wir haben heute gehört, dass jetzt alle in beiden sind. Die gleichen fünf Personen sind in beiden Verwaltungsräten, und wir haben von Benvenuto gehört, sie erhalten zwei Verwaltungsratshonorare. Also kann man zusammenzählen. Kleiner als vor drei Jahren sind sie nicht. Wir hatten damals als Vergleich auch noch den Busbetrieb Olten-Gösgen-Gäu, der Fr. 6'000.— pro Jahr eingetragen hat, die Stadttheater Olten AG ein Saisonabonnement.

## Beschluss

1. Einstimmig wird Kenntnis genommen.
2. Einstimmig wird Kenntnis genommen.
3. Mit 30 : 2 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird der Geschäftsbericht genehmigt.
4. Mit 32 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird dem Verwaltungsrat Entlastung erteilt.
5. Einstimmig

## Gesamtbeschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Es wird folgender Rechnungsabschluss 2017 der sbo zur Kenntnis genommen:

a)	Jahresgewinn 2017	vor Verzinsung	CHF	3'843'292.59
b)	Verzinsung Dotationskapital	zu 7 Prozent	CHF	-980'000.00
c)	Jahresgewinn 2017	nach Verzinsung	CHF	2'863'292.59
	bestehend aus:			
	-Elektrizitätsversorgung Energie/Netz	Überschuss	CHF	138'380.81
	-Erdgas-/Biogas-/Wärmeversorgung	Überschuss	CHF	2'380'745.38
	-Wasserversorgung	Überschuss	CHF	344'166.40
	-Finanzabteilung	verteilt auf die Geschäftsbereiche		

mit Zuweisung dieser Beträge an statutarische Gewinnreserven

- |    |                      |                    |     |               |
|----|----------------------|--------------------|-----|---------------|
| d) | Investitionsrechnung | Nettoinvestitionen | CHF | 6'865'368.84  |
| e) | Bilanz               | Bilanzsumme        | CHF | 95'923'826.47 |
2. Der Bericht der Revisionsstelle sbo vom 28. März 2018 wird zur Kenntnis genommen.
  3. Der sbo Geschäftsbericht 2017 bestehend aus Vorwort, Lagebericht, Tätigkeitsbericht, Corporate Governance und Finanzbericht wird genehmigt.
  4. Dem Verwaltungsrat der sbo wird die Entlastung erteilt.
  5. Als Revisionsstelle der sbo wird für das Jahr 2018 die Ernst & Young AG, Basel gewählt.

## Mitteilung an

Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit, Abteilung Gemeinden, Prisongasse 1,  
4502 Solothurn (durch unterzeichneten Geschäftsbericht und Rechnungen 2016)  
Verwaltungsrat sbo  
Revisionsstelle sbo  
Geschäftsleitung sbo (4)  
Leiter Finanzen und Dienste (3)  
Finanzverwaltung  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 84

## **Dringliche Interpellation Olten jetzt! betr. ausgelaufener Leistungsvereinbarung Schützi Olten/Beantwortung**

Am 22. Mai 2018 hat Olten jetzt! folgenden Vorstoss dringlich eingereicht:

### **«Hintergrund**

"Schützi-Chef geht vorzeitig in Pension - das hat nicht nur private Gründe." Unter diesem Titel

berichtete das OT vergangene Woche über die Kündigung von Oli Krieg, dem Geschäftsführer des Kulturzentrums Schützi. Einer dieser "nicht privaten Gründe": Die bis anhin erfolglosen Verhandlungen über eine neue Leistungsvereinbarung (nachfolgend: LV) mit der Stadt. Auf Ende letztes Jahr lief die bisherige, 10-jährige LV zwischen dem Trägerverein und der Stadt aus. Obwohl der Verein bereits im Frühling 2017 auf die Stadt zukam, wurde bisher noch keine Einigung erzielt.

Die Schützi fungiert seit über 20 Jahren als eigentliches Herz der freien Oltnen Kultur- und Veranstaltungsszene. Kabarett-Tage, Tanztage, JKON, Buchfestival, OltenAir und die "23 Sternschnuppen" – ein wesentlicher Teil der überregional ausstrahlenden Kultur-Veranstaltungen Oltens auch dieses Jahr wieder vollständig oder teilweise im Kulturzentrum Schützi stattfinden. Dementsprechend besorgniserregend ist der Umstand, dass die Stadt Olten nicht im Stande ist, mit einem so zentralen Player wie die Schützi eine Einigung zu finden. Seit dem 1. Januar 2018, also seit bald fünf Monaten, befindet sich das Kulturzentrum Schützi in einem vertragslosen Zustand. Die Kündigung von Oli Krieg ist eine erste, für die Kulturstadt Olten schmerzliche Folge davon. Der "Fall Schützi" erinnert dabei unangenehm an den "Fall Provisorium 8". 2016 führten ebenfalls erfolglose bzw. zu späte Verhandlungen über eine neue LV mit dem Jugendkulturhaus nicht nur zu personellen Abgängen, sondern gar zu dessen temporären Schliessung. Wir hoffen, dass sich dieses Szenario nicht wiederholen wird und laden den Stadtrat deshalb ein, folgende Fragen zu beantworten:

### **Fragen**

1. Warum konnte bis jetzt (Stand: 22.05.2018), also über ein Jahr nach Beginn der Verhandlungen, noch keine Vereinbarung getroffen werden? Welches sind die strittigen Punkte in den Verhandlungen?
2. Welchen Stellenwert misst der Stadtrat dem Kulturzentrum Schützi in der Oltnen Kulturlandschaft bei?
3. Wie beurteilt der Stadtrat die Leistung des Vereins und dessen Geschäftsführung unter Oli Krieg in den letzten 10 Jahren?
4. Was passiert mit der Schützi, falls keine Einigung erzielt werden kann?
5. Was könnte der Verein Schützi oder generell Vereine & Leistungsträger anders machen, damit Verhandlungen um LVs zügiger abgeschlossen werden könnten?
6. Vor einigen Monaten wurde von verschiedener Seite gemunkelt, dass die Stadt prüfe, ob der Verein Schützi zusätzlich zu seiner bisherigen Arbeit auch den Betrieb des Eventraums im Provi 8 übernehmen würde. Laut PM vom 16.05. wird dies nicht der Fall sein. Welches waren die Gründe für diesen Entscheid? Von Seiten der Schützi haben wir gehört, dass diese sehr wohl an einem solchen Ausbau der Zusammenarbeit interessiert gewesen wäre.

### **Dringlichkeit:**

Seit gut fünf Monaten befindet sich einer der wichtigsten Veranstaltungsorte der Stadt Olten im Schwebestand. Die personellen Abgänge sind eine erste negative Folge davon. Um weitere, für die Kulturstadt Olten schmerzhaft Auswirkungen zu vermeiden, muss die Stadt schnellstmöglich eine neue LV mit dem Verein Schützi abschliessen. Die Beantwortung dieser Fragen erachten wir als einen ersten, dringlichen Schritt dazu. Daneben ist eine neue LV je nach Höhe auch budgettechnisch relevant.

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** die Fragen wie folgt:

*1. Warum konnte bis jetzt (Stand: 22.05.2018), also über ein Jahr nach Beginn der Verhandlungen, noch keine Vereinbarung getroffen werden? Welches sind die strittigen Punkte in den Verhandlungen?*

Mit Blick auf die Erneuerung der Leistungsvereinbarung beantragte der Betreiberverein im vergangenen Jahr erstens eine Erhöhung des Unterhaltsbudgets und zweitens die Übernahme der Ausführungsverantwortung des gesamten Unterhalts durch die Schützi. Begründet wurde dies damit, dass die Schützi Mühe habe, ihre Kosten zu decken, dies trotz vieler unbezahlter Überstunden des Geschäftsführers Oliver Krieg. Im Vorstand sei dieses Thema intensiv diskutiert und dabei vor allem an eine zukünftige jährliche Unterstützung durch die Stadt gedacht worden, als Abgeltung für die Leistungen der Vereinbarung. Da man diese Lösung erst als letzte Möglichkeit in Betracht ziehen wolle, habe der Vorstand bei einer Analyse der Ausgaben festgestellt, dass bei weitem nicht alle Stunden des Hilfspersonals weiterverrechnet werden könnten. Dabei stünden die Unterhaltsarbeiten im Vordergrund. Der Vorstand schlug deshalb vor, dass die Unterhaltsarbeiten gesamthaft der Stadt verrechnet werden könnten, und beantragte deshalb eine Erhöhung des Unterhaltsbudgets 2018 von Fr. 15'000 auf 33'000. Die Übernahme der Ausführungsverantwortung des gesamten Unterhalts durch die Schützi wurde von den Vereinsverantwortlichen als sinnvoll bezeichnet, da sie als Betreiber des Gebäudes die notwendig werdenden Arbeiten umgehend bemerkten und dann direkt zur Erledigung schreiten könnten.

Der Stadtrat antwortete vor der Budgetsitzung 2017, dass er den in den Vorjahren nicht ausgeschöpften Budgetbetrag Unterhalt Hochbauten, Gebäude von Fr. 15'000.- beibehalten werde. In Absprache mit der federführenden Direktion Bau könne dieser Betrag in Zukunft sicher noch besser genutzt werden. Hingegen habe er eine Erhöhung dieses Betrags abgelehnt, weil er der Ansicht sei, dass die von Seiten des Vereins geltend gemachten Zusatzkosten eher der spezifischen Nutzung als Kulturzentrum als dem Gebäudeunterhalt zuzuordnen seien. Nicht ins Budget aufgenommen habe der Stadtrat einen Kulturbeitrag, der zu den bisherigen Leistungen der Stadt (unentgeltliches Zurverfügungstellen des Gebäudes sowie Übernahme von Heizung, Wasser, Energie und Sachversicherungsprämien) hinzukommen würde.

Ende November schrieb der Verein dem Stadtrat, dass er mit Bedauern feststelle, dass seine Vorschläge keine Berücksichtigung gefunden hätten. Der Vorstand habe beschlossen vorzuschlagen, im Moment keine neue Leistungsvereinbarung abzuschliessen, sondern die bestehende um ein weiteres Jahr zu verlängern. Der Verein würde in diesem Fall für sämtliche Arbeiten, welche von ihm ausgeführt würden und dem Unterhalt zuzurechnen seien, der Stadt Rechnung stellen. Bis Mitte 2018 werde sich dann zeigen, ob der Verein auf diese Art finanziell durchkomme. Falls ja, könnte dann eine neue Leistungsvereinbarung auf der bisherigen Basis abgeschlossen werden. Falls nein, «müssten wir den Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung von einem jährlichen Beitrag der Stadt an unsere Kosten abhängig machen.»

Der Stadtrat seinerseits erwiderte, einer Verlängerung der bestehenden Leistungsvereinbarung stehe seiner Ansicht nach nichts entgegen. Das bedeute aber auch,

dass an der bisherigen Praxis betreffend Unterhalt gemäss Ziff. 6.1 der Leistungsvereinbarung festgehalten wird: Die Leitung der Schützi bringt ihre Anliegen betreffend Gebäudeunterhalt bei der Direktion Bau ein. Aufträge werden nur durch die Direktion Bau erteilt und diese trägt nur Kosten für von ihr erteilte Aufträge.

Die entsprechende Vereinbarung könnte aus Sicht des Stadtrates jederzeit unterzeichnet und damit der bisherige Zustand weitergeführt werden.

*2. Welchen Stellenwert misst der Stadtrat dem Kulturzentrum Schützi in der Oltner Kulturlandschaft bei?*

und

*3. Wie beurteilt der Stadtrat die Leistung des Vereins und dessen Geschäftsführung unter Oli Krieg in den letzten 10 Jahren?*

Der Stadtrat anerkennt ausdrücklich die grossen Leistungen des Vereins Kulturzentrum Schützi, sowohl des Vorstands wie auch des Ende Jahr in Pension gehenden, langjährigen Geschäftsführers Oli Krieg, dessen Verdienste mit dem besten Dank für die gute Zusammenarbeit auch an dieser Stelle verdankt werden. Mit ihrer Arbeit, insbesondere auch mit dem Kultur- und Sozialengagement von mehreren zehntausend Franken jährlich, mit dem der Verein vergünstigte Tarife anbietet, leistet die Schützi einen wesentlichen Beitrag an die Oltner Kulturszene.

*4. Was passiert mit der Schützi, falls keine Einigung erzielt werden kann?*

Der Stadtrat geht nach wie vor davon aus, dass die bisherige Leistungsvereinbarung auch formell in der zweiten Jahreshälfte 2018 wie geplant erneuert werden kann. Gemäss Vorschlag des Vereinsvorstands wird sie weiterhin angewendet, so dass faktisch kein vertragsloser Zustand besteht.

*5. Was könnte der Verein Schützi oder generell Vereine & Leistungsträger anders machen, damit Verhandlungen um LVs zügiger abgeschlossen werden könnten?*

Dazu gibt es keine generellen Rezepte. Festzustellen ist, dass Anfang 2018 diverse Leistungsvereinbarungen, darunter auch ein halbes Dutzend im Kulturbereich, einvernehmlich erneuert wurden. Der finanzielle Spielraum ist jedoch aufgrund der jeweiligen Budgetrichtlinien äusserst gering.

*6. Vor einigen Monaten wurde von verschiedener Seite gemunkelt, dass die Stadt prüfe, ob der Verein Schützi zusätzlich zu seiner bisherigen Arbeit auch den Betrieb des Eventraums im Provi 8 übernehmen würde. Laut PM vom 16.05. wird dies nicht der Fall sein. Welches waren die Gründe für diesen Entscheid? Von Seiten der Schützi haben wir gehört, dass diese sehr wohl an einem solchen Ausbau der Zusammenarbeit interessiert gewesen wäre.*

Im Rahmen der Neuausrichtung der Jugendarbeit führte die Direktion Bildung und Sport Gespräche mit lokalen Anbietern, die über Kompetenzen in den gefragten Bereichen verfügten, wie im Stadtratsbeschluss vom 14. Mai 2018 zu lesen ist: Robi für die offene Jugendarbeit im Jugendbüro und die Schützi für die Jugendkultur. Die Gespräche verliefen grundsätzlich positiv, dennoch wären die neuen Aufgaben für den Robi und die Schützi eine Herausforderung gewesen, da die jeweiligen Kernbereiche hätten erweitert werden müssen. Zudem hätten sie laut Direktion Bildung und Sport nur einen Teil und nicht das ganze Paket des ehemaligen Provi 8 übernehmen können, wie dies beim nun gewählten Anbieter der Fall ist.

- - - -

**Daniel Kissling:** Florian Eberhard und ich, die diese Interpellation eingereicht haben, danken dem Stadtrat für die raschen Antworten und fragen jetzt gleichzeitig, warum es für jede Art von Antwort oder Information aus dem Stadthaus eine Interpellation braucht. Wir hätten uns gefreut, wenn dies schon vorher passiert wäre, gerade wenn die Medien vorher auch darüber berichten, könnte man ja Stellung dazu nehmen und vielleicht auch die eigene Sicht der Dinge etwas detaillierter schildern. Jetzt haben wir die eigene Sicht der Dinge vom Stadtrat erhalten. Kurz zusammengefasst lautet die Antwort des Stadtrates wie folgt: Wir finden, die Schützi macht einen guten Job. Ich finde es schon einmal gut, dass dies so wahrgenommen wird. Wir sehen auch, dass das Geld bei der Schützi knapp ist, sagt der Stadtrat. Am Schluss sagt er, wir warten trotzdem einfach einmal, was passiert und tun nichts. Nichts scheint die Verhandlungstaktik zu sein, nichts tun und zuwarten, bis die Schützi dann schon einmal einlenken wird und sagen, also gut, wir machen halt so weiter. Das ist eine Verhandlungstaktik, die man machen kann, und manchmal auch eine erfolgsversprechende. Gleichzeitig zeigt sie aber auch ein bisschen oder hat den Beigeschmack, wie wichtig Kultur für den Stadtrat zu sein scheint, nämlich so, dass man denkt, okay, sie sollen halt zu viel arbeiten, sie sollen kein Geld haben. Solange es uns nicht so viel kostet, ist es uns eigentlich egal, ob es ihnen gut geht oder nicht. Das geht soweit, dass man unter anderem weiss, dass zum Beispiel auch Oli Krieg im letzten Jahr, 2017, nicht immer fit war und gesundheitliche Probleme hatte, auch, weil er überarbeitet war, und dass man auch weiss, was in den Antworten leider nicht erwähnt wird, dass der Vorstand der Schützi das erste Mal im April 2017 wegen einer neuen Leistungsvereinbarung auf den Stadtrat zugegangen ist und nachher, soviel ich weiss – Ihr dürft mich gerne korrigieren, wenn dies nicht stimmt – relativ lange nichts gehört hat, über Wochen nichts gehört hat. Wenn dann der Stadtrat kommt und sagt, dass eine Erhöhung der finanziellen Mittel nicht mehr möglich war, weil es zu nahe an der Budgetsitzung für das Budget 2018 war, ist dies meines Erachtens auch etwas ein wenig eine fadenscheinige Ausrede. Was weiter auffällt ist, dass der Stadtrat neben der Haltung, wir warten jetzt einfach einmal zu, weil von unserer Seite ja alles ganz okay ist, oder sonst hat er es nicht geschrieben, scheinbar keine anderen Vorschläge gemacht hat, wie eine neue Leistungsvereinbarung aussehen könnte. Das muss ja nicht nur sein, dass man einfach mehr Geld gibt. Das könnte auch sein, dass man zum Beispiel neue Leistungen einfordert. Ich habe vorhin die alte Leistungsvereinbarung der Schützi noch einmal angeschaut. Dort steht drin, dass die Stadt von der Schützi vier Gratisanlässe pro Jahr zugute hat, also Mieterlass erhält, plus das Schulfest dort stattfinden darf. Dass man zum Beispiel sagt, man darf mehr solche Gratisleistungen in Anspruch nehmen oder die Schützi noch andere Leistungen erbringt, die der Kulturstadt Olten nützen würden. Solche Sachen hat sich der Stadtrat scheinbar, oder sonst ist es nicht erwähnt worden, nicht überlegt. Das führt wieder einmal so weit, dass man sieht, es ist keine Strategie vorhanden. Wenn sie nicht da ist, wird nicht kommuniziert, wie man mit der Kultur und den grossen Kulturleistungsträgern in dieser Stadt umgehen soll. Wir haben es gesehen. Eine erste negative Folge ist schon passiert. Oliver Krieg hat gekündigt, nicht nur, aber auch aus dem Grund heraus, weil er das Gefühl, dieser Stadt ist Kultur zu wenig wert, auch seine Arbeit zu wenig wert. Das ist nicht nur bedauerlich, weil Oliver Krieg ein unglaublich toller Geschäftsführer der Schützi war, der viel geleistet hat, sondern es ist ganz allgemein einfach auch etwas ein schlechtes Zeichen der Stadt. Diese Leute sind zwar nicht bei der Stadt angestellt, aber auf eine Art und Weise tönt es gleichwohl so, wie wenn man sagt, wenn man etwas für diese Stadt macht, bekommt man nicht das zurück, was man eigentlich verdient hätte. Das wird auch für die Zukunft kein gutes Zeichen sein, wenn man neue Leute suchen will, die für diese Stadt solche Sachen leisten und machen werden. Deshalb danke ich dem Stadtrat für die Antworten, bin aber mit der Strategie überhaupt nicht einverstanden, wir beide nicht, und wir sind schon am Überlegen, wie man den Stadtrat mit weiteren Vorstössen in die richtige Richtung weisen könnte. Es ist wichtig für diese Stadt, dass die Schützi bleibt, und dass möglichst schnell eine neue Leistungsvereinbarung zustande kommt, damit auch die Kulturveranstalterinnen und –veranstalter dieser Stadt oder Leute, die in diese Stadt kommen und hier Sachen machen wollen, eine Sicherheit haben, dass weiterhin ein unglaublich günstiges Kulturlokal zur Verfügung steht. Das möchte ich nur noch am Schluss anmerken. Es gibt keine andere Stadt in diesem Land, wo so günstig ein solcher Raum mit einem so breiten Angebot zur Verfügung hat. Man schaut zu einem Kofmehl in Solothurn, das Fr. 300'000.— pro Jahr kostet. Man schaut nach Aarau, das viele Räume hat, aber alle viel teurer sind und die Stadt viel mehr kosten. Dass man dann wegen Fr. 15'000.—

zusätzlich die Existenz eines solchen Orts aufs Spiel setzt, kann ich persönlich wirklich nicht verstehen.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Danke, Daniel Kissling, für die Rückmeldungen. Neben Kritik habe ich auch Positives gehört. Es hat tatsächlich zwei, drei Sachen, die ich insofern noch etwas präzisieren müsste, dass sich der Stadtrat sehr wohl vor der Budgetdebatte mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Wir haben ja eine Vereinbarung, und eine Vereinbarung beruht eigentlich immer auf Gegenseitigkeit. Dort ist einfach eine Bedingung, die der Stadtrat gesagt hat. Dort ist man noch nicht einig geworden. Es geht um den Unterhalt. Vollzieht die Stadt den Unterhalt oder macht dies die Schützi als Verein? Dort haben wir die Meinung, dass die Stadt als Eigentümer des Gebäudes dort den Lead haben soll. Die Kommunikation gegenüber dem Verein ist durchaus erfolgt. Man kann auch sagen, dort ist ein Wechsel der Führung passiert. Der alte Präsident hat dieses Anliegen vor allem noch rechtzeitig hineingetragen. Wir waren auch froh darüber. Es ist dann mit seinem Nachfolger durchaus im Gespräch herausgekommen, dass man dies nachverhandeln will, dass man dies austarieren will. Die Verhandlungen sind gar nicht abgebrochen, sondern dort sind wir tatsächlich eng miteinander unterwegs. Ich möchte betonen, und das ist auch schriftlich dargelegt, die grossen Verdienste dieses Kulturvereins, insbesondere der Person. Dass dort auch gewisse Enttäuschungen mitschwingen, die halt noch etwas weiter gegriffen sind, unter anderem ist ja auch nicht eine Stelle geschaffen worden, das verstehe ich von dieser Person, die sich hier ja auch sehr stark engagiert hat. Wir haben versucht, dies schlussendlich in diesem Sinne objektiv und möglichst zielführend einzuleiten, und wir werden hoffentlich möglichst bald einig werden, was dieses Thema anbelangt, denn die Schützi gehört zum Kulturangebot der Stadt Olten, und da wird sich der Stadtrat auch dafür einsetzen.

**Florian Eberhard, Fraktion SP/Junge SP:** Geschätzter Stadtrat, vielen Dank für die Beantwortung. Die Aussage, dass der Betrieb momentan eigentlich nur durch die massiv unbezahlten Überstunden von Oli und Esther möglich ist, finde ich sehr besorgniserregend. Das zeigt ja, dass eigentlich die momentane Leistungsvereinbarung so nicht umsetzbar ist. Dieser Kulturbeitrag bzw. die Erhöhung auf die Fr. 33'000.— wären für mich auch ein Zeichen von Anstand und Respekt gegenüber der Arbeit von Oli Krieg und Esther Straumann gewesen, die der Stadtrat ja scheinbar gemäss Antwort 3 sehr schätzt. Im Übrigen sind die unbezahlten Überstunden auch eine fantastische Voraussetzung, um diese Stelle auf nächstes Jahr besetzen zu können. Zu Antwort 5 «Der finanzielle Spielraum ist jedoch aufgrund der jeweiligen Budgetrichtlinien äusserst gering» frage mich etwas, ob man dort nichts aus der Affäre des Provi gelernt hat. Wenn man die Leute jeweils am Limit arbeiten lässt und sich weigert, ihnen den angemessenen Beitrag zu geben, sich weigert, diesen Kulturbeitrag zu sprechen, muss man doch je nachdem daran denken, früher schon mehr zu budgetieren. Warum schafft man sich dort ein Stück weit einen gewissen Handlungsspielraum? Das ist das gleiche Argument, das man schon bei ähnlichen Projekten gehört hat, das uns klar aufgezeigt, dass es gut ist, dass man hier den Finger draufhält und schaut, dass es zu einer sauberen Angelegenheit wird. Noch kurz zur Frage 6 wegen der Jugendarbeit, wo die Schützi ja in der Lage gewesen wäre, nur einen Teil der geforderten Aufgaben zu übernehmen. Wir sind natürlich jetzt hier sehr gespannt und freuen uns darauf, ob der gewählte Anbieter in diesem ganz kleinen finanziellen und personellen Rahmen dann tatsächlich das ganze Paket abdecken kann.

**Felix Wettstein, Fraktion Grüne:** Die Schützi ist ein Juwel der Oltnen Kultur mit Ausstrahlung weit, weit über Olten hinaus. Es wäre tatsächlich ein ganz grosser Verlust, wenn wir dies aufgrund von ungeschicktem politischem Handeln aufs Spiel setzen würden. Wir massen uns nicht an, auch aufgrund der kurzen Zeit, die Zahlen Fr. 15'000.—, Fr. 33'000.—, zu bewerten, überhaupt die Art, wie die Verhandlungen für die neue Leistungsvereinbarung geführt wurden. Was wir aber feststellen ist, es war tatsächlich nicht möglich, auf Ende des alten Jahres, auf den Abschluss der vorherigen Leistungsvereinbarung, eine unterzeichnete neue Vereinbarung zu haben. Wir haben heute Abend bei der Erklärung zur Dringlichkeit von Martin Wey gehört, es sei kein vertragsloser Zustand. Es gelte ja eine Verlängerung des vorherigen. Nach unserer Leseart muss auch eine Verlängerung einer Leistungsvereinbarung, wenn die ursprüngliche Zeit abgeschlossen

ist, mindestens mit den gegenseitigen Unterschriften neu besiegelt und mit einem neuen Datum versehen sein. Solange dies nicht vorhanden ist, kann man nicht davon sprechen, dass man in einem Vertragszustand ist. Es steht hier, Ende November habe der Verein geschrieben, er habe beschlossen vorzuschlagen, keine neue Leistungsvereinbarung abzuschliessen. Das ist etwas eine lustige Formulierung. Der Verein als einer von zwei Partnern kann einen solchen Vorschlag machen, es solle keinen inhaltlich anderen Vertrag geben. Aber er kann nicht beschliessen vorzuschlagen, man solle nichts abschliessen. Das ist eine eigenartige Formulierung. Dann steht Seite 3, oben: «Der Stadtrat seinerseits erwiderte, einer Verlängerung der bestehenden Leistungsvereinbarung stehe seiner Ansicht nach nichts entgegen». Was heisst das «erwiderte»? Die beteiligten Leute – da rede ich jetzt als einer, der im Vorstand von Pro Kultur Olten doch auch etwas in dieser Vernetzung dabei ist – hatten überhaupt nie eine Antwort des Stadtrates, auch nicht sie. Deshalb war bis jetzt – es ist ja schon ein paar Wochen her, dass dies öffentlich wurde – immer die Rede, es gibt aktuell keinen Vertrag. Wir arbeiten vertragslos. Nachher steht noch: «Die entsprechende Vereinbarung könnte jederzeit unterzeichnet werden». Konjunktiv. Es kann doch nicht sein, dass man als Vertragspartner, völlig egal von den inhaltlichen Bestimmungen und der Höhe des Geldes einfach im Konjunktiv zuwartet – ich weiss auch nicht recht worauf – bis dann endlich irgendjemand den Griffel zückt. Es muss doch möglich ist, dass man, und zwar jetzt wirklich von der Stadt her, lanciert, sich in ganz kurzer Zeit an den Tisch setzt und die Unterschrift unter das setzt, was hier scheinbar nach wie vor gültig sein soll.

**Heidi Ehrsam:** Es tönt jetzt sehr dramatisch, wenn man hier meine Vorredner gehört hat. Ich wäre auch glücklich, es gäbe eine neue Leistungsvereinbarung für die Schützi. Sie ist mir von Anfang an, seit es sie gibt, ich habe dort auch noch etwas mitgearbeitet, ein grosses Anliegen. Die Leistungen von Herrn Krieg sind unbestritten ganz toll. Das hat man auch immer gespürt, wenn man dort war. Aber wenn man heute den Zeitungsartikel im OT über die dringliche Interpellation liest, so wird ja unter anderem auch der jetzige Präsident, Walter Rickenbacher, zitiert. Dann tönt es nicht ganz so negativ. Wenn ich es noch richtig im Kopf habe, ich habe es heute Morgen sehr früh gelesen, so steht irgendwo, dass sich der Stadtrat mit dem Vorstand oder dem Präsidenten im Spätsommer, August, treffen wird und er guter Dinge ist, dass hier wieder eine Leistungsvereinbarung zustande kommt. Klar wäre es schon vor einem Jahr schöner gewesen. Aber es tönt von Seiten der Schützi nicht so dramatisch, wie es jetzt hier etwas aufgeblasen wird. Hoffen wir, dass dies zustande kommen wird, und dann werden wir diese Leistungsvereinbarung für das nächste Budget haben. Ich bin hier in gutem Treu und Glauben in die Stadt, dass sie in dieser Sache ihre Verpflichtungen einget, wenn dies jetzt auch nicht mit Unterschriften besiegelt ist, was vielleicht noch machbar gewesen wäre.

Mitteilung an  
Stadtschreiber  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 85

## **Dringliche Interpellation Daniel Probst (FDP) betr. Buslinie 503 an der Höhenstrasse in Olten/Beantwortung**

Mit Mail vom 22. Mai 2018 hat Daniel Probst (FDP) folgenden Vorstoss dringlich eingereicht:

### «Ausgangslage

Im Rahmen des «Buskonzept Olten-Gösgen-Gäu» soll u.a. die Höhenstrasse in Olten neu mit der Stadtbuslinie 503 bedient werden. Für die Umsetzung des neuen Linienkonzepts werden die Höhenstrasse West und die Höhenstrasse Ost baulich miteinander verbunden. Damit die neue Buserschliessung auf den Fahrplanwechsel 2019 realisiert werden kann, müssen die Bau- und Umgestaltungsarbeiten bis im Dezember 2018 umgesetzt werden.

Die Buserschliessung für das Fustligquartier ist ein langjähriges Anliegen der Bevölkerung. Da es jedoch zu einem nicht unbedeutenden Eingriff in eine bis anhin verkehrsberuhigte Quartierstrasse kommt und für den Bau von neuen Bushaltstellen die Aufhebung von 17 Parkplätzen geplant ist, hat die Anwohnerschaft der Höhenstrasse ein berechtigtes Bedürfnis nach Information und Mitwirkung.

### Begründung der Dringlichkeit:

Mit Beschluss Nr. 111 des Stadtrates vom 7. Mai 2018 und Publikation der Verkehrsmassnahmen am 17. Mai 2018 im Stadtanzeiger besteht für die Anwohnerschaft die Möglichkeit, unter Einhaltung einer 10-tägigen Einsprachefrist und unter Leistung eines Vorschusses von Fr. 500.- bis zum 27. Mai 2018 beim kantonalen Bau- und Justizdepartement, Amt Verkehr und Tiefbau Einfluss zu nehmen.

### Fragen

1. Wann und wie wurde die Anwohnerschaft bei der Buserschliessung der Höhenstrasse miteinbezogen? Konnte diese ihre Anliegen, Bedenken und Ideen einbringen?
2. Schon heute sind die Parkplätze an der Höhenstrasse sehr knapp bemessen. Warum opfert der Stadtrat an der Höhenstrasse 17 Parkplätze, während andernorts (z.B. Chalchofen) sogar auf Kantonsstrassen die Bushaltestellen mitten auf die Strasse verlegt werden?
3. Welche Parkplätze müssen aufgehoben und welche sonstigen Flächen und Anlagen (z.B. Rasenplätze, Kompoststellen, usw.) müssen den baulichen Massnahmen weichen?
4. Wie argumentiert der Stadtrat die Aufhebung der Parkplätze für die Jahresvignetten-Besitzer? Sind Rückerstattungen oder Kompensationen vorgesehen?
5. Wo genau werden die neuen Haltestellen (Plan) gebaut und wie sehen diese aus (Modellzeichnung)?
6. Was wird neben den Haltestellen zusätzlich baulich verändert? Wann wird gebaut und wie lange dauert diese Phase?
7. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass die Bushaltestelle Höhenstrasse West unmittelbar vor der heute schon sehr anspruchsvollen Ein- und Ausfahrt der Einstellhalle Höhenstrasse West 15-37 (mit über 150 Parkplätzen) zu liegen kommt und damit eine beachtliche Behinderung sowohl für die Anwohner wie auch für den Busbetrieb darstellt? Wie und wann wurde die Situation vor Ort abgeklärt?

8. Welche Massnahmen werden ergriffen, um die Sicherheit von Fussgängern und spielenden Kindern an unübersichtlichen Stellen und insbesondere im Bereich des Übergangs (Kreuzung Busübergang-Fussgängerweg) zu gewährleisten?
9. Wie sieht der zukünftige Busfahrplan aus? Mit welchen Bussen (Typ, Grösse) wird sie bedient?
10. Wann genau wird die neue Buslinie in Betrieb genommen?»

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

*1. Wann und wie wurde die Anwohnerschaft bei der Buserschliessung der Höhenstrasse miteinbezogen? Konnte diese ihre Anliegen, Bedenken und Ideen einbringen?*

Das Verfahren zur Festlegung der Linienführung erfolgte in Absprache zwischen Kanton Solothurn, der Stadt Olten und der Gemeinde Starrkirch-Wil unter Einbezug der Verkehrsplanungsexperten. Dabei wurde im Zusammenspiel mit anderen Linien, in diesem Fall der neuen Linie 509 Meierhof, auf eine optimale Erschliessungsfunktion geachtet. Die Linienführung wurde vom Bundesamt für Verkehr BAV genehmigt und eine Konzession erteilt.

In den Medien (letztmals im OT vom 10. April 2018) wurde über die Auswirkungen des neuen Buskonzepts informiert. Ebenfalls wurde auf die Möglichkeit zur Mitsprache im Rahmen des Fahrplanverfahrens hingewiesen. Eingaben zu den Fahrplanentwürfen können von jedermann in der Zeit vom 28. Mai bis 17. Juni gemacht werden.

Die Grundeigentümer wurden am 19. April schriftlich orientiert; die Besprechungen laufen noch. Bewohnerinnen und Bewohner an der Höhenstrasse sind noch nicht direkt informiert worden. Zu den Haltestellen können sie im ordentlichen Baubewilligungsverfahren Stellung nehmen.

*2. Schon heute sind die Parkplätze an der Höhenstrasse sehr knapp bemessen. Warum opfert der Stadtrat an der Höhenstrasse 17 Parkplätze, während andernorts (z.B. Chalchofen) sogar auf Kantonsstrassen die Bushaltestellen mitten auf die Strasse verlegt werden?*

Die Parkplätze müssen weichen, damit der Bus vier Haltestellen erhält. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass keine Haltebuchten, sondern Fahrbahnhaltestellen geplant sind. Die Aufhebung der Parkplätze ist auf ein Minimum begrenzt worden.

In jedem Fall sind die gesetzlichen Vorgaben bei neuen Haltestellen umzusetzen, z.B. die Breite der Haltekante oder Anforderungen des Gleichstellungs- und Behindertengesetzes, welches u.a. die Höhe der Haltekante vorschreibt.

*3. Welche Parkplätze müssen aufgehoben und welche sonstigen Flächen und Anlagen (z.B. Rasenplätze, Kompoststellen, usw.) müssen den baulichen Massnahmen weichen?*

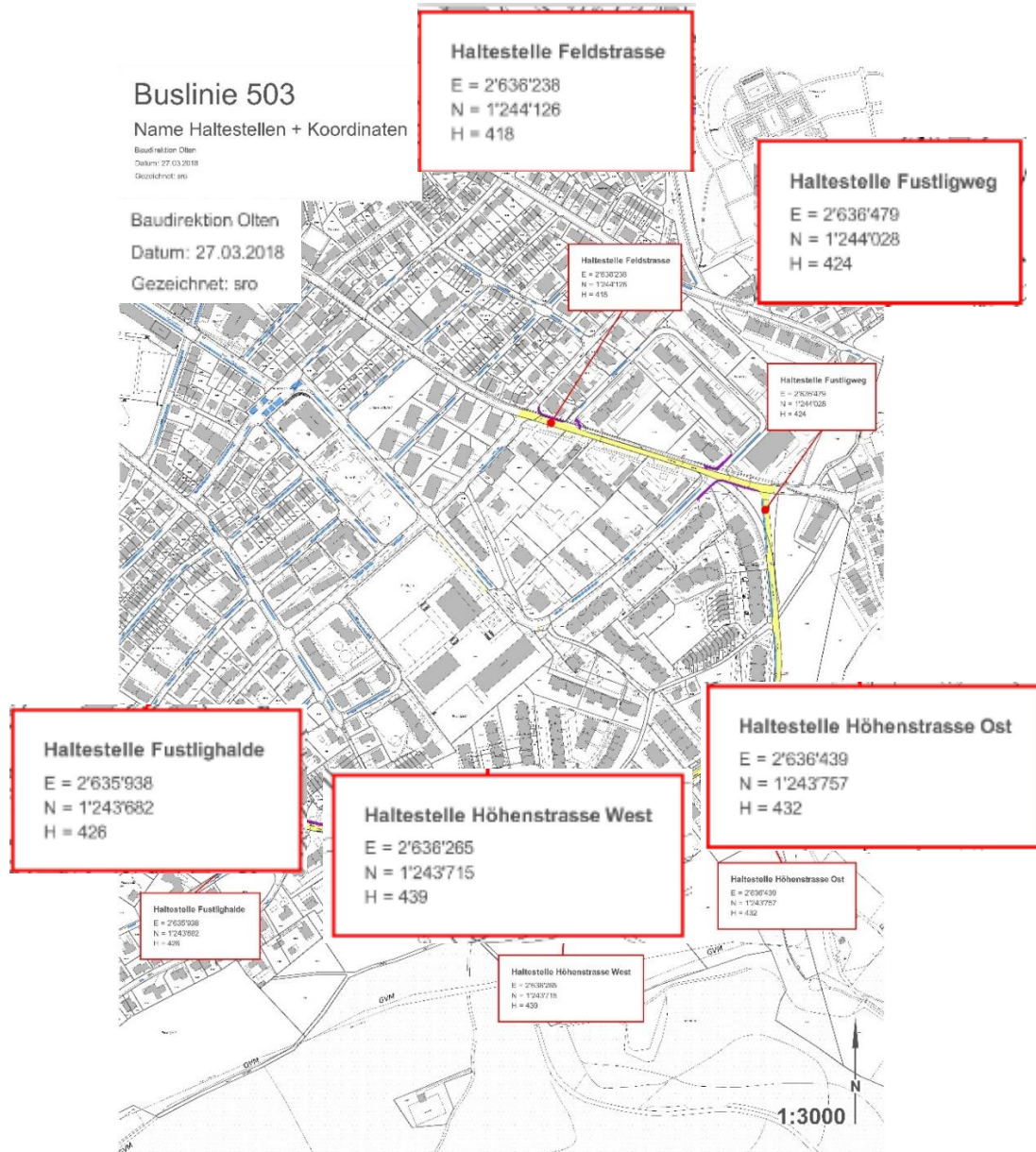
Wie erwähnt, geht es um Parkplätze im Bereich der künftigen Haltestellen. Private Flächen sind an der Höhenstrasse Ost (Gebäude Nr. 61) und minim an der Höhenstrasse West (Gebäude Nr. 41) betroffen. Einfahrten in Tiefgaragen sind hingegen nicht tangiert.

*4. Wie argumentiert der Stadtrat die Aufhebung der Parkplätze für die Jahresvignetten-Besitzer? Sind Rückerstattungen oder Kompensationen vorgesehen?*

Es sind keine Rückerstattungen vorgesehen, da die Gebühren nicht an eine bestimmte Anzahl Parkfelder in der Blauen Zone gekoppelt sind.

5. Wo genau werden die neuen Haltestellen (Plan) gebaut und wie sehen diese aus (Modellzeichnung)?

Die Lage der Haltestellen ist aus der nachstehenden Grafik ersichtlich, die Lage der wegfallenden Parkplätze aus Beilage 1:



6. Was wird neben den Haltestellen zusätzlich baulich verändert? Wann wird gebaut und wie lange dauert diese Phase?

Neben den Haltekanten-Perrons braucht es die Durchfahrt zwischen der Höhenstrasse Ost und West. Dort wird der Durchgang verbreitert auf 3,5 m und mit automatischen Pollern für den motorisierten Individualverkehr gesperrt. Die Fahrzeuge des Werkhofes und der Feuerwehr können bei diesem Pollersystem mittels Fernbedienung eingreifen und durchfahren. Ein Abbiegen in den Fustligweg wird nicht zugelassen. Für die Fussgänger und Radfahrer bleibt der Durchgang wie heute offen.

Gebaut werden soll im Herbst, damit die Infrastruktur auf den Fahrplanwechsel im Dezember zur Verfügung steht. Zu dieser gehören zudem Haltestellentafeln mit den haltestellenbezogenen Fahrplaninformationen, welche durch die Busbetrieb Olten Gösigen Gäu AG installiert werden.

*7. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass die Bushaltestelle Höhenstrasse West unmittelbar vor der heute schon sehr anspruchsvollen Ein- und Ausfahrt der Einstellhalle Höhenstrasse West 15-37 (mit über 150 Parkplätzen) zu liegen kommt und damit eine beachtliche Behinderung sowohl für die Anwohner wie auch für den Busbetrieb darstellt? Wie und wann wurde die Situation vor Ort abgeklärt?*

Die Haltestelle Höhenstrasse West tangiert die Ein-/Ausfahrt der Tiefgarage nicht; ihre Lage stellt auch für die BOGG keine Behinderung dar.

*8. Welche Massnahmen werden ergriffen, um die Sicherheit von Fussgängern und spielenden Kindern an unübersichtlichen Stellen und insbesondere im Bereich des Übergangs (Kreuzung Busübergang-Fussgängerweg) zu gewährleisten?*

Die Geschwindigkeit im Quartier ist tief und die Übersicht im Allgemeinen gut. Die Höhenstrasse ist verkehrsberuhigt, Durchgangsverkehr wird aufgrund der Polleranlage weiterhin nicht möglich sein. Auch mit dem Busbetrieb werden daher keine diesbezüglichen Probleme erwartet. BOGG ist sich gemäss ihren Angaben bewusst, dass im Bereich Schärenmatt spezielle Vorsicht geboten ist, und wird ihre Chauffeure in der Ausbildung auf diesen Umstand hinweisen.

*9. Wie sieht der zukünftige Busfahrplan aus? Mit welchen Bussen (Typ, Grösse) wird sie bedient?*

Der vorgesehene Fahrplan ist dem Fahrplanentwurf in der Beilage 2 zu entnehmen. Es werden zweiachsige Fahrzeuge mit einer Gesamtlänge von 12 Metern eingesetzt.

*10. Wann genau wird die neue Buslinie in Betrieb genommen?»*

Die Betriebsaufnahme erfolgt auf den Fahrplanwechsel vom 9. Dezember 2018.

- - - -

**Daniel Probst:** Merci vielmals für die Beantwortung dieser Fragen. Zu zwei, drei Antworten habe ich eine Bemerkung. Bei Frage 1 wird gesagt, dass man zum Fahrplanverfahren, zu den Fahrplanentwürfen, Mitsprache gehabt hätte. Dort würde mich interessieren, ob man auch zu den konkreten Plänen mitreden konnte, wo die Bushaltestellen dann auch wirklich stehen, wie viele Parkplätze aufgehoben werden oder ob es nur um den Zeitfahrplan ging. Es wäre dort eine Frage. Dann habe ich auch bei Frage 1 noch eine Bemerkung zum letzten Absatz, wo steht, dass die Grundeigentümer informiert wurden. Ich glaube, dass es so war. Das Problem ist halt einfach, dass es dort natürlich auch viele Mieter gibt, die dann halt nicht vom Grundeigentümer weiter informiert werden. Es hat dort auch Eigentümer. Sie sind im Baurecht. Das heisst, sie werden wieder nicht informiert, wenn es derjenige, dem der Grund gehört, nicht weitergibt. Jetzt kann man sagen, als Stadt hat man dies gleichwohl erledigt, weil man ja die Grundeigentümer informiert hat. Aber die Kommunikation misst sich ja immer an dem, dass es hauptsächlich bei demjenigen, den es betrifft, ankommen muss. Das sind schon die Leute, die dort wohnen. In einem nächsten Fall müsste man sich dort vielleicht schon überlegen, ob man nicht gleichwohl eine Veranstaltung durchführt, dort hätte man es im Sälischulhaus machen können, wo man einfach sagt, kommt einmal, wir wollen Euch erklären, was hier passiert, worauf Ihr Euch einstellen müsst. Habt Ihr noch Inputs? Ich finde, das Vorgehen ist dort nicht gerade gut. Bei Frage 2 wird gesagt, dass man vier Haltestellen braucht. Es geht ja um die 17 Parkplätze, die aufgehoben werden müssen. Dort ist die Meinung der Anwohner, das wäre jetzt ein solcher Input gewesen, auf einen Kilometer vier

Haltestellen sind vielleicht gerade etwas viel. Möglicherweise hätte man auch sagen können, zwei hätten gereicht. Auch das hätte man erfahren können, wenn man mit den Leuten vorher gesprochen hätte. Ich glaube, hier hat man wirklich eine Chance verpasst, dass man die Leute in diesem Quartier etwas aufgebracht hat, die natürlich nicht grundsätzlich gegen diesen Bus sind. Wie gesagt, es wird begrüsst. Es wird erschlossen. Das macht auch Sinn. Die Stadt wird grösser, wächst hinauf. Aber ich glaube, in einem solchen Fall wäre es wirklich wichtig, dass man nicht nur mit den Grundeigentümern, sondern mit den betroffenen Leuten vor Ort redet. Zu Frage 4: Es war natürlich etwas eine provokative Frage. Man sagt, da gibt es Rückerstattungen für diejenigen, die dort eine Parkkarte haben. Aber wenn man sich überlegt, wohnen Leute dort oben. Sie wollen die Anwohnerprivilegierung, kaufen dort Parkkarten und haben dann schon die Erwartung, dass man für diesen Preis etwas bekommt. Jetzt streicht man 14 Parkplätze. Man streicht sie einfach. Es passiert dann nichts. Normalweise, wenn man das Angebot so drastisch kürzt, passiert auch dort etwas. Natürlich ist man hier rechtlich auf der sicheren Seite. Es ist einfach nicht so anwohnerfreundlich, würde ich jetzt einmal behaupten. Dann habe ich nur noch einen letzten Punkt. Das ist bei Frage 7. Es ist eine sehr wichtige Frage für die Anwohner, und es geht auch immer etwas um die Anzahl Haltestellen, nämlich diejenige, die gerade vor dieser Ein-/Ausfahrt ist. Ich kenne sie selber noch von früher. Lange habe ich in Nummer 31 und 35 gewohnt. Das ist jetzt schon schwierig. Wenn man dort hinauffährt, weiss man nicht, wer oben steht. Das ist jetzt schon recht gefährlich. Dann hat es auch noch Kinder usw. Dazu kommt, dass es auch ab und zu Tankwagen hat, die Öl bringen, um tanken zu gehen. Dort steht dann vielleicht plötzlich ein solcher Lastwagen. Ich finde, diese Bushaltestelle ist wirklich etwas, wo die Anwohner recht Mühe haben. Man hätte sie vielleicht auch noch einmal diskutiert, wenn man früher nicht nur mit den Grundeigentümern, sondern auch mit den Anwohnern gesprochen hätte. Was ganz am Schluss noch erfreulich ist, dass am nächsten Dienstag, und da freuen sich die Anwohner, tatsächlich Urs Kissling kommen und sich vor Ort anschauen wird, was man dort angezeichnet hat. Er kann das Gespräch mit diesen Leuten aufnehmen. Das finden wir gut. Ich begrüsse es schon im Sinne der Anwohner. Nur ist es halt etwas spät. Wie gesagt, ist die Einsprachefrist dann schon abgelaufen. Es ist ja an diesem Sonntag. Ich finde, zumindest sollte man hier vielleicht in sich gehen, eine Lehre mitnehmen, dass man das nächste Mal, wenn man so etwas macht, frühzeitig mit den Anwohnern in Kontakt kommt. In diesem Sinne merci vielmals für die Antworten. Das ist schnell gegangen, ausführlich. Die Pläne sind sehr gut. Dort sieht man, was wirklich passiert. Auch der ganze Fahrplan. Merci vielmals für die Beantwortung. Aus meinen Ausführungen habt Ihr gehört, dass wir nicht mit den Antworten nicht zufrieden sind, aber mit dem ganzen Vorgehen der Stadt. Hier finden wir, dass es Verbesserungspotenzial gibt. Merci vielmals.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Besten Dank, Daniel, für die Rückmeldungen. Ich glaube, es ist tatsächlich im Interesse der gesamten Bevölkerung, dass dieses Gebiet mit Bus erschlossen wird. Irgendwo muss man selbstverständlich diesen Bus auch platzieren, und die Fachebene hat die Platzierung dort entsprechend als richtig befunden. Es sind auch Abklärungen und Augenscheine der Fachebene passiert. Die Sache mit der Orientierung, Information der öffentlichen Hand gegenüber den Betroffenen ist immer etwas, das ganz wichtig ist. Dort haben wir eigentlich zwei verschiedene Ansprechpartner, zum einen die Grundeigentümer, die eigentlich auch rechtlich Einsprache machen können, und zum anderen die Information. Vielleicht noch eine Bemerkung zu Deinem Eintreten zur Dringlichkeit. Wir haben dann eigentlich nicht eine Mitwirkung garantiert, sondern eine sogenannte Information. Du hast es gesagt. Der Tiefbau macht die entsprechenden Orientierungen. Dort nimm man sicher auch noch einmal die Anliegen der Anwohner entgegen und, wo es noch geht, Optimierungen von statten geben würde. Es ist immer ein Punkt, wo man dann schlussendlich halt nicht alle Interessen berücksichtigen kann. Vielleicht noch wegen den Parkkarten: Da haben wir auch schon diskutiert. Es ist klar, wenn man zum Beispiel erst im März eine Parkkarte bezieht, sie pro rata bezogen wird, es hingegen bei auslaufenden oder wenn man wegzieht keine Entschädigung gibt. Es ist halt keine Garantie, gerade dort parkieren zu können. Wir haben hier x Beispiele in allen Quartieren. Die Leute sagen, ich habe eine Parkkarte. Ich will doch eigentlich in meiner Strasse parkieren können. Es gibt sehr viele, die dann schlussendlich vom Angebot her halt einen anderen Strassenzug benützen müssen. Immerhin haben sie dort – es ist ein schwacher Trost an die Anwohner –

eine supergute Bushaltestelle, wo sie natürlich auch die Besucher empfangen, wieder entlassen und auch gut bewirten können.

**Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne:** Ganz kurz von uns. Wir konnten dies in der Pause auch nur schnell diagonal anschauen und besprechen. Grundsätzlich finden wir, möglicherweise hätte der Kanton/die Stadt ein wenig offensiver auf die Mitsprachemöglichkeiten hinweisen können. Vielleicht mit irgendeinem Flyer, oder es gibt ja jeweils auch Anwohnerbefragungen und solche Sachen, um etwas den Puls zu messen. Aber grundsätzlich, und das ist für uns natürlich der wichtigste Aspekt, finden wir die Linienführung toll und finden grundsätzlich super, dass es dort Bushaltestellen sind. Das trumpft eigentlich alles andere sowieso. Merci.

**Eugen Kiener, Fraktion SP/Junge SP:** Besten Dank für die Antworten. Wir haben natürlich auch Freude an diesem Ausbau des öffentlichen Verkehrs in einem Quartier mit sehr vielen Einwohnern. Es heisst ja Höhenstrasse, also geht es auch hinauf und hinunter. Wenn es Höhenunterschiede hat, gibt es auch mehr Haltestellen. Beim Vorschlag der Infoveranstaltung, den Daniel Probst gemacht hat, habe ich gedacht, ja, es wäre vielleicht sinnvoll gewesen, man hätte dies vorgängig gemacht. Allerdings ist es so, dass man, wenn ein solcher Bus kommt, und das wusste man in der breiten Öffentlichkeit schon lange, auch mit Infrastrukturen rechnen muss, dass es Haltestellen braucht usw. Es ist auch schon vor längerer Zeit in einem Leserbrief darauf hingewiesen worden, dass ja die beiden Strassen ursprünglich unbedingt hätten getrennt bleiben sollen. Jetzt müssen sie eben verbunden werden. Aber besten Dank.

Mitteilung an  
Stadtschreiber  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 86

## **Motion Marlène Wälchli Schaffner (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Kommission «Alterspolitik Olten»/Beantwortung**

Am 22.01.2018 reichten Marlene Wälchli Schaffner (EVP) und Mitunterzeichnende (EVP/CVP/glp) folgenden Vorstoss ein:

„Der Stadtrat wird beauftragt, einen Beschlussesentwurf zur Einsetzung einer nicht ständigen ausserparlamentarischen Kommission im Zusammenhang mit dem Entwicklungsprojekt «Alterspolitik» vorzulegen.

Die Kommission «Alterspolitik Olten» in Olten, soll einen fachlichen und konzeptionellen Beitrag leisten, damit der Stadtrat dem Parlament bis spätestens in drei Jahren mehrheitsfähige Vorschläge für die ersten Umsetzungen einer neuen Alterspolitik unterbreiten kann.

Begründung:

Der Stadtrat strebt bis ins 2021 erste Umsetzungen einer neuen Alterspolitik an. Damit diese Entwicklungsaufgabe gut aufgegleist und vorangetrieben werden kann benötigt es eine nicht ständige ausserparlamentarische Kommission.

Olten soll vermehrt von der älteren Bevölkerung als liebens- und lebenswerte Stadt wahrgenommen werden. Die Attraktivität soll über die Stadtgrenze hinaus Signalwirkung haben, sodass ältere Menschen gerne Olten als Lebensmittelpunkt wählen und auch gerne im Alter wieder nach Olten «umziehen».

Mit einer möglichen Bestandesaufnahme in Form einer SWOT-Analyse, könnte ein erster Schritt getan werden. Es ist durchaus möglich, dass die Bestandesaufnahme auch als Bachelor- oder Masterarbeit an eine Fachhochschule vergeben wird.

Mögliche Fragen:

Was wird bereits mit viel Herzblut und Engagement für die ältere Bevölkerung getan? Wo sind Lücken und welche Bedürfnisse werden nicht abgedeckt? Was könnte im Sinne einer integrierten/intergenerativen Versorgung ausgebaut werden? Welche Gefahren sind zu berücksichtigen?

Der Stadtrat wählt eine 11er Kommission, welche der Direktion Soziales zugeteilt ist. Allenfalls könnte auch bloss eine 7er Kommission als Kernteam Sinn machen und je nach Themen weitere Fachpersonen periodisch beigezogen werden.

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadträtin Marion Rauber** die Motion wie folgt:

Im Namen des Stadtrates bedanken wir uns für den Vorstoss, der die wichtigen Leistungen für den wachsenden Anteil älterer Menschen im Einzugsgebiet der Stadt Olten betrifft.

### Tätigkeit der früheren Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen

Die frühere Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen, die im Rahmen der Neuorganisation der städtischen Behörden und Gremien aufgehoben wurde, befasste sich regelmässig mit solchen Fragestellungen. Die frühere Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen erarbeitete in Eigenleistung ein Altersleitbild (Beilage). Das Leitbild stützte sich auf vorangehende Abklärungen und Analysen, die u.a. in einer Balanced Score Card (Beilage) dargestellt wurden. Die BSC führte die folgenden Vollzugs- und Wirkungsziele auf:

- Existenz
- Sicherheit
- Autonomie
- Soziale Integration
- Soziokulturelle Integration

Zur Sicherung der **Existenz** älterer Menschen erbringen die Gemeinwesen bereits umfassende und gesetzlich vorgeschriebene Leistungen: Die Kosten der medizinischen Grundversorgung sind gesichert (KVG, IPV / Sozialregionen), Wohn- und Lebenskosten sind gesichert (AHV/IV und EL / AHV-Zweigstellen) und die Unterstützung bei Schutzbedürftigkeit ist gesichert (KESB / Sozialregionen).

Die öffentliche **Sicherheit** wird einerseits durch die Kantonspolizei gewährleistet. Andererseits stehen mit der KESB und den Sozialregionen **soziale Sicherungssysteme** zur Verfügung, die bei Unterstützungsbedürftigkeit eingreifen.

Wesentlicher Baustein für die **Autonomie** älterer Menschen ist der Erhalt der Fähigkeit des individuellen Wohnens. Entsprechend unterstützt die EGO die lokal tätige Spitex-Organisation. In Einzelfällen wurden bisher auch Tagesheime unterstützt. Dieser Bereich wird zudem künftig durch kantonale Bestimmungen geregelt.

Ist die individuelle Wohnfähigkeit nicht mehr gegeben, wird u.a. im Rahmen der kantonalen Heimplanung dafür gesorgt, dass ein genügendes Angebot an stationären Wohn- und Pflegeplätzen besteht. Als «Heimkreis» gilt das gesamte kantonale Einzugsgebiet.

Die Förderung der **sozialen und der soziokulturellen Integration** ist für stationär wohnende ältere Menschen Teil der Betreuungsaufgabe in den Institutionen. Zudem erfüllt hier die Pro Senectute im Rahmen ihres Grundauftrages und der zusätzlichen Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Solothurn genau diese Aufgabe. Als Ergänzung dazu ist im Einzugsgebiet der Stadt Olten die IG aktives Alter tätig, die aktuell im Wesentlichen die Informationsbroschüre mit allen Angeboten publiziert.

Die frühere Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen erkannte, dass ein wesentlicher Teil der Aufgaben und Zielsetzungen durch die bestehenden Angebote abgedeckt sind. Die Kommission beschränkte ihre Tätigkeit deshalb auf das Erkennen von Lücken und bei Bedarf auf das Erarbeiten von Vorschlägen für mögliche Zusatzangebote. Ferner versuchte die Kommission, ihr eigenes Wissen und ihre Kompetenz aufzubauen und anzubieten. Die Kommission setzte sich das Ziel, auch bei Projekten im öffentlichen Raum Einfluss zu nehmen und Interessen älterer Menschen einfließen zu lassen. Projekte der Kommission waren u.a.:

- Altersleitbild
- Gesundheitsleitbild
- Gripspfad
- Friedhofs-Shuttle (nicht umgesetzt aus finanziellen Gründen)
- Koordination im Altersbereich (wird durch Pro Senectute erfüllt)

- Socius projekt (nicht umgesetzt)
- Informationstag Älter werden in Olten mit Pro Senectute (nicht umgesetzt aus finanziellen Gründen)
- Aktives Alter (Vertretung der Kommission in der IG aktives Alter)
- Das Quartier für zukünftiges Wohnen im Alter (Masterarbeit FHNW in Zusammenarbeit mit der Kommission für Alters- und Gesundheitsfragen und der Sozialdirektion Olten)

### Mögliche Stossrichtungen einer aktiveren Alterspolitik

Eine aktivere Alterspolitik könnte u.a. wie folgt betrieben werden:

1. Politische Einflussnahme
2. Städtische Vertretungen in Trägerschaften von Leistungserbringern
3. Kontinuierlicher Austausch mit allen Playern im Altersbereich
4. Einsetzen einer Kommission
5. Aufbau einer Fachstelle für Altersfragen
6. Durchführen von Projekten
7. Aufbau von Zusatzleistungen

Das Beispiel der heutigen Fachstelle Integration zeigt, wie sich ursprünglich eine Kommission mit einem Thema befasste und versuchte, Projekte zu initiieren. Letztlich erwies es sich als sinnvoll und notwendig, zur Umsetzung von Projekten, zur Koordination und zur Vernetzung eine Fachstelle Integration aufzubauen, die über personelle und finanzielle Ressourcen verfügt.

Entsprechend könnte eine nicht ständige ausserparlamentarische Kommission oder ein mit Fachpersonen besetzter Fachbeirat u.a. bei folgenden Aufgaben mithelfen:

1. Bestandesaufnahme
2. Erarbeiten eines neuen Altersleitbildes
3. Sammeln und Bewerten von Projektideen
4. Erstellen eines Antrages zum Aufbau einer Fachstelle Alter
5. Auflösung der Kommission nach dem Aufbau einer Fachstelle Alter

Für ein allfälliges Gremium sollten vorwiegend Fachpersonen aus verschiedenen Bereichen gewonnen werden. Eine Zielgrösse von 7-11 Mitgliedern einer möglichen Fach-Kommission wäre für die breite Abstützung des Themas sinnvoll. Vorstellbar wäre auch der temporäre Einsatz eines Beirats zu spezifischen Anliegen.

Wünschenswert wäre künftig auch eine stärkere regionale Koordination, unter Umständen im Rahmen der Gemeinden der Sozialregion oder des Regionalvereins Olten-Gösigen-Gäu.

Die Direktion Soziales anerkennt den demografischen Wandel und die kontinuierliche Zunahme der Bevölkerungsstruktur unserer Einwohner\*Innen Ü60. Die aktive Gestaltung von Rahmenbedingungen für ein «gutes Altern» in gemeinsamer Verantwortung erscheint uns wichtig. Dazu gehört zwingend auch die Wahrung der Autonomie. Ebenso wünschen wir uns die Förderung der aktiven Mitarbeit und Partizipation der älteren Bevölkerung.

Im Altersbereich finden mittel- und längerfristige Entwicklungen statt. Jedoch sind aktuell keine dringenden Projekte umzusetzen. Die Direktion Soziales ist aber gewillt, sinnvolle Massnahmen zu prüfen und insbesondere die regionale Koordination zu verstärken.

Im Sinne der oben aufgeführten Erwägungen beantragt der Stadtrat dem Parlament, die Motion als nicht erheblich zu erklären.

**Marlène Wälchli Schaffner:** Dreimal ja. Ja, ein Dankeschön für den Vorstoss. Ja, es gibt mögliche Stossrichtungen. Ja, es gibt eine Liste von möglichen Aufgaben. Die Motion verlangt eine nicht ständige ausserparlamentarische Kommission, um die Entwicklungsaufgabe im Zusammenhang mit der Alterspolitik in Olten konzeptionell voranzutreiben und fachlich zu unterstützen. Ja, aus der Antwort der Stadträtin wird deutlich, dass die Zielsetzung der Motion bei ihr auf eine grosse Zustimmung stösst. Die Stadträtin beantwortet vielleicht deshalb die aufgeworfenen möglichen Fragen selber schon sehr, sehr ausführlich. Ja, sie benennt mögliche Aufgaben und skizziert eine mögliche Stossrichtung für eine Kommission oder einen Fachbeirat. Ja, für die Sozialdirektorin Marion Rauber ist das Thema wichtig und bedeutungsvoll. Jetzt aber: Es gibt aktuell kein dringendes Projekt. Aber nicht durch den vorgeschlagenen Weg. Aber heisst bekanntlich nein. Deshalb beantragt der Stadtrat dem Parlament, die Motion nicht erheblich zu erklären. Der Stadtrat will selber bestimmen, bis wann er mehrheitsfähige Vorschläge unterbreiten kann. Für mich beinhaltet diese Aussage, es gibt kein dringliches Projekt, einen Hauch von Widerspruch. Vor allem im Zusammenhang mit – ich zitiere – «Die regionale Koordination gilt es zu verstärken». Wäre dies nicht ein dringliches Projekt? Ja, und. Für mich ist es wichtiger, dass das Anliegen gehört, verstanden und in naher Zukunft aktiv mit den richtigen Player angegangen wird, als das meine, unsere Motion erheblich erklärt wird. Deshalb kann ich, können wir auch mit einem Ja, aber leben, obschon ich mir ein deutliches Ja, und gewünscht hätte. Ja, und jetzt. Jetzt verantwortet das weitere Vorgehen die zuständige Stadträtin, im Fall, dass das Parlament dem Antrag des Stadtrates folgt. Besten Dank.

**Stadträtin Marion Rauber:** Ich bedanke mich wirklich, ja, ganz herzlich für diesen Vorstoss. Das Universitätsspital Zürich hat kürzlich in einer Studie festgehalten, dass es im Jahr 2030 in der Schweiz zweimal mehr Menschen über 65 und sogar dreimal mehr Menschen über 85 geben wird. Eines ist sicher klar. Alter hat Zukunft. Ich bin wie Marlène auch der Meinung, dass der demografische Wandel mit einem immer mehr zunehmenden Teil von älterer Bevölkerung eine Chance ist, uns in Olten in diesem Bereich weiterzuentwickeln. Eine aktivere Alterspolitik wäre auch aus meiner Sicht wünschenswert und ist auch ein Ziel meiner momentanen politischen Tätigkeit. Diese könnte, wie schon in der Beantwortung erwähnt, verschiedene Bausteine haben. Die wesentlichen Angebote und Sicherheitssysteme sind bereits aufgebaut, sind am Laufen, und auch diese haben wir in der Beantwortung ausführlich erwähnt. Die Sozialdirektion ist gewillt, die politische Einflussnahme zu verstärken und den Kontakt mit den Leistungserbringern wieder vermehrt wahrzunehmen. Da bin ich bereits daran, und erste Treffen und Diskussionen haben schon stattgefunden. Schwerpunkte sehe ich persönlich auch in der Förderung der aktiven Mitarbeit und Partizipation der Einwohner und Einwohnerinnen im Rentenalter. Die aktive Gestaltung von Rahmenbedingungen für ein gutes Altern soll in gemeinsamer Verantwortung wahrgenommen werden. Das entspricht meinen Zielsetzungen. Wie ich dies wirklich geschrieben habe, sind zeitlich dringende Aufgaben und Projekte im Moment nicht anstehend. Auch ist die genaue Form zur Umsetzung einer neuen Alterspolitik noch im laufenden Prozess. Um nicht in einen zeitlichen Motionserfüllungszugzwang zu geraten und weitere Schritte auch nicht auf den Schwerpunkt einer Kommissionsbildung einzuengen, beantragen wir deshalb, die Motion nicht erheblich zu erklären. Merci vielmals.

**Laura Schöni, Olten jetzt!:** Wir bedanken uns bei Marlène für die Motion und bei Marion Rauber für die Beantwortung. Auch wir sind etwas darüber gestolpert, dass es heisst, ja, wir sehen, es ist ein Bedürfnis vorhanden und es muss etwas geschehen. Aber es gibt keine dringenden Projekte. Vorhin hat Marion gesagt, es finden bereits Gespräche statt. Ich persönlich hätte dies gerne in der Antwort dieser Motion gelesen. Ich sehe im Moment schon das Bedürfnis, dass etwas geschehen muss. So habe ich mir die Frage gestellt, warum man es nicht jetzt macht. Zum Beispiel regionale Koordination verstärken, das sollte man jetzt machen. Aber das einfach drinsteht, dass man plant, dies zu tun, ist etwas Anderes, als wenn ich nachher höre, es werden bereits Gespräche geführt. Ich hätte mir gewünscht, dass es dort schon steht. Zusätzlich möchte ich noch auf das Regierungsprogramm verweisen. Dort steht auf Seite 10, es werden eine Bedarfsanalyse und erste Umsetzungen einer neuen Alterspolitik geplant. Wie diese Bedarfsanalyse aussieht oder ob sie überhaupt schon in

Planung und in der Umsetzung ist und wie die Umsetzung dieser neuen Alterspolitik aussehen soll, haben wir bis jetzt auch noch nichts gehört. Einfach so als Hinweis. Wir werden dort schon ein Auge darauf haben.

**Monique Rudolf von Rohr, FdP:** Für die Fraktion ist es natürlich bei der heutigen demografischen Entwicklung auch völlig verständlich, dass sich Mann und Frau immer mehr Gedanken zum Alter macht. Wenn man solche Schlagzeilen liest wie «Pillencocktails – Heimbewohner einfach und günstig schützen» oder «Exit soll Zutritt zu Altersheimen bekommen» oder «Pflege ist kein Sonntagsspaziergang» oder gar Leserbriefe mit dem Titel «Im Restaurant zu sterben ist nicht erwünscht», macht dies natürlich Angst und vergrössert verständlicherweise das Verlangen nach mehr Sicherheit und Schutz im Alter. Die Direktion Soziales hat aber bereits 2007 ein Altersleitbild erarbeitet, in dem viele der in der Motion aufgeworfenen Fragen bereits beantwortet werden und eigentlich auch immer noch sehr aktuell daherkommt. Wenn man sich auf der Internetseite der Stadt Olten umschaute, sieht man, dass ganz viele Angebote vorhanden sind, die sich mit dem Alter befassen, die den Seniorinnen und Senioren Hilfe und Unterstützung anbieten. Ein wichtiger Player ist ja auch die IG Alter. Was ist denn eine neue Alterspolitik? Unserer Meinung nach ist das, was Stadträtin Rauber bereits in der Beantwortung der Motion erwähnt hat, ein paar wichtige Eckpunkte, nämlich zum Beispiel die Erhaltung der Fähigkeit des individuellen Wohnens. Das unterstützt ja die Einwohnergemeinde Olten auf vorbildliche Weise. Spitexorganisationen sind tätig. Das Tagesheim Sonnegg leistet ganz ausgezeichnete Arbeit, und auch das Schweizerische Rote Kreuz ist hier bestens engagiert. Wenn die individuelle Wohnfähigkeit nicht mehr gegeben ist, wird im kantonalen Rahmen für die Seniorinnen und Senioren geschaut, und es wird dafür gesorgt, dass es ein genügend grosses Angebot an Wohn- und Pflegeplätze besteht. Dass man auch die soziale und soziokulturelle Integration fördert, ist auch ein Teil der Betreuungsaufgabe. Auch hier haben wir ganz wichtige Player, die bereits im Rahmen mit Grundauftrag und Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Solothurn zusammenarbeiten und auch für die Oltnere Bevölkerung da sind. Die IG aktives Alter ist auch hier tätig. Wichtige Player haben wir auch zwischen dem gemeinnützigen Frauenverein, der ebenfalls sehr engagiert dafür einsteht, dass die alten Leute betreut und besucht werden, und auch das Schweizerische Rote Kreuz ist hier sehr engagiert. Alle Faktoren, besonders die Erhaltung der Fähigkeit des individuellen Wohnens, sind völlig unbestritten und als Zukunftsthemen mehr als akzeptiert. Deshalb braucht es aus unserer Sicht auch im Moment keine ausserparlamentarische Kommission, die sich mit Altersfragen befasst. Die Direktion Soziales ist ja gut unterwegs, wie sie gesagt hat, und zeigt auch den Willen, wie sie in der Beantwortung geschrieben hat, sinnvolle Massnahmen zu prüfen, dort wo es nötig ist. Gespräche sind ja schon im Gang. Wir hätten allerdings auch gewünscht, dass dies bereits in der Beantwortung erwähnt worden wäre und dass man auch die regionale Koordination verstärken will, finden wir ebenfalls sehr gut. Wir kommen also zum gleichen Schluss wie der Stadtrat und sind der Meinung, dass die Stossrichtung natürlich gut ist, aber die Motion nicht erheblich zu erklären ist.

**Dr. Christoph Fink, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Die Antwort des Stadtrates kommt mir etwas unbesorgt daher, und sie erinnert mich ein wenig an den Vorgänger von Marion Rauber, der jeweils vor allem gesagt hat: Geht nach Solothurn. Dort wird alles geregelt. Im Moment mag es vielleicht nicht gerade ein akutes Problem geben. Aber es ist so. Einige Wolken brauen sich hier schon am Himmel zusammen. Wir wissen, dass die AHV finanziell nicht gesichert ist. Es soll Änderungen bei den Ergänzungsleistungen geben. Die Krankenkassen sind wahnsinnig hoch und können vielleicht nicht mehr so stark subventioniert werden. Nachher haben wir in der Stadt Olten, aber auch in der gesamten Schweiz, ich rede jetzt von der Stadt Olten, mehrfach gehört, dass die Altersheime gewisse Probleme haben. Beispielsweise das Haus zur Heimat, das ausziehen sollte, oder gewisse Altersheime hatten auch Führungsprobleme. Ich bitte immerhin den Stadtrat und die zuständige Direktorin, hier wachsam zu sein und nicht irgendwelche Entwicklungen zu verschlafen.

**Franziska Erzinger, SVP-Fraktion:** Ich möchte mich nicht wiederholen. Wir haben schon viele Sachen von den Vorsprechern gehört. Hier in Olten haben wir recht viele Organisationen, die für das Alter da sind. Insbesondere auch die Broschüre, die wir heute wieder aufliegen hatten. Beim IG aktives Alter kann man sehr viele Sachen herausnehmen.

Zudem haben wir im letzten Jahr Kommissionen aufgelöst, und wir sind der Meinung, man muss nicht schon wieder Kommission schaffen, kaum hat man sie abgeschafft. Deshalb können wir diese Motion auch nicht unterstützen, und wir sind auch weiter überzeugt, dass ältere Menschen, die noch fit sind, Kontakte selber suchen können und man sie ihnen nicht aufdrücken und sie quasi bevormunden muss. Diejenigen, die aktiv sind, finden definitiv ihre Hilfe.

**Michael Neuenschwander, Fraktion Grüne:** Wir haben dies an unserer Fraktionssitzung natürlich auch besprochen und ich muss sagen, wir waren fast etwas belustigt über die Antwort von Marion auf die Motion. Warum? Sie lässt sich eigentlich vor allem darüber aus, was die alte Kommission ja alles gemacht, vorgesehen und schon aufgegleist hat. Eigentlich würde dies ja quasi dafürsprechen, dass man weiterhin mit einer solchen Kommission fahren würde. Das wäre, nebenbei gesagt, um es in diesem Saal noch einmal zu sagen, eigentlich auch in unserem Sinn und Geist gewesen, dass man diese Kommission gar nie aufgehoben hätte. Es ist auch so, dass wenn man jetzt diese Kommissionen nicht mehr hat, gibt es natürlich für die Stadt, die Exekutive, in diesem Sinne einen grösseren Handlungsbedarf, um dies konzeptionell zu machen. Wir sind doch dann sehr gespannt, auch zu erfahren, vielleicht schon heute Abend, wie dies aussieht, was im Regierungsprogramm 2017-21 steht, was hier in Sachen Bedarfsanalyse und erste Umsetzungen einer neuen Alterspolitik ist, ob dort in diesem letzten Jahr schon etwas passiert ist und was oder wo man dort überhaupt steht. Vielleicht kann man hier wenigstens eine kurze Antwort erhalten. Das würde uns interessieren. Wir werden in diesem Sinne, dass dieser Saal hier seinerzeit mit der Mehrheit klar beschlossen hat, dass man keine Kommissionen mehr haben will, die Motion nicht erheblich erklären, um diesen Beschluss zu unterstreichen, auch wenn wir hier nicht unbedingt einverstanden sind.

**Dr. Arnold Uebelhart, Fraktion SP/Junge SP:** Es ist jetzt viel gesagt worden. Ich kann vielleicht gleich bei Dir und bei Laura einmal anfangen. Ja, man sollte wirklich versuchen, etwas zu tun. Offenbar hat man unter dem Strich einfach den Eindruck, es sollte vor allem eine regionale Koordination geben. Es gibt die Frage nach einer Fachstelle. Das wären so konkrete Sachen. Oder die Frage wäre halt auch wieder: Man kann jederzeit wieder eine Alterskommission einsetzen. Jetzt habe ich Dich aber nicht ganz verstanden, Marlène. Du hast etwas wenig für Deine Motion gekämpft. Willst Du jetzt Deine Motion zurückziehen? Ich habe nicht ganz verstanden, was Du uns jetzt sagen willst. Die Sache mit der Fachstelle möchte ich jetzt noch erwähnen. Da wäre die Möglichkeit, dass wir wirklich regional arbeiten könnten, wobei wir sehen müssten, worum es ginge. Es gibt halt, wie Du von der SVP auch gesagt hast, wahnsinnig viele Sachen. Ich arbeite ja wie gesagt viel mit solchen Leuten und habe das Gefühl, es funktioniert eigentlich sehr gut. Was für mich ist eigentlich der Hauptpunkt, dass ältere Leute unglaublich und total unterschiedlich sind, viel mehr als die jungen. Dort weiss ich viel mehr, was läuft. Aber das ist so extrem. Da ist heute der junge Herr mit diesem Heftchen, der junge 90-jährige Herr mit dem Velo. Ich weiss jetzt zwar, dass es nicht immer nur gescheit ist, mit dem Elektrovelo in der Stadt herumzufahren. Eine andere Frau hat mir erzählt, sie habe Hermann Hesse in Lugano noch das Körbchen getragen. Das ist unglaublich. Sie kann aber fast nicht mehr sehen und nicht mehr aus dem Haus gehen. Ich finde, das ist auch die Schwierigkeit einer Alterspolitik. Eine Politik will ja immer so etwas ordnen und auf den Begriff bringen. Mir scheint dies fast nicht möglich. Darum sind wir eigentlich wie Marion zum Schluss gekommen, dass sie einmal arbeiten muss. Gibt es Möglichkeiten, dass sie in den sozialen Diensten etwas freimachen kann, wo man etwas tun kann? Offenbar ist dies sehr schwierig. Ich denke, man müsste mit konkreten Projekten kommen, allenfalls auch auf Anträge dieser verschiedenen Stellen, die es in Olten gibt. Etwas machen wir. Die Spitex unterstützen wir grosszügig usw. So allgemeine Alterspolitik gibt dann so, man soll autonom sein. Man soll selbstbewusst sein. Man soll sich bewegen wie verrückt. Aber Fakt ist halt einfach häufig anders. Das Alter ist einfach wirklich schwierig und viele dieser Sachen revoltieren ja gegen das Alter. Man ehrt das Alter, aber liebt es eigentlich überhaupt nicht. Es ist halt eine Tatsache. Es hört dann einmal auf. Das ist die grosse Schwierigkeit, vor der wir stehen. Dem können wir nicht ausweichen. Du musst dann auch noch sagen, was Du willst. Noch einmal: Wir würden in diesem Sinne aus diesen Gründen die Motion leider nicht erheblich erklären, dagegen stimmen, was uns weh tut.

Selbst die Jungen sind dafür. Das hat mich wieder sehr gefreut. Aber ich glaube, man muss dabeibleiben.

**Stadträtin Marion Rauber:** Ich würde gerne Michael noch ein paar Antworten geben. Die Bedarfsanalyse. Bevor ich hier jetzt eine grosse Studie in Auftrag gebe, besteht sie für mich schon einmal darin hinzuhören, mich mit all diesen Player an einen Tisch zu setzen und mich etwas schlau zu machen, wo überhaupt die Bedürfnisse sind. Das habe ich mit ein paar Institutionen, Pro Senectute, IG aktives Alter plus das Rote Kreuz, bereits gemacht. Dann habe ich mich mit den Heimleitungen zusammengesetzt, auch um dort etwas zu schauen, was ihre Bedürfnisse sind, wo sie stehen. Das ist, was ich im Moment an Bedarfsanalysen bereits gemacht habe, bevor wir wieder irgendeine Studie einer Fachhochschule in Auftrag geben, die uns dann irgendeinmal irgendwelche Erkenntnisse liefert, war dies für mich jetzt der pragmatischere Weg. Dann noch zu Christoph Fink: Ja, es ist natürlich schon so. Ich kann Dich beruhigen. Ich habe ein Auge darauf. Aber ich muss natürlich ganz klar sagen, dass die Altersheime KMUs sind, die autonom funktionieren. Mein Spielraum, dort einzugreifen ist natürlich sehr marginal. Aber es ist nichts destotrotz einfach wichtig, dass man diesen Austausch miteinander pflegt und auch etwas hinhört, welche Probleme hier vorhanden sind, und wachsam bleibt, wie Du es gesagt hast.

**Marlène Wälchli Schaffner:** Das kann so wirken, dass ich nicht kämpfe. Ich kämpfe eben nicht für meine Motion. Deshalb kann ich damit leben, dass sie jetzt nicht erheblich erklärt wird. Mir ist das Thema wichtiger als das Vorgehen. Ich höre in der Haltung des Stadtrates – dazu habe ich Stellung genommen – eine Stossrichtung, Aufgaben, Bereiche. Das hat sie erwähnt. Jetzt bin ich gespannt.

**Dr. Christoph Fink:** Wenn ich noch eine Ergänzung anbringen darf, haben wir mit der Teilrevision wirklich sehr viele Kommissionen aufgehoben. Das waren aber sogenannte ständige Kommissionen. Diese Motion verlangt jetzt eine nichtständige Kommission. Dieses Instrument haben wir in unserer Gemeindeordnung immer noch. Das wollten wir auch so belassen. Wir wollten nicht einfach, dass jahrelang einfach Kommissionen bestehen bleiben, die eigentlich möglicherweise zeitweise nicht viel zu tun haben. Aber wenn ein Bedürfnis vorhanden ist, können wir jederzeit zeitlich befristet wieder eine Kommission einsetzen, so wie wir dies auch für den Bifangplatz gemacht haben.

**Heidi Ehrsam:** Die Antwort auf die Motion geht ja auch auf die soziale und soziokulturelle Integration von stationär wohnenden älteren Menschen ein. Sie geht dahin, dass Pro Senectute und die Stadt Olten IG aktives Alter vor allem hervorgehoben werden. Monique hat vorhin ja auch von weiteren Angeboten gesprochen. Aber mir scheint, wenn man schon eine Aufzählung machen will, ist dies etwas zu abschliessend schmal. Mich dünkt, hier hätte der Gemeinnützige Frauenverein jetzt ohne Weiteres, wenn wir es schon in diesem Heftchen haben, durchaus noch ein Beispiel mit dem ganz breiten Angebot für ältere Leute, das sie machen, anfügen dürfen. Dann würde auch noch dazu gehören, dass wir Seniorenpastoral in den Altersheimen sehr aktiv haben und zwar von der römisch-katholischen und reformierten Kirchgemeinde aus, damit es etwas breiter ist. Es hätte diese Aufzählung in dieser Antwort auch nicht unbedingt gebraucht. Aber das hat mich etwas gestört, so dass man auch den Rahmen sieht und auch, was Monique eigentlich erwähnt hat, hätte man auch noch etwas hineinnehmen können, obwohl dies natürlich alles lesbar ist und man alles irgendwo abrufen kann. Aber wenn man schon Beispiele gibt, dürfte man es etwas breiter machen.

**Dr. Christine von Arx:** Vielleicht noch eine kleine Präzisierung, wieso wir jetzt hier für die Nichterheblicherklärung sind, obwohl wir ja letztes Mal eine Motion für eine nichtständige ausserparlamentarische Kommission eingereicht haben. Wir sind der Meinung, dass sie nicht ständigen Kommissionen tatsächlich einfach für konkrete Projekte reserviert sein sollten mit einem klaren Anfang und auch mit einem klaren Ende, das heisst, wenn dieses Projekt fertig ist. Zum Beispiel beim Bifangplatz, Start heute, Projekt. Wenn er tatsächlich neu gestaltet ist – das wird mit dem Sälipark 2020 sein – wird sich dies hoffentlich erledigt haben, weil dann alle Fragen, die sich dort stellen, geklärt sein werden. Hier geht es jetzt um das Entwicklungsprojekt Alterspolitik. Alterspolitik ist quasi eine Daueraufgabe. Das hat keinen Anfang und kein Ende. Auch wenn man ein Entwicklungsprojekt hat, wird dieses nicht

irgendeinmal aufhören. Das ist für uns kein geeigneter Gegenstand für eine nicht ständige Kommission.

### **Beschluss**

Mit 32 : 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Motion nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an  
Direktion Soziales/Hans Peter Müller  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 87

## Interpellation Fraktion SP/Junge SP zur Eignerstrategie der sbo des Stadtrates/Beantwortung

Am 20. März 2018 hat die SP Olten/Junge SP Region Olten zuhanden des Stadtrats folgende Interpellation eingereicht:

Die neue Eignerstrategie des Stadtrates lässt wichtige Fragen offen und weist aus Sicht der Fraktion SP/Junge SP Ungereimtheiten auf. Um ihre Aufgaben im Rahmen der in den Statuten verankerten Oberaufsicht des Parlamentes über die sbo wahrnehmen zu können, stellt die Fraktion folgend Fragen an den Stadtrat:

1. Die in der Strategie als Option vorgesehene Öffnung der Beteiligung ist mit den gültigen Statuten nicht vereinbar. Gedenkt der Stadtrat die Statuten zu überarbeiten?
2. Wie wird sichergestellt, dass durch den VR keine Schritte eingeleitet werden, die eine Änderung der Statuten erzwingen, die nicht mehrheitsfähig ist?
3. Was ist die Strategie der sbo für die AEN nach dem Weggang der AVAG?
4. Wird in Betracht gezogen, die AEN aufzulösen und das Personal in die öffentlich-rechtliche SBO zurückzurufen?
5. Welche Alternativen werden sonst noch geprüft?
6. Zu welchem Zeitpunkt wird das Parlament über die Strategie und die weiteren Schritte informiert?
7. Mit welchen Massnahmen und zu welchem Zeitpunkt gedenkt der Stadtrat sicherzustellen, dass die Geschlechter im VR ausgeglichen vertreten sind?
8. Mit welchen Schritten und zu welchem Zeitpunkt gedenkt der Stadtrat sicherzustellen, dass der VR die politischen Kräfte entsprechend den Wähleranteil der Wahlen 2017 widerspiegelt?

- - - -

**Stadtrat Benvenuto Savoldelli** beantwortet die Interpellation im Namen des Stadtrats wie folgt:

Zu den Fragen der Interpellanten:

1. *Die in der Strategie als Option vorgesehene Öffnung der Beteiligung ist mit den gültigen Statuten nicht vereinbar. Gedenkt der Stadtrat die Statuten zu überarbeiten?*

Zu dieser Frage kann vorausgeschickt werden, dass der Stadtrat aktuell keine Öffnung durch die Beteiligung von Dritten ins Auge fasst. Darum hat er in seiner Eignerstrategie unter Punkt 4.1.c lediglich die Möglichkeit einer Prüfung eingeräumt. Er möchte sich jedoch dieser Option bei wichtigen Gründen nicht verschliessen.

Im Rahmen der aktuellen Statuten ist eine Öffnung und ein Einbezug von Dritten faktisch nicht möglich. Dies insbesondere darum nicht, weil aus Sicht des Stadtrates die aktuelle Unternehmensform nicht für Beteiligungen geeignet ist. Hier müsste z.B. das Gefäss einer Aktiengesellschaft gewählt werden.

Sollte sich eine Situation aufdrängen (Notsituationen, Geschäftsfelderweiterungen etc.) in welcher eine Beteiligung durch Dritte aus strategischen oder strukturellen Gesichtspunkten Sinn macht, wird der Stadtrat die Statuten überarbeiten müssen und durch die politischen Instanzen genehmigen lassen.

*2. Wie wird sichergestellt, dass durch den VR keine Schritte eingeleitet werden, die eine Änderung der Statuten erzwingen, die nicht mehrheitsfähig ist?*

Eine Anpassung der Statuten ist lediglich durch das Parlament oder das Volk möglich. Der VR kann bereits heute keine Entscheide treffen, welche die Statuten verletzen.

*3. Was ist die Strategie der sbo für die AEN nach dem Weggang der AVAG?*

Die Frage bezüglich der Strategie für die a.en ist eine Frage zur Unternehmens- und nicht der Eignerstrategie. Die Unternehmensstrategie ist Sache des VR und kann durch den VR beantwortet werden.

*4. Wird in Betracht gezogen, die AEN aufzulösen und das Personal in die öffentlich-rechtliche SBO zurückzurufen?*

Bei der Frage des Personals handelt es sich ebenfalls um eine Frage der Unternehmensstrategie und nicht der Eignerstrategie. Fragen zur Unternehmensstrategie sind durch den VR zu beantworten.

*5. Welche Alternativen werden sonst noch geprüft?*

Auch bei dieser Frage handelt es sich um eine Frage der Unternehmensstrategie und nicht der Eignerstrategie.

*6. Zu welchem Zeitpunkt wird das Parlament über die Strategie und die weiteren Schritte informiert?*

Das Parlament wird vom Stadtrat regelmässig über die Eignerstrategie informiert. Die Unternehmensstrategie, welche vom VR ausgearbeitet wird, hingegen ist nicht öffentlich.

*7. Mit welchen Massnahmen und zu welchem Zeitpunkt gedenkt der Stadtrat sicherzustellen, dass die Geschlechter im VR ausgeglichen vertreten sind?*

Der Stadtrat vertritt die Meinung, dass die Qualifikation des VR, wie in §13 der Statuten beschrieben, massgebend für die Besetzung des Verwaltungsrates ist. Er gewichtet die Qualifikation, auch im Sinne einer gesunden Fortführung des Unternehmens höher als die Genderfrage. Der Stadtrat wird sich bei gleich qualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten der Genderfrage widmen.

*8. Mit welchen Schritten und zu welchem Zeitpunkt gedenkt der Stadtrat sicherzustellen, dass der VR die politischen Kräfte entsprechend den Wähleranteil der Wahlen 2017 widerspiegelt?*

Der Stadtrat vertritt die Meinung, wie auch in §13 erwähnt, dass der VR über hohe Management- und Führungskompetenzen oder tiefgreifende Sachkenntnisse verfügen muss. Eine politische Zugehörigkeit darf kein Argument für eine Einsitznahme im Verwaltungsrat sein. Der Stadtrat hat diesen Grundsatz auch bei der Neubesetzung der

Pensionskommission erfolgreich umgesetzt. Dieser Grundsatz war auch bei der Wahl der drei neuen Verwaltungsräte massgebend.

- - - -

**Florian Eberhard:** Geschätzter Stadtrat, vielen Dank für die Beantwortung unserer Interpellation. Ich muss allerdings gleich vorwegnehmen, dass wir nicht zufrieden sind mit den Antworten. Sie sind nicht respektvoll formuliert. Teilweise wird auch gar nicht weiter auf die Fragen eingegangen, und die Beantwortung der Interpellation erweckt etwas den Eindruck, dass das Parlament in Bezug auf die sbo vollkommen irrelevant ist. Das ist aber gemäss den Statuten ja definitiv nicht so. Zu Frage 1, wo es um die Öffnung durch Beteiligung von Dritten geht, wird erklärt, dass eine Öffnung im Notfall in Betracht gezogen wird. In diesem Fall müssten aber die Statuten durch das Parlament oder durch eine Volksabstimmung geändert werden, was vermutlich ungefähr ein Jahr dauern würde. Inwiefern dies ein sinnvoller Notfallplan ist, sei einmal dahingestellt. Zu Frage 3: Wir sind uns bewusst, dass die sbo Kooperationen eingehen kann. Der Besitz einer eigenen Tochterfirma ist aber meiner Meinung nach nicht vorgesehen. Damit wird Artikel 3 zum Personal der Statuten der sbo, dort steht, das Personal ist öffentlich-rechtlich anzustellen, und noch weitere Sachen, auf fragwürdige Weise umgangen. Weil das ganze Personal bei der a.en angestellt ist, werden diese Bedingungen nicht eingehalten. Das Personal ist ausserdem aus der Pensionskasse der Stadt herausgelöst worden, was auch dort zu Problemen geführt hat. Auch dies ist durchaus von öffentlichem Interesse. Ich muss aber dem Stadtrat bezüglich dieser Strategie trotzdem zugeben, dass dort gewisse Vorteile tatsächlich vorhanden sind. Zu den Fragen 5 und 6: Dort fragen wir uns etwas, ob dies die Öffentlichkeit als Besitzerin wirklich nichts angeht. Das wäre ja, wie wenn man sich einen hundertprozentigen privaten Besitzer einer Firma vorstellt und er verzichtet darauf, über die Strategie seiner Firma informiert zu sein. Diese Vorstellung scheint uns doch recht absurd zu sein. Wir haben vollkommen Verständnis dafür, dass man nicht alles kommunizieren kann. Aber geheim als Prinzip für ein Unternehmen zu definieren, das zu 100 % im öffentlichen Besitz ist, finde ich doch recht inakzeptabel. Die Antwort auf Frage 7 finden wir völlig daneben. Sie suggeriert eigentlich, dass es keine kompetenten Frauen gibt. Mit Frauen im Verwaltungsrat ist die gesunde Fortführung des Unternehmens gefährdet. Zu diesem Punkt kann man eigentlich nicht mehr viel mehr sagen. Das schockiert mich recht. Die Antwort auf Frage 8 ist inhaltlich auch eher fragwürdig. In den Statuten der sbo steht als Anforderung, fachliche oder berufliche Qualifikationen in einer der Aufbauorganisationen der sbo entsprechenden Fachbereiche. Bei der Besetzung sind aber in meinen Augen nur die Fachbereiche Finanzen und Recht abgedeckt. Wo jedoch die Qualifikationen für Energiefragen, Wasserqualität oder Ökologie sind, ist mir nicht offensichtlich. Der Verwaltungsrat macht Strategien. Sie sind immer auch politisch. Also ist eine politische repräsentative Vertretung meiner Meinung nach ein Muss. Nur ein Gremium, das mit Leuten aus verschiedenen Kulturen und politischen Ansichten bestückt ist, erlaubt kritisches Hinterfragen und notwendige Auseinandersetzungen. Das ist mit der aktuellen Zusammensetzung nicht gegeben und damit ein erhebliches unternehmerisches Risiko.

**Felix Wettstein, Fraktion Grüne:** Mehr unternehmerische Freiheit, das war das Mantra vor etwa 15 bis 20 Jahren, als man daranging, frühere öffentliche Ämter und Dienststellen in selbstständige Unternehmen und Aktiengesellschaften umzuwandeln. Wir Grüne sind nicht sicher, ob man es heute noch einmal gleich machen würde. Unternehmerische Freiheit hiess ja vor allem, dass die Politik nicht mehr zu viel hineinreden sollte. Die Regierung hat zwar geschaut, dass sie im Verwaltungsrat gut vertreten ist. Aber das Parlament konnte keinen vorausschauenden und lenkenden Einfluss mehr nehmen, nur noch die Statuten genehmigen, die genug offen sind, dass fast alles innerhalb der Unternehmensstrategie zum Entscheiden ist. Die Fragen dieser Interpellation scheinen uns sehr berechtigt, weil man ja die neue Eignerstrategie, die wir im März erhalten haben, sehen konnte und sie Möglichkeiten eröffnen soll, die mit dem Status als öffentlich-rechtliches Unternehmen gemäss heutig geltenden Statuten nicht vereinbar sind. Wir hätten es geschätzt, wenn der Stadtrat die anspruchsvollen und zum Teil heiklen Aspekte des aktuellen Konstrukts Stadt,

sbo, a.en beim Namen genannt hätte. Jetzt, wo die AVAG nicht mehr Teil des Konstrukts ist – das haben wir im Traktandum 5 ja schon angesprochen – stellt sich wirklich die Frage, ob es diese Doppelkonstruktion noch braucht und ob nicht ein Unternehmen mit einem Verwaltungsrat reichen würde. Wir haben in der Antwort vor ein paar Traktanden Vorteile aufgezählt erhalten. Einer der genannten Vorteile ist eben die Möglichkeit weiterer Beteiligungen. Aber genau das ist ja das Heikle, wenn wir sagen, es gibt Gründe, dass dieses Unternehmen mit einem Grundversorgungsauftrag öffentlich-rechtlich ganz im Besitz von uns ist. Wenn wir dies preisgeben wollen, geben wir auch einen heutigen grossen Vorteil preis. Überhaupt: Von Nachteilen war nicht die Rede. Ich betrachte es als einen Nachteil, dass man zwei Verwaltungsräte unterhalten muss, weil die Verwaltungsrats honorare nicht für andere Aufgaben zur Verfügung stehen. Wir Grüne sind enttäuscht, dass der Stadtrat nach Ausflüchten sucht, statt Klarheit zu schaffen. Es nützt niemandem zu sagen, aktuell ist keine Beteiligung durch Dritte vorgesehen, wenn man in der Strategie genau das Türchen öffnen will. Es kann auch nicht sein, dass sich der Stadtrat bei den Fragen 3 bis 5 hinter dem Verwaltungsrat versteckt. Florian Eberhard hat es schon gesagt. Was nützt es dem Eigner, wenn er über die Unternehmerstrategie im Dunkeln gelassen wird. Zu den Fragen 7 und 8 mit der tiefgreifenden Sachkenntnis noch über die Frage der Geschlechtervertretung hinaus: Es heisst, es brauche auch Management- und Führungskompetenzen nebst der tiefgreifenden Sachkenntnis. Wir sind nicht überzeugt, dass dieses Profil immer höher gewichtet wurde als der Postenschacher und die Fasnachtscliquenvernetzung. Wenn es aber so weit kommt, dass das Energiegeschäft nur noch eine Angelegenheit von Juristen ist, dann ist nach Meinung der Grünen etwas schiefgelaufen.

**Christian Werner, SVP:** Wir haben eigentlich in der Fraktion gesagt, dass wir nichts sagen, weil die Fragen, die gestellt wurden, beantwortet sind. Aber nachdem, was jetzt hier behauptet worden ist, erlaube ich mir gleichwohl noch kurz spontan zwei, drei Sätze. Ich staune etwas, worüber jetzt diskutiert worden ist und was kritisiert wurde. Wenn man die Fragen liest und die Antworten dazu anschaut, muss man schlicht und ergreifend feststellen, dass die gestellten Fragen beantwortet wurden und zwar nachvollziehbar beantwortet wurden. Wenn die SP-Fraktion nicht zufrieden ist, hat sie wahrscheinlich die falschen Fragen gestellt. Dieses Thema ist sehr interessant. Aber Eure Fragen sind es nicht wirklich. Wahrscheinlich müsstet Ihr Euch bei der eigenen Nase nehmen. Wenn nachher gesagt wird, dass die Antwort auf Frage 7 schockierend sei, weiss ich nicht, ob Ihr eine andere Ausgabe als ich habt. Wenn ich dies lese, steht hier einfach nur drin, dass die Qualifikation höher zu gewichten sei als die Genderfrage. Das ist ja nicht mit einer Aussage für oder gegen Frau oder für oder gegen Mann verbunden. Es geht ja nur um die Abwägung Qualifikation oder Genderfrage. Der Stadtrat sagt ja sogar, dass er bei gleicher Qualifikation die Genderfrage berücksichtigen würde. Ich finde schon dies falsch. Aber der Stadtrat sagt dies ja noch. Was schockierend daran sein soll, kann ich nicht nachvollziehen. Ich finde es schockierender, wie man die Antwort verdreht und böswillige Unterstellungen macht.

**Urs Knapp:** Ich glaube, die Frage ist legitim, zum Beispiel Frage 3: Was macht die sbo, wenn die Verbindung mit der AVAG schwächer oder aufgelöst wird? Da hätte ich mir eigentlich auch gewünscht, dass der Stadtrat es etwas deutlicher gesagt hätte. Es gibt sehr, sehr gute Argumente, dass es eine a.en gibt. Wir haben in der Finanzkommission zum Teil gesprochen. Wir wissen alle, dass der Energiemarkt in den nächsten Jahren extrem verändert wird. Es ist absehbar. Wenn die Schweiz ihr Verhältnis in der europäischen Union regeln will, muss man es über ein Strommarktabkommen machen. Dann werden die Strommärkte aufgehen. Was heisst das für eine sbo oder auch für eine a.en? Wahrscheinlich kann eine sbo in der heutigen Konstruktion nicht mehr so daherkommen, wie sie heute ist. Wahrscheinlich muss sie entscheiden: Entweder fokussieren wir uns auf das Netz, kleine Gesellschaften, also auf die sbo, oder wir gehen Kooperationen ein und machen von daher unseren Auftrag möglichst optimal für die Stadt Olten. Das hätte man auch hier deutlicher hineinschreiben können. Es ist so. Die sbo, so wie es sie heute gibt, oder diese Konstruktion wird es – da muss man kein Prophet sein – in fünf Jahren wahrscheinlich so nicht mehr geben, weil man einfach reagieren muss. Ich denke, das wäre von der Diskussion her etwas gewesen, das auch noch geholfen hätte zu verstehen, wieso es die beiden Gremien braucht. Dann vielleicht noch ein kleiner Hinweis an Florian. Du hast gesagt, man hat das Personal aus der Pensionskasse herausgenommen, und das hat Probleme gemacht. Ich glaube, man

muss ganz präzise sein. Man hat eben nicht das ganze Personal zur Pensionskasse herausgenommen, sondern man hat die Rentner bei der Stadt Olten gelassen. Das ist, was die Probleme gemacht hat. Diejenigen, die gegangen sind, waren ausfinanziert. Diejenigen, die geblieben sind, sind nicht ausfinanziert. Deshalb hat es für die Pensionskasse Probleme gemacht.

**Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Die Präsidentin kann auch nur noch eine kurze Aussage zur Anmerkung von Florian auf Frage 7, an der ich mich auch etwas gestossen habe, machen. Gerade auch unter dem Vorzeichen dieser Frage und dann noch dieser Aussage war ich doch sehr erstaunt, dass jetzt die SP/Junge SP, Luisa, in der FIKO nicht durch eine Frau ersetzt hat, was ich auch sehr bedauere.

**Simon Muster:** Ich bin ja hier direkt angesprochen. Luisa Jakob war in der jungen SP, Corina ist schon in der GPK und Florian ist keine Frau. Also war es ziemlich klar, dass ich nachher den FIKO-Sitz übernehme.

**Muriel Jeisy:** Insgesamt sind ja relativ viele Frauen vorhanden. Wie man vorher sonst suggeriert, es seien keine geeigneten Frauen vorhanden, finde ich diese Aussage recht deftig.

**Dieter Ulrich:** Um die Diskussion etwas zu unterbrechen, oder ich hätte es auch sonst gesagt: Ich hätte einfach noch einen Appell an den Stadtrat. Er hat sich auch in dieser Debatte nicht geäußert. Die Antworten sind, wie wir es schon gehört haben, zum Teil recht knapp gehalten. Man kann jetzt darüber diskutieren, ob sie anständig oder unanständig, wie auch immer, sind. Da will ich mich gar nicht aufhalten. Urs hat es schon etwas angetönt. Ich möchte einfach den Rat geben, vor allem an diejenigen, die auch im Verwaltungsrat der SBO sind. Kommuniziert mit uns als Parlament. Legt dar, was Ihr macht. Versucht aufzuzeigen, welche Gründe Euch bewogen haben, so und nicht anders zu entscheiden. Aber nicht immer nur die abwartende oder passive Haltung einzunehmen und zu erwarten, dass wir uns irgendwie abspesen lassen. Es war kein Stadtrat in der FIKO. Aber ich möchte es gleichwohl noch einmal sagen. Als ich konkret etwas wissen wollte oder dass sie etwas kommunizieren, habe ich die Antwort erhalten, das machen wir nicht. Dann habe ich gefragt wieso. Die Antwort war, weil wir nicht müssen. Genau das ist das Problem, das hier schon so viele Leute so hässig gemacht hat. Diese Haltung, die einfach nicht geht. Wenn Ihr nicht wollt, dass wir zur Brechstange greifen und die Statuten ändern, dann redet bitte mit uns. Versucht, mit uns zusammen eine Lösung zu finden und nicht irgendwie zu versuchen, dies hinauszuschieben, bis wir die Geduld verlieren.

**Simon Muster:** Ich möchte gleichwohl noch kurz etwas zu dem, was Christian vorhin gesagt hat, sagen. Ich glaube, ich habe wirklich auch die gleiche Version wie Du. Jetzt hast Du Florian unterstellt, dass er die Aussagen falsch interpretiert hat. Aber die Aussage ist, man hat einen Verwaltungsrat, der nur aus Männern besteht. Man sagt, man stellt die Kompetenzen über die Genderfrage. Man muss nur eins plus eins zusammenrechnen, was dies bedeutet. Man hat keine gleich kompetente Frau gefunden. Das ist, was schockierend ist. Das ist nicht zeitgerecht. Wenn Du nachher noch sagst, dass für Dich halt schon der zweite Punkt auch noch nicht nötig wäre, dann zeige, woher dies kommt.

**Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor:** Christian stellt einen Rückkommensantrag. Wolltest Du trotzdem noch etwas sagen?

**Christian Werner:** Nur noch ganz kurz. Die Frage war, wann sichergestellt wird, dass die Geschlechter ausgeglichen vertreten sind. Das war Eure Frage und nicht, ob eine Frau gefunden werden konnte, die qualifiziert ist. Selbstverständlich gibt es sie. Bei Euch haben wir ja jetzt gehört, dass sie wahrscheinlich nicht im gleichem Ausmass vorhanden sind, weil man in der FIKO jetzt einen Mann schicken musste. Aber Eure Frage ist entsprechend gestellt und beantwortet worden. Was daran respektlos oder schockierend sein sollte, kann ich nicht ganz nachvollziehen.

Mitteilung an  
Direktion Finanzen und Dienste/Urs Tanner  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 88

## **Interpellation der Fraktion SP/Junge SP betreffend «Strategisches Vorgehen bei Verkäufen/Zukäufen oder Umnutzungen von städtischen Liegenschaften»/Beantwortung**

Die Fraktion der SP / Jungen SP haben am 22. März 2018 eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Kürzlich hat der Stadtrat informiert, dass er plant, das neue Kunstmuseum am Standort des Hübelischulhauses zu planen. Noch im Bericht und Antrag zum Haus der Museen hat der Stadtrat im März 2016 die Idee vorgestellt, das Kunstmuseum im zu erweiternden Gebäude des jetzigen Naturmuseums zu realisieren. Diese Meinungsänderung und andere in der entsprechenden Medienmitteilung der Stadt angeschnittenen Punkte geben Anlass zur Frage, auch grundsätzlicher Art. Liegenschaften, die sich im Besitz der Stadt befinden, sind nicht nur ein finanzielles, sondern mit Bezug auf die Stadtplanung und Stadtentwicklung auch ein strategisches Kapital. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn über die Nutzung, den Kauf oder die Veräusserung städtischer Liegenschaften entschieden wird. Umnutzungen, Zu- und Verkäufe sind langfristig, transparent und nachhaltig zu planen. Ein aktuelles Beispiel ist die Freispielung des Hübelischulhauses, mit der Annahme der Schulraumplanung durch das Gemeindeparlament im Januar 2018. Unmittelbar nach der Freiwerdung des Gebäudes hat der Stadtrat beschlossen, nun dort, im Hübeli das Kunstmuseum unterzubringen. Bei den übrigen freiwerdenden Museumsgebäuden an der Kirchgasse hingegen, scheint er eine städtische Nutzung auszuschliessen. Bei allen diesen Liegenschaften handelt es sich um zentrale historische Gebäude, die für die Zukunft der Innenstadt von entscheidender Bedeutung sind. Angesichts des Bedeutungsverlustes der Stadtzentren wegen dem weiter wachsenden Gewicht des Online-Shoppings lohnt es sich, der künftigen Nutzung dieser Liegenschaften grosse Aufmerksamkeit zu schenken. Der Prozess der Umnutzung ist transparent und mit Einbezug breiter Kreise zu gestalten. Die Fraktion SP / Junge SP stellt dem Stadtrat deshalb die folgenden Fragen:

1. Aus welchen Gründen hat der Stadtrat das Projekt Kunstmuseum im Naturmuseum plötzlich fallen gelassen?
2.
  - a) Welche Bedeutung misst der Stadtrat den städtischen Liegenschaften an der Kirchgasse in Bezug auf die Entwicklung der Innenstadt zu?
  - b) Welche Nutzungen öffentlicher Natur wurden für die frei werdenden Gebäude an der Kirchgasse geprüft?
  - c) Warum steht eine Nutzung durch Private im Vordergrund? Führt der Stadtrat bereits Verhandlungen mit Interessierten?
3. Wie wird sichergestellt, dass Bevölkerung, Parteien, Organisationen usw. Gelegenheit haben, bei der Neu- und Umnutzungen städtischer Liegenschaften in der Innenstadt ihre Idee einzubringen?

4. Nach welchen Kriterien entscheidet der Stadtrat über An- und Verkäufe von Liegenschaften?»

- - - -

**Stadtrat Thomas Marbet** beantwortet die Interpellation im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zur Beantwortung der einzelnen Fragen:

Zu Frage 1:

Aus welchen Gründen hat der Stadtrat das Projekt Kunstmuseum im Naturmuseum plötzlich fallen gelassen?

Das Gemeindeparlament hat am Donnerstag, 25. Januar 2018, mit 32 zu 4 Stimmen, das Kleinholz als Standort für das neue Primarschulhaus bestimmt und sich gegen eine Variante mit einem Doppelstandort Hübeli und Kleinholz entschieden. Dieser Beschluss eröffnete bei der Museumsplanung eine neue Perspektive, welche zuvor nicht offenstand, aber im Schulraumplanungs-Bericht bereits mehrmals erwähnt wurde – nämlich die Möglichkeit, das Kunstmuseum in das Hübeli zu verlegen. Beim Hübeli ist im Vergleich zur Naturmuseums-Liegenschaft ein allfälliger Anbau einfacher realisierbar und werden weniger andere Interessen (Kinderspielplatz, Bäume, Parkplätze) tangiert. Ausserdem gibt es im bestehenden Gebäude mehr Platz. Mit der freiwerdenden Naturmuseums-Liegenschaft und der Kunstmuseums-Liegenschaft würden zudem gleich zwei städtische Liegenschaften an repräsentativer Innenstadtlage an der Kirchgasse für neue und zugkräftige Nutzungen frei.

**Zu Frage 2 a:**

**Welche Bedeutung misst der Stadtrat den städtischen Liegenschaften an der Kirchgasse in Bezug auf die Entwicklung der Innenstadt zu?**

Der Stadtrat war und ist sich des Stellenwerts nicht nur dieser beiden städtischen Liegenschaften, sondern der ganzen Häuserzeile sehr bewusst. Im proaktiven Bestreben, eine weitere Attraktivierung der Kirchgasse herbeizuführen, hatte er deshalb die Absicht, für die Liegenschaften Kirchgasse 4 (ehemals Vögele Shoes), Kirchgasse 8 (Kunstmuseum) und Kirchgasse 10 (Naturmuseum) eine Testplanung über die Nutzungsoptionen anzugehen. Potenzielle Nutzer, wie etwa die Migros, hatten ihr Interesse signalisiert. Auch die Stadt selbst bekundete gegenüber dem Eigentümer Kaufinteresse an der Liegenschaft Kirchgasse 4. Der Besitzer der Liegenschaft, in der nun ein sicherlich auch attraktives Food-Court einziehen wird, verfolgte aber aus wirtschaftlichen Überlegungen andere Ziele.

**Zu Frage 2 b:**

**Welche Nutzungen öffentlicher Natur wurden für die frei werdenden Gebäude an der Kirchgasse geprüft?**

Aufgrund einer aktuellen Erhebung und Analyse kommt der Stadtrat zum Schluss, dass nach einem Auszug des Naturmuseums und des Kunstmuseums weder die Liegenschaft Kirchgasse 10 noch die Liegenschaft Kirchgasse 8 für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben benötigt werden.

**Zu Frage 2 c:**

**Warum steht eine Nutzung durch Private im Vordergrund? Führt der Stadtrat bereits Verhandlungen mit Interessierten?**

Nachdem seitens der öffentlichen Hand kein Nutzungsbedarf im Vordergrund steht, ist es naheliegend, dass diese Liegenschaften einer privaten Nutzung zugeführt werden können. Konkrete Verhandlungen wurden bis dato keine geführt. Es ist aber davon auszugehen, dass die zentrale Lage dieser Liegenschaften – selbst bei wachsendem Onlinehandel – auf Marktinteresse stossen dürfte. Gerade Händler, die den E-Commerce-Kanal ausgebaut

haben, nutzen in jüngster Zeit im Übrigen wieder vermehrt gute Lagen, um mit den Kunden direkt in Kontakt zu treten.

Die Qualität und Stärke der Nutzungsmischung hat einen entscheidenden Einfluss auf die Ausstrahlungskraft und Leistungsfähigkeit einer Innenstadt. Der Stadtrat sieht die «Freigabe» der beiden Museumsliegenschaften an der Kirchgasse deshalb als eine Chance, um die Belebung der Innenstadt weiter zu fördern und den Branchenmix mit neuen Angeboten zu stärken.

In Bezug auf die historische Bedeutung ist zu erwähnen, dass sich die beiden Liegenschaften Kirchgasse 8 (Kunstmuseum) und 10 (Naturmuseum) gemäss gültigem Zonenplan der Stadt Olten in der Altstadtzone befinden. Die Liegenschaft Kirchgasse 10 wurde zudem in das amtliche Inventar der unter öffentlichem Schutz stehenden Altertümer des Kantons Solothurn aufgenommen (Altertümerschutz ist im Grundbuch angemerkt). Allfällige Bauprojekte werden deshalb hinsichtlich Ortsbild- und Objektschutz stets und unabhängig von der Eigentümerschaft von der Altstadtkommission unter Einbezug der kantonalen Denkmalpflege geprüft. Bei der Liegenschaft Kirchgasse 10 braucht es für jede bauliche Veränderung zudem zwingend die schriftliche Zustimmung der kantonalen Denkmalpflege.

Diese Einschränkungen gelten sowohl im Falle einer Abgabe der Liegenschaften im Baurecht wie auch bei einem Verkauf.

### **Zu Frage 3:**

**Wie wird sichergestellt, dass Bevölkerung, Parteien, Organisationen usw. Gelegenheit haben, bei der Neu- und Umnutzungen städtischer Liegenschaften in der Innenstadt ihre Ideen einzubringen?**

Grundsätzlich werden alle zu einem Verkauf vorgesehenen Liegenschaften und Grundstücke öffentlich ausgeschrieben. Der Stadtrat beschliesst die mit einem Verkauf verbundenen Anforderungen. Für Veräusserungen bis zum Betrag von Fr. 1 Mio. ist im Einzelfall der Stadtrat zuständig; für solche mit höherer Preissumme das Gemeindeparlament. Bevölkerung, Parteien und Organisationen stehen für eine Einflussnahme die üblichen politischen Instrumente zur Verfügung, von der Petition über einen Vorschlag bis hin zu Vorstössen von Parlamentariern.

### **Zu Frage 4:**

**Nach welchen Kriterien entscheidet der Stadtrat über An- und Verkäufe von Liegenschaften?**

Der Stadtrat orientiert sich diesbezüglich an den in der «Richtlinie für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaften und Grundstücken» stipulierten Grundsätzen.

- - - -

**Eugen Kiener:** Vorerst danken wir Stadtrat Thomas Marbet für die Beantwortung dieser Fragen. Ihr wisst, in weiten Teilen Europas unterliegen die Innenstädte einem starken Wandel. Der stetige Ausbau der Shopping-Centers in den Agglos, die massive Konzentration im Detailhandel und die wachsende Bedeutung des Online-Shoppings führen zu starken Veränderungen im Verkaufsgeschäft. Dazu kommt die Möglichkeit, dass man Dienstleistungen der Bank, Post und auch der Gemeinde heute von daheim aus am PC machen kann. Das alles führt zu weniger Publikumsverkehr in den Innenstädten und zu leerstehenden Ladenlokalen. Olten ist davon stark betroffen. Das wissen vor allem diejenigen, welche die Stadt noch erlebt haben, als sie in den 70er- und 80er-Jahren ein reiches Angebot an Läden und Dienstleistungen hatte. Erschwerend für unsere Stadt kommt

dazu, dass Olten zwei gleich starke Stadtteile hat, die durch die Aare und die Verkehrswege stark voneinander getrennt sind und die eigentliche Innenstadt nur zu einem Stadtteil gehört. In der Begründung zu unserer Eingabe hat die Fraktion SP/Junge SP weitergehende Themen angeschnitten, die Stadtplanung und die Stadtentwicklung. Diese werden in der Antwort des Stadtrates nicht aufgegriffen. Es geht aus den Ausführungen nicht hervor, ob der Stadtrat eine konkrete Vorstellung hat, wie es mit der Oltnen Innenstadt weitergehen soll. Aber ich muss zugeben, das ist nicht konkret so gefragt worden. Aufgrund der eingangs zitierten Entwicklungen kommt den städtischen Liegenschaften an der Kirchgasse eine grosse Bedeutung zu, auch dem Hübelischulhaus und anderen Gebäuden, die der Stadt gehören. Jetzt zeichnen sich Veränderungen ab, Möglichkeiten ergeben sich, und es heisst, klug und sorgfältig zu handeln und zu planen. Die Fraktion empfiehlt dem Stadtrat, Fragen der Stadtentwicklung mit grosser Aufmerksamkeit zu behandeln. Zu einzelnen Ausführungen: Unter 2. städtische Liegenschaften an der Kirchgasse steht unter 2a, dass die Migros an den entsprechenden Liegenschaften Interesse bekundet hat. Bei 2c steht dann, dass noch keine konkreten Verhandlungen geführt wurden. Für Aussenstehende tönt dies etwas nach einem Wider-spruch. Sicher ist es aber so, dass die Geschäfte auch an dieser besten Lage eigentlich heute schwer zu vermieten sind. Unter 2b schreibt der Stadtrat, er komme zum Schluss, dass die Liegenschaften Kirchgasse 8 und 10 nicht für öffentliche Aufgaben benötigt werden. Dies aufgrund einer aktuellen Erhebung und Analyse. Diese Aussage findet die Fraktion SP/Junge SP verwunderlich. Bis letzte Woche ist eine Publikumsumfrage der Stadtbibliothek gelaufen. Dort hatte es durchaus Fragen, die Richtung neue Räumlichkeiten interpretiert werden konnten. Es scheint, dass hier verwaltungsintern etwas mit der Kommunikation nicht stimmt. Auf jeden Fall wäre die Schaffung eines Bibliothek- und Literaturzentrums in den entsprechenden Liegenschaften eine prüfenswerte Option. Vielleicht würde sich ja dafür eine Mäzenin oder ein Sponsor finden lassen. In den Unterlagen haben wir auch noch die Richtlinien für strategische Vorgehen bei Verkäufen und Käufen erhalten. Das hat uns den Anstoss gegeben, dieses Reglement noch etwas anzuschauen. Dort sind unter Artikel 2 die Grundsätze aufgeführt. Diese lassen einen gewissen Interpretationsspielraum offen. Aber aus der Sicht der Fraktion SP/Junge SP sagen sie klar, dass der Verkauf einer Liegenschaft wie diejenige des Cultibos am Bifangplatz nach diesen Grundsätzen – dieser Verkauf ist vor zwei Jahren erfolgt - eigentlich nicht vorgesehen wäre. Überhaupt sind für unsere Fraktion Liegenschaftsverkäufe der Stadt eigentlich ein Tabu. Für die öffentliche Hand hat jede Liegenschaft einen strategischen Wert, entweder, indem man sie direkt nutzt, oder dass man sie gegen ein wichtigeres Gebäude eintauschen kann. In diesem Sinne erklären wir uns aber mit der Beantwortung der eingereichten Fragen befriedigt.

**Tobias Oetiker, Olten jetzt!:** Uns haben bei dieser Interpellation weder die Fragen noch die Antworten zu Begeisterungstürmen hingerissen. Was uns jedoch interessieren würde, sind auch die aktuellen Erhebungen und Analysen, die der Stadtrat hier laut der Beantwortung der Frage 2 b durchgeführt hat. Was ist hier analysiert und erhoben worden? Dann ist noch so ein Metaeindruck entstanden. Möchte die SP eigentlich wissen, ob das Kunstmuseum jetzt wirklich ins Hübeli umzieht und ob dieser Entscheid schon gefallen ist? Man könnte es auch direkt fragen. Das frage ich jetzt den Stadtrat.

**Anita Huber, Fraktion Grüne:** Zuerst einmal ist diese Interpellation lieblos und formalistisch beantwortet. Bei den meisten Antworten wird der Eindruck vermittelt, da soll weiteres Tafelsilber in Form der beiden städtischen Liegenschaften 8 und 10 zu Geld gemacht werden. Aber Achtung! Das kann man nur einmal machen. Dann sind die zentral gelegenen Gebäude im Privatbesitz und die Stadt hat keinen Einfluss mehr auf die Nutzung, auch wenn zum Beispiel später einmal ein Lagerhaus oder ein Sexshop betrieben wird. Wenn das Schulhaus im Kleinholz tatsächlich fertig gebaut ist, kann eine Verlegung des Kunstmuseums ins Hübelischulhaus diskutiert werden. Erst wenn dies gelungen ist, kann eine private Nutzung der heutigen Museumsgebäude geprüft werden. Auch wenn jetzt kein Nutzungsbedarf der öffentlichen Hand im Vordergrund steht, wäre es auf jeden Fall falsch, die beiden zentralen Gebäude zu verkaufen. Die Liegenschaften könnten, wenn man sie wirklich nicht öffentlich nutzen möchte, vermietet werden oder sie dürften höchstens im Baurecht abgegeben werden und zwar mit einem Gestaltungsplan, der auch die Nutzung umfasst. Die Frage 3 nach Teilhabe der Bevölkerung in der Diskussion zu städtischen

Liegenschaften scheint nicht verstanden worden zu sein. Da wird auf Reglemente und Richtlinien verwiesen. Doch die Richtlinien für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaften und Grundstücken müsste angepasst werden, denn heute haben wir weder eine Kommission für Stadtentwicklung noch eine Baukommission, die eine korrigierende Haltung der Bevölkerung einbringen könnte. In der Antwort heisst es, wer mit den Entscheiden des Baudepartementes oder Stadtrates nicht einverstanden sei, könne Unterschriften sammeln, um eine Petition einzureichen oder parlamentarische Vorstösse zu machen. Die SP hat dies jetzt gemacht. Aber was genau ist das Resultat? Die Antwort hätte dann auch anders ausfallen können, nämlich, dass im Sinne einer partizipativen Entscheidung interessierte Kreise Ideen einbringen könnten. Wir hatten dies schon einmal. Das hat damals Olten 2020 geheissen. Die Stadt weiss, wie man dies organisiert. Es wäre auch zu überlegen, ob das Parlament schon bei Verkäufen ab einem Betrag von einer halben Million zuständig sein sollte.

**Philippe Ruf, SVP-Fraktion:** Wir finden es wichtig, dass es thematisiert wird, und danken den Interpellanten für den Vorstoss. Die Fragen sind grundsätzlich geklärt und sind für uns befriedigend. Es ist nachvollziehbar und wird sinnvoll auf Reglemente verwiesen. Das ist zufriedenstellend für uns. Was wir uns generell überlegen müssen und für die Leute, die hier von Gebäude verkaufen, kaufen reden, was ist die Aufgabe einer Stadt? Das ist eine grundsätzliche Diskussion, der man sich stellen muss. Inwiefern ist es eine Aufgabe einer Stadtverwaltung, mit Immobilien zu spekulieren? Spekulieren hat immer etwas einen negativen Beigeschmack. Aber es gibt durchaus auch Städte, die keine Immobilien halten, die ins Finanzvermögen gehen. Dass man einfach sagt, okay, wir haben die Gebäude, wo wir beispielsweise Schulhäuser, ein Stadtverwaltungsgebäude etc. haben. Dadurch muss man sich dadurch auch Gefahren bewusst sein. Wir haben jetzt vielleicht eine Hochkonjunktur, wo die Immobilienpreise steigen, wo es tiefe Zinsen gibt etc. Aber es kann durchaus auch in eine andere Richtung gehen. Dadurch ist es auch durchaus kritisch zu bewerten, wenn die Stadt ausserhalb ihrer eigentlichen Aufgabe auch noch zusätzliche Gebäude hält.

**Daniel Kissling:** Ich möchte noch kurz auf die SVP antworten. Natürlich ist es immer Spekulation. Aber wenn wir jetzt von Gebäuden an der Kirchgasse reden, ist die Chance, dass diese Gebäude bald nichts mehr wert sind, relativ klein. Ich weiss nicht, wann zum letzten Mal ein Gebäude an der Kirchgasse weniger Wert als im Jahr vorher gewesen wäre. Ich kann es mir gerade nicht vorstellen. Abgesehen davon möchte ich schon auch noch beliebt machen, dass man einfach einmal klarer kommuniziert, was die Strategie ist. Wir haben dort potenziell drei Gebäude, die frei werden, wo etwas damit passieren könnte, und wir wissen alle nicht, was passieren wird. Es tönt etwas danach, dass das Kunstmuseum hineinkommen sollte. Aber wir wissen es nicht. Ich fände es schön, wenn man die Gesamtstrategie irgendeinmal vorstellen und sagen würde, was die Idee ist. Dann könnte man auch sagen. Ja, wir unterstützen dies oder ja, wir finden dies nicht so gut und wollen etwas anderes hören.

**Philippe Ruf:** Ich möchte noch als Einzelsprecher das Wort ergreifen und auch etwas ins gleiche Horn wie die Sprecher von Olten jetzt! stossen. Persönlich finde ich es effektiv wichtig, dass wir genau gleich, wie sie dies angesprochen haben, die Diskussion und auch die Museumsverschiebung und wenn es nachher vor das Volk kommt, als Input für die Antworten, die der Stadtrat geben wird, dass auch die Diskussion geführt wird, wollen wir beispielsweise überhaupt ein Naturmuseum und welche Möglichkeiten gibt es, bevor das Volk nachher einfach die Vorlage erhält? Zügeln wir es ins Hübelischulhaus und in welchem Rahmen passiert dies in dieser bekannten Etappe 2? Da bin ich gleicher Meinung. Zuerst muss die Diskussion stattfinden. Ich bitte Euch, auch für die Abstimmungen, wenn sie kommen, so aufzunehmen.

**Stadtrat Thomas Marbet:** Ich versuche, die Fragen noch zu beantworten. Eugen, Du hast gefragt wegen des Widerspruchs 2a und 2b. Nein, es ist kein Widerspruch, weil zwischen diesen zwei Fragen zwei Jahre liegen, und das Interesse dieses Detaillisten, Detailhandelsunternehmung, hat sich immer auch auf das Kopfhaus bezogen, das ehemalige Vögeli-Haus, wo jetzt dieser Foodplace entsteht und zusammen mit den anderen beiden

Liegenschaften. Das ist jetzt nicht mehr zu haben. Deshalb ist dieses Interesse auch nicht mehr vorhanden. Vielleicht noch einmal zum Bifang. Es ist so. Wir haben diese Liegenschaft verkauft. Der Vorplatz, dort, wo jetzt die tollen Blumen, der Brunnen ist, gehört alles immer noch der Stadt. Auch die Engelbergstrasse 7 gehört der Stadt. Das Schulhaus gehört auch immer noch der Stadt, und die verbindende Gemeindestrasse gehört auch immer noch der Stadt. Die Einflussmöglichkeit der Gemeinde ist eigentlich nach wie vor sehr gross, und es gibt ja jetzt auch eine Gestaltungskommission dazu. Vielleicht noch zur Frage von Tobias, was die Überlegungen waren. Das sind das Regierungsprogramm und der Finanzplan, die wir vorgelegt haben. Dann ist gefragt worden, was denn jetzt schon entschieden oder beschlossen ist. Nichts. Zuerst muss hier das Raumprogramm des neuen Schulhauses bestätigt werden. Dann muss das Parlament einen Projektionskredit freigeben. Das kann es bis 4 Millionen Franken in seiner Kompetenz. Dann braucht es eine Volksabstimmung über den Gesamtkredit des neuen Schulhauses. Parallel dazu läuft die Planung mit der Neunutzung des Hübelischulhauses durch die Museen. Aber auch dazu braucht es mindestens noch eine Projektion. Diese haben wir beschlossen. Das haben wir schon zur Verfügung. Aber es braucht dann auch dort noch einen Ausführungskredit und das wird je nach Grössenordnung sicher mindestens dem fakultativen Referendum unterliegen. Nutzungen sind an der Kirchgasse natürlich eingeschränkt. Es kann nicht irgendetwas gemacht werden. Man muss auch daran denken, dass die Liegenschaft des Naturmuseums unter kantonalem Einzelschutz ist. Dort kann man grundsätzlich nichts verändern. Die Fassade kann vielleicht gestrichen werden, im besten Fall vielleicht noch eine Lukarne auf das Dach aufgestellt werden. Aber auch das ist schon kritisch. Selbst die Tragstruktur muss gemäss Denkmalschutz so erhalten bleiben, wie sie heute zur Verfügung steht.

Mitteilung an  
Direktion Bau/Kurt Schneider (2)  
Stadtschreiber/Markus Dietler  
Stadtplaner/Lorenz Schmid  
Kanzleiakten

Verteilt am

# **Richtlinie für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaften und Grundstücken**

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 40 der Gemeindeordnung vom 28. September 2000, beschliesst:

## **I. Allgemeines**

### *Art. 1 Zweck*

Mit diesen Richtlinien legt der Stadtrat seine strategischen Grundsätze für das Vorgehen bei Verkäufen und Käufen von Liegenschaften und Grundstücken fest.

### *Art. 2 Grundsatz*

<sup>1</sup> Es wird eine aktive, systematische und vorausschauende Liegenschaftspolitik angestrebt, welche auf die finanziellen Möglichkeiten ausgerichtet ist.

<sup>2</sup> Es werden nur Liegenschaften und Grundstücke im Eigentum der Stadt Olten behalten oder neue erworben, welche zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben oder zur Förderung der im übergeordneten öffentlichen Interesse stehenden aktiven Stadtentwicklung dienen.

<sup>3</sup> Zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben werden genügende Baulandreserven gesichert. Dies erfolgt primär durch die Ausscheidung von Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen im Rahmen der Ortsplanung.

## **II. Verkauf von Liegenschaften und Grundstücken**

### *Art. 3 Grundsatz*

<sup>1</sup> Liegenschaften und Grundstücke, welche die unter Abs. 2 und 3 von Artikel 2 erwähnten öffentlichen Interessen nicht erfüllen, werden grundsätzlich veräussert. Dabei soll ein marktkonformer bzw. ortsüblicher Verkaufspreis erzielt werden.

<sup>2</sup> Es ist durch geeignete Vorbehalte dafür zu sorgen, dass Bauland bzw. Liegenschaften nicht der Spekulation zugeführt, sondern nur an ernsthafte und geeignete Bewerbende veräussert wird, die sich durch ein entsprechendes Bauvorhaben ausweisen können. Dabei sind auch die städtebaulichen Qualitäten angemessen zu berücksichtigen.

### *Art. 4 Grundlagen zur Beurteilung eines Verkaufes*

Bei jeder zur Veräusserung vorgesehenen Liegenschaft bzw. Grundstück werden insbesondere folgende Grundlagen zur Beurteilung aufgezeigt:

- a Aktuelles und neutrales Verkehrswertgutachten
- b Rendite
- c Baulicher Zustand und damit verbundenen Kosten für die Instandstellung und Unterhalt
- d Städtebaulicher Stellenwert bzw. Bedeutung für die bauliche und nutzungsmässige Entwicklung unter Einbezug der relevanten Umgebung.

### *Art. 5 Vorgehen vor der öffentlichen Ausschreibung*

<sup>1</sup> Die Kommission für Stadtentwicklung und die Baukommission werden bei der Erarbeitung der unter Art. 4, lit. d aufgeführten Grundlagen frühzeitig in den Prozess einbezogen. Sie geben zuhanden des Stadtrates eine Empfehlung ab.

<sup>2</sup> Der Stadtrat beschliesst unter Abwägung aller Aspekte über einen allfälligen Verkauf einer Liegenschaft bzw. eines Grundstückes, über die Ausschreibungsart und die mit dem Verkauf

verbundenen Anforderungen. Die Empfehlungen der Kommissionen werden angemessen berücksichtigt.

<sup>3</sup> Der Stadtrat kann in begründeten Fällen einen Gestaltungsplan erlassen um die städtebauliche Qualität sicherzustellen. Dabei muss aber der Gestaltungsplan die notwendige Flexibilität zulassen um den baulichen und nutzungsmässigen Vorstellungen der Kaufinteressent/-innen gerecht werden zu können.

#### *Art. 6 Öffentliche Ausschreibung*

<sup>1</sup> Grundsätzlich werden alle Verkäufe von Liegenschaften und Grundstücken öffentlich ausgeschrieben.

<sup>2</sup> In Ausnahmefällen kann auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet werden, sofern wichtige Gründe dafür sprechen, (z. B. soziale Aspekte, im öffentlichen Interesse stehende Nutzungen, karitative Institutionen, kleine Restflächen usw.).

<sup>3</sup> Gestützt auf den Beschluss des Stadtrates führt die Liegenschaftenverwaltung die öffentliche Ausschreibung durch. Die Mieterinnen und Mieter sind vor der öffentlichen Ausschreibung einer Liegenschaft rechtzeitig zu informieren.

#### *Art. 7 Verkaufsunterlagen*

<sup>1</sup> Neben den üblichen Verkaufsunterlagen wie Verkehrswertgutachten, Bauzustand, Pläne, Zonierung usw. können wo nötig auch städtebauliche, verkehrsplanerische und nutzungsmässige Rahmenbedingungen festgelegt werden.

<sup>2</sup> Bei Liegenschaften oder Grundstücken, welche im städtebaulichen Kontext einen wichtigen Stellenwert einnehmen, werden von den Kaufinteressenten/innen neben dem Kaufangebot auch Überbauungsvorschläge verlangt.

#### *Art. 8 Zuschlag*

<sup>1</sup> Sofern die städtebaulichen und nutzungsmässigen Aspekte eine untergeordnete Rolle spielen, erhält grundsätzlich der/diejenige Anbieter/in mit dem höchsten Preisangebot den Zuschlag.

<sup>2</sup> In den Fällen, wo mit den Verkaufunterlagen auch städtebauliche, verkehrsplanerische und nutzungsmässige Rahmenbedingungen festgelegt werden und/oder Überbauungsvorschläge verlangt werden, erhält der/die Anbieter/in den Zuschlag, welcher/welche das für die Stadtentwicklung erfolgsversprechendste Angebot bzw. Überbauungsvorschlag inkl. Nutzung einreicht.

<sup>3</sup> Auf Grund der eingegangenen Angebote entscheidet der Stadtrat oder das Gemeindeparlament über den Zuschlag.

#### *Art. 9 Kompetenzen*

Gemäss dem Gemeindebeschluss betr. Erwerb und Veräusserung von Grundstücken zur Förderung der Stadtentwicklung vom 4. Dezember 1988 ist für Veräusserungen bis zum Betrag von Fr. 1 Mio. im Einzelfall der Stadtrat zuständig, für solche mit höherer Preissumme das Gemeindeparlament.

### **III. Kauf von Liegenschaften und Grundstücken**

## *Art. 10 Grundsatz*

<sup>1</sup> Zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben sind genügende Baulandreserven sicherzustellen. Dies geschieht insbesondere durch die Ausscheidung von Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen im Rahmen der Ortsplanung.

<sup>2</sup> Es werden grundsätzlich nur Liegenschaften und Grundstücke erworben, wenn:

- a diese für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben notwendig und geeignet sind.
- b damit übergeordnete öffentliche Interessen der Stadtentwicklung verfolgt werden, z. B. zur Ansiedlung von attraktiven Wohn- und Arbeitsplätzen.
- c damit stadteneigene Grundstücke sinnvoll arrondiert werden und damit bessere Überbaumöglichkeiten und später auch höhere Verkaufspreise erzielt werden können.
- d es sich um einen vertretbaren Kaufpreis handelt

## *Art. 11 Vorgehen*

<sup>1</sup> Zum Kauf angebotene Liegenschaften und Grundstücke werden nach den in Art. 10 aufgeführten Kriterien beurteilt. Bei Bedarf wird ein neutrales Verkehrsgutachten erstellt.

<sup>2</sup> Im Falle eines Kaufwillens führt der Stadtrat die Verhandlungen. Im Falle eines Kaufwillens führt eine vom Stadtrat bestimmte Delegation die Verhandlungen.

<sup>3</sup> Auf Grund der durchgeführten Verkaufsverhandlungen entscheidet der Stadtrat oder das Gemeindeparlament über den Kauf.

## *Art. 12 Kompetenzen*

Gemäss dem Gemeindebeschluss betr. Erwerb und Veräusserung von Grundstücken zur Förderung der Stadtentwicklung vom 4. Dezember 1988 ist für den Erwerb bis zum Betrage von Fr. 2.5 Mio. im Einzelfall der Stadtrat zuständig, für solche mit höherer Preissumme das Gemeindeparlament.

## **IV. Übergangs- und Schlussbestimmungen**

### *Art. 13 Inkrafttreten*

Diese Richtlinie tritt mit Beschluss des Stadtrates in Kraft.

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 24. Mai 2018

Prot.-Nr. 89

## Interpellation Urs Knapp (FDP) und Mintunterzeichnende betr. «Warum vergibt Olten Planungsaufträge meistens ans gleiche Büro?»/Beantwortung

Am 21. März 2018 haben Urs Knapp (FDP) und Mintunterzeichnende folgende Interpellation eingereicht:

«Das Magazin KOLT thematisiert in zwei Artikeln im Februar und im März 2018 die engen und persönlichen Beziehungen zwischen der Stadt Olten und dem privaten Planungsbüro Kontextplan. Der Stadtrat veröffentlichte am 15. Januar 2018 die Medienmitteilung «Stadtentwicklung pur: Grosse Brocken kommen voran». Bezugnehmend auf diese Mitteilung schreibt KOLT: «Die Zahl der grossen Brocken, an der die Firma Kontextplan im Auftrag der Stadt Olten wesentlich beteiligt ist, ist ebenfalls sehr gross. Rund vier dieser sieben Brocken wurden von besagter Firma erarbeitet. ... Die Aufträge wurden übrigens immer direkt vergeben.»

In diesem Kontext wird der Stadtrat eingeladen, folgende Fragen zu beantworten:

1. Warum vergibt der Stadtrat Studien und Planungsaufträge zu ganz unterschiedlichen Themen (Mobilitätsplan, Schulraumplanung, Quartierentwicklung usw.) seit Jahren meistens an das gleiche Büro?
2. Wie viel bezahlte die Stadt Olten in den letzten zehn Jahren (2008 bis 2018) insgesamt für Planungs- und Studienaufträge an externe Dienstleister? Und wie hoch war der Anteil von Kontextplan an dieser Gesamtsumme?
3. Stimmt die Behauptung von KOLT, dass die Aufträge an Kontextplan immer direkt vergeben wurden und werden, ohne öffentliche Ausschreibung?
4. In der Stadtplanung und in der Verkehrsplanung bestehen zwischen bürgerlichen und linken Parteien besonders grosse sachliche Differenzen. Wichtige Führungskräfte von Kontextplan waren politisch aktiv. Wie stark beeinflusst die politische Haltung der Planerinnen und Planer die Ergebnisse ihrer Studien und Einschätzungen?»

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

### 1. Ausgangslage

Im Entlastungspaket 2014ff. vom September 2013 hat der Stadtrat beschlossen, die Kapazitäten in den Bereichen Stadtentwicklung und Stadtplanung zu verändern. Unter anderem sollte die Leitung Stadtentwicklung von 80% auf 40% reduziert, die Assistenz Stadtentwicklung aufgehoben und die Stadtplanung von 300% auf 200% (aktuell 190% inkl. Nutzungsplanung) reduziert werden. Dies hatte folgende Konsequenzen:

- Bei der Stadtplanung, die seit März 2014 der Direktion Präsidium unterstellt ist und vorher Teil der Baudirektion war, sind als Folge des Wegfalls von 110 Stellenprozenten, von denen ein gewichtiger Teil mit dem Thema Verkehrsplanung befasst war, verstärkt Drittaufträge erforderlich. Mehrere von diesen Aufträgen gingen an die in der anonymen KOLT-Kolumne erwähnte, im Jahr 2009 gegründete Firma Kontextplan – dies aber nicht etwa in der Form eines Gesamtmandates Verkehrsplanung, sondern als Einzelaufträge.
- In der Folge der Stellenreduktion bei der Stadtentwicklung kündigte die damalige Leiterin Stadtentwicklung ihre Stelle per Ende März 2014. Zur Wahrung des aufgebauten Knowhows und zur Abdeckung der vorübergehenden personellen Lücke beauftragte der Stadtrat sie daraufhin im Rahmen eines Mandats mit der externen Begleitung des Projet urbain bis zu dessen Abschluss Ende 2015. Die entsprechenden Kosten wurden durch die wegfallenden Lohnkosten kompensiert; die Stellen im Bereich Stadtentwicklung (Leitung, Assistenz) wurden vollumfänglich aufgehoben. Das Ad-personam-Mandat – die Leiterin Stadtentwicklung hatte in der Zwischenzeit zur Firma Kontextplan gewechselt – endete mit dem Projektende.

## 2. Zu den einzelnen Fragen

*1. Warum vergibt der Stadtrat Studien und Planungsaufträge zu ganz unterschiedlichen Themen (Mobilitätsplan, Schulraumplanung, Quartierentwicklung usw.) seit Jahren meistens an das gleiche Büro?*

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass der Stadtrat und die Stadtverwaltung zahlreiche verschiedene spezialisierte Dienstleister mit Studien und Planungsaufträgen beauftragen. Im Bereich Verkehrsplanung gingen wie erwähnt mehrere Einzelaufträge an die Firma Kontextplan: u.a. betr. Parkleitsystem, Verkehrskonzept Innenstadt, Einführung Tempo 30 und Begegnungszone, Stadteilverbindung Hammer. Dabei wurde auch vom vorhandenen Knowhow der Firma über den Platz Olten profitiert, indem nicht jedesmal bei Null angefangen und Wissen mit entsprechender Kostenfolge neu erarbeitet werden musste.

Bei den Projekten **Mobilitätsplan** (2013 gestartet) und **Neuer Bahnhofplatz Olten** (2009 gestartet) handelt es sich insofern um besondere Fälle, indem neben der Stadt Olten im ersten Fall auch der Kanton, im zweiten Fall Kanton und SBB als Auftraggeber auftreten. Im ersten Fall ist die Zusammenarbeit mit Kontextplan abgeschlossen, im zweiten Fall steht es mit der Finalisierung des Betriebs- und Gestaltungskonzeptes in der abschliessenden Phase.

Der Grund für die Vergabe des Ende 2015 abgeschlossenen Mandats **Olten Ost** (Quartierentwicklung) wurde in der Ausgangslage beschrieben und hat mit der Person der Mandatsträgerin zu tun.

Die **Schulraumplanung** (Auftraggeberin: Direktion Bildung und Sport) wurde in den Jahren 2010/11 bereits von der Firma Kontextplan bearbeitet; es machte daher Sinn, die Wiederaufarbeitung im Jahr 2017 in die gleichen Hände zu legen.

Das 2010/11 von Kontextplan bearbeitete Thema **Parkleitsystem** liegt heute in neuen Händen, ebenso das Thema **Olten SüdWest**. Die Begleitung der **Stadteilverbindung Hammer** durch Kontextplan ist ebenso abgeschlossen wie die **Verkehrsplanung Innenstadt**.

*2. Wie viel bezahlte die Stadt Olten in den letzten zehn Jahren (2008 bis 2018) insgesamt für Planungs- und Studienaufträge an externe Dienstleister? Und wie hoch war der Anteil von Kontextplan an dieser Gesamtsumme?*

In den Jahren 2010 bis 2017 bezahlte die Stadt Olten via laufende Rechnung insgesamt rund 671'000 Franken für Planungs- und Studienaufträge an externe Dienstleister. Davon ging mit rund 368'000 Franken gut die Hälfte an die Firma Kontextplan.

Sämtliche in den Investitionskrediten enthaltene Kosten in Planungs- und Studienaufträge abzuschätzen, ist schwierig, da deren Anteil an den jeweiligen Gesamtkosten stark von der Art des Projektes und dem jeweiligen Projektstand abhängig ist und daher zwischen geschätzt 10% und 100% schwanken kann. Deshalb geht auch die Honorarordnung SIA beim Anteil für strategische Planung und Vorstudien – im Gegensatz beispielsweise zu den Bereichen Projektierung, Ausschreibung, Realisierung – nicht von einem fixen Prozentsatz aus, sondern spricht von «besonders zu vereinbarenden Leistungen».

Die Summe der Bruttoinvestitionen der Stadt Olten betrug in den Jahren 2010 bis 2017 rund 154,1 Mio. Franken; darin enthalten sind jedoch nicht nur Planungs- und Bauprojekte, sondern auch beispielsweise Investitionen in Beschaffungen. Bei ausschliesslichen Bauprojekten würde die Honorarsumme durchschnittlich rund 15% betragen, was im konkreten Fall rund 23,1 Mio. Franken bedeuten würde. Die gesamte Honorarsumme für die Firma Kontextplan in den Jahren 2010 bis 2017 betrug rund 1,46 Mio. Franken, wovon (abzüglich der oben erwähnten Aufträge via laufende Rechnung) 1,09 Mio. Franken über die Investitionsrechnung verrechnet wurden.

*3. Stimmt die Behauptung von KOLT, dass die Aufträge an Kontextplan immer direkt vergeben wurden und werden, ohne öffentliche Ausschreibung?*

Die Vergaben entsprachen und entsprechen jeweils dem geltenden Submissionsrecht. Dieses sieht im Übrigen auch Ausnahmen vor, unter denen auch oberhalb der festgelegten Grenzwerte freihändige Verfahren möglich sind (§15 des kantonalen Gesetzes über öffentliche Beschaffungen).

*4. In der Stadtplanung und in der Verkehrsplanung bestehen zwischen bürgerlichen und linken Parteien besonders grosse sachliche Differenzen. Wichtige Führungskräfte von Kontextplan waren politisch aktiv. Wie stark beeinflusst die politische Haltung der Planerinnen und Planer die Ergebnisse ihrer Studien und Einschätzungen?*

Bei Beratungsmandaten ist nicht die politische Gesinnung der Mandatsnehmer gefragt, sondern ihre fachliche Kompetenz. Der Stadtrat geht davon aus, dass die von ihm beauftragten Firmen und deren Exponenten fähig sind, diese Unterscheidung zu machen.

- - - -

**Urs Knapp:** Vielleicht zuerst eine Vorbemerkung. Ich bin nicht schuld, dass es 22.04 Uhr ist und dass sowieso mehr Sitzungsgeld ausbezahlt werden muss. Von daher können wir jetzt diese Interpellation noch behandeln. Wenn es jetzt 21.55 Uhr wäre, hätte ich wahrscheinlich gesagt, wir sparen dies noch. Aber jetzt machen wir dies. Dann haben wir es weg. Später gibt es ja genügend andere Vorstösse. Ich danke für die Antworten des Stadtrates. Ich habe den Eindruck, der Stadtrat hat nicht richtig begriffen, worum es mir geht. Das liegt an der Kommunikation, die ich gemacht habe. Kommunikation muss man so machen, dass sie beim Empfänger ankommt. Mein Ziel war nicht, dass man ein bestimmtes Büro, konkret Kontextplan, anschwärzt, weil es all diese Aufträge hat. Da kann Kontextplan an sich nichts dafür, dass sie seit zehn Jahren der Hauslieferant der Stadt Olten ist. Wenn man noch die SMT anschaut, sind es eigentlich seit 15 Jahren die gleichen wenigen Personen, welche die Verkehrsplanung der Stadt Olten mit immer den gleichen Ideen machen. Das schwierige

Thema ist, dass der Stadtrat nicht auch einmal andere Meinungen einbeziehen möchte, öffnet. Ein Berater, und das kann ich als Berater sagen, ist nicht ein politischer Eunuch. Ein Berater muss eine Meinung haben. Das sind verschiedene Meinungen. Es gibt in der Verkehrsplanung umso mehr verschiedene Meinungen. Aber selbst in der Physik, wenn ich jetzt den Präsidenten anschau, gibt es nicht eine einzige, in Stein gemeisselte Meinung. Diese gibt es nur in der katholischen Kirche und in der Verkehrsplanung der Stadt Olten, weil wir dort seit 15 Jahren eine einzige Meinung haben. Ich finde, das ist nicht gut. Ich glaube, es müsste genau auch im Interesse der Stadt Olten sein, dass man bei umstrittenen Vorlagen verschiedene Meinungen, verschiedene Optiken betrachtet. Die Verkehrspolitik ist umstritten und führt zu ganz unterschiedlichen Meinungen. Wenn ich jetzt ganz kurz auf die Antworten des Stadtrates eingehe, habe ich es bei der Beschreibung der Ausgangslage etwas flapsig im OT gesagt. Herr Huber hat dies in den Titel genommen. Aber das sind wirklich Nebelpetarden. Man begründet es mit etwas, was gar keine Begründung ist. Die Hauptaufträge sind vorher hinausgegangen. Es ist nicht wegen des Sparprogramms, dass jetzt plötzlich Kontextplan diese Aufträge erhält. Das ist vorher schon gelaufen. Von daher möchte man ja eine Konstruktion machen und hofft vielleicht, dass man nicht genau merkt, worum es geht. Punkt 1 habe ich erwähnt. Der Stadtrat merkt eigentlich nicht, dass es ein Problem ist, dass immer nur eine einzige Meinung, ein einziger Experte, Hofexperte angehört wird. Das ist wie der Hofnarr im Mittelalter. Er durfte dem Herrscher noch etwas sagen, ihn etwas überhören. Dann waren alle zufrieden. Gerade bei den Beratern läuft es eigentlich sonst nicht so. Bei Frage 2 von den Bezahlungen her begreife ich nicht, warum man nicht Transparenz schafft. Transparenz ist heute ein grosses Wort. Ich habe für die letzten zehn Jahre gebeten. Ich hätte ja auch für die letzten 15 Jahre bitten können, auch die Zeit, als die SMT mit Markus Reichenbach, als er dort gearbeitet hatte, und jetzt als Kontextplan die Aufträge ausgeführt hat, dass man dies nicht macht. Da frage ich mich einfach, hat man etwas zu verstecken oder hatte man die Zahlen nicht oder wollte man einfach nicht? Ich weiss es nicht. Bei der Sache mit der Ausschreibung gibt es auch wieder zwei Aspekte. Natürlich nehme ich jetzt an, dass sich der Stadtrat gerade noch im Rahmen des rechtlich Zulässigen bewegt hat. Aber was rechtlich zulässig ist, ist nicht immer richtig. Ausschreibungen, Submissionsordnungen haben ja einen Grund, dass man versucht, für eine bestimmte Situation das beste Angebot zu erhalten. Es ist sehr unangenehm für Leute, die in den Submissionen drin sein müssen. Das macht niemand gerne. Man muss – Entschuldigung für den Ausdruck – die Hose runterlassen. Man muss bis an die Schmerzgrenze gehen. Aber genau das müssten auch die Interessen der Stadt Olten sein. Bei Punkt 4 wegen der politischen Haltung ist es entweder blauäugig oder naiv oder beides zusammen. Vorgestern habe ich erfahren, dass im Gemeinderat der Stadt Solothurn eine Vorlage, eine Interpellation hängig ist, die viel schärfer formuliert ist als meine. Ich muss sagen, da kann man noch etwas lernen. Sie umfasst sieben Fragen und auch die genau gleichen Themen. Ich bin schon gespannt, wie Herr Nationalrat Fluri, Stadtpräsident von Solothurn, dann diese Fragen stellt. Einfach sagen, ja, die Berater wissen schon, was sie zu tun haben. Ich glaube, so kann man es als Auftraggeber nicht machen. Von daher kurz zusammengefasst, drei Minuten noch mehr gesprochen. Ich bin von diesen Antworten nicht befriedigt.

**Stadtpräsident Dr. Martin Wey:** Wenn ich sage, der Stadtrat oder ich danke Dir für den Vorstoss, dann meine ich dies so, weil der Vorstoss von Urs Knapp jetzt an und für sich eine Thematik in den Ratsaal hineinragt, die nicht nur in Olten, sondern in anderen Städten, wie Urs auch gesagt hat, selbst im Kanton, aber auch im Bund ein Thema ist. Was wir feststellen – ich bin jetzt auch schon lange in diesem Laden – ist, dass die Tendenz besteht, nicht nur in der Stadt Olten, ganz allgemein. Du hast einen Berater, Du bist dort irgendwie drin. Auf einmal hat dieser Berater ein grosses Wissen. Dann ist man irgendwie irgendeinmal in den Fängen – ich sage dies jetzt nicht negativ – dass Du eigentlich mit demjenigen weiterarbeiten willst, der die Arbeit, die Grundlagen schon erwirtschaftet hat, und man denkt dann als öffentliche Hand, jetzt kannst Du darauf aufbauen. Das, was eigentlich mit diesem Vorstoss einerseits konkret – Urs, ich kann jetzt nicht mehr Zahlen liefern – aber ganz allgemein eigentlich zu denken geben muss und auch uns als Exekutive und in der Verwaltung, dass man in der Arbeitsvergabe genau diesem Punkt Rechnung tragen muss.

Einerseits profitieren von den Vorarbeiten, eigentlich dort aufbauen können, aber auch den Mut und eigentlich auch die Aufgabe und die Pflicht zu haben, diese Aufträge, die man erteilt hat, schlussendlich zu hinterfragen und zu submissionieren. Deshalb erachten wir als Exekutive diese Interpellation durchaus auch nicht gerade als Warnung, aber doch als Warnung und auch als Hinweis, dass wir als Exekutive und in der Verwaltung gerade solchen Fängen nicht unterworfen sind, sondern dass wir dort kritisch bleiben und uns auch von langjährigen Beratern emanzipieren können. Es gibt einmal einen Punkt, wo man sich einfach ganz pragmatisch bzw. proaktiv von gewissen Beratungen verabschieden muss, um eben auch eine andere Sichtweise zu bekommen. Für uns war dieser Vorstoss nicht unangenehm. Er hat uns aber gezeigt, nicht nur der Stadt Olten, sondern allgemein der öffentlichen Hand, dass man bei der Vergabe solcher Aufträge, von Beratungsaufträgen dies durchaus immer wieder hinterfragen und sich auch loslösen muss. Es ist manchmal bequem, mit bisherigen Beratern weiterzuarbeiten. Aber man muss sich dort auch emanzipieren können, damit man Handlungsfreiheit und die Überprüfbarkeit der Leistungen hat.

**Doris Känzig:** In der SVP-Fraktion hat das Verständnis völlig gefehlt. Wir finden es problematisch, dass die Stadt so viele Planungsaufträge an das gleiche Büro vergibt. Wenn die letzten sieben Jahre mehr als die Hälfte der Aufträge an Kontextplan gegangen sind, kann man diese Firma schon fast als Filiale des Stadthauses bezeichnen. Ebenfalls unbegreiflich ist für uns, dass nie eine öffentliche Ausschreibung erfolgt ist. Auch wenn das Gesetz eingehalten wurde, hat man die Chance für Kosteneinsparungen so verpasst. Die Unabhängigkeit, aber auch die Kreativität leiden, wenn so viele Aufträge an das gleiche Büro geht. Der Stadtrat, wie Martin jetzt gesagt hat, begründet es auch damit, dass das Wissen ein Vorteil ist, den sie schon haben über die Stadt, und dass man nicht mehr bei null anfangen muss. Aber vielleicht hätten andere Planer bezüglich Olten SüdWest eine mehrheitsfähigere Idee gehabt als die berühmte Unterführung, die politisch gescheitert ist. Die teure Schulraumplanung hat die SVP kürzlich schon einmal kritisiert, als es um die Verlegung des Hübelischulhauses gegangen ist. Auch diese Kosten wären womöglich nach einer Ausschreibung kleiner gewesen. Die politische Beeinflussung, erwähnt in Frage 4, kann man kaum ausschalten, so wie der Stadtrat meint, weil die Grundeinstellung von links oder rechts ausgerichteten Personen grundsätzlich unterschiedlich ist, vor allem, wenn es darum geht, wie viele Kosten ein Projekt verursachen darf. Die Fragen von Urs Knapp sind berechtigt. Das gleiche Büro kann nach unserer Meinung nicht auf so viele verschiedene Themen spezialisiert sein.

**Simon Muster:** Die Fraktion SP/Junge SP möchte den Interpellanten für die Interpellation danken. Wir sind froh, dass diese Zahlen jetzt öffentlich gemacht wurden. Die Vergabe von Planungsaufträgen an das Planungsbüro Kontextplan ist zwar, wie der Stadtrat in seiner Antwort zu Recht festhält, entsprechend dem geltenden Submissionsrecht legal. Aber die Konzentration in dem Ausmass, wie vorhin schon gesagt wurde, ist sicherlich nicht im Interesse der Oltnerinnen und Oltner. Es wäre durchaus wünschenswert gewesen, dass man über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus einer breiteren Abstützung von Planungsaufträgen gearbeitet hätte. So einleuchtend das Argument mit dem vorhandenen Know-how von Kontextplan auch sein mag, wäre es umso wichtiger gewesen, wenn man die Schwellenwerte dann nicht immer ausnützen würde, dass man nicht jede mögliche Ausnahme, die das Gesetz erlaubt, ausnützen würde und dass man allgemein Mandate nur sehr zurückhaltend verlängert. Die Fraktion SP/Junge SP möchte auch darauf aufmerksam machen, dass mit dem Ergebnis, das in dieser Interpellation jetzt präsentiert wurde, nicht der ständige Sparkurs erklärt werden kann. Wenn man natürlich, wie in den letzten Jahren immer wieder gemacht, städtische Aufgaben wie zum Beispiel die Stadtentwicklung und Stadtplanung an private Anbieter auslagert, ist es nur selbstverständlich, dass man plötzlich einen internen Know-how-Mangel hat. Dass man dies dann mit einer Auftragskonzentration auf einen privaten Anbieter zu ersetzen versucht, ist die logische, aber durchaus vermeidbare Konsequenz. Wir erhoffen uns vom Stadtrat, dass er Planungsaufträge vermehrt auf mehrere Anbieter aufteilt. Das führt dazu, dass man nicht mehr unnötig vom Know-how eines privaten Anbieters abhängig wird und beim Ablauf der Submissionsfrist

nicht das ganze Know-how verloren geht, sondern dass dann genügend interne Fachkompetenz vorhanden ist.

**Daniel Kissling, Olten jetzt!:** Auch wir danken Urs Knapp für die Interpellation. Wir haben uns schon länger gefragt, wie das Ganze mit Kontextplan hin- und hergeht, auch als wir durch das KOLT und andere Medien gehört haben, dass dies der Fall ist. Ich bin der gleichen Meinung wie Urs Knapp, dass es sich so etwas anfühlt, wie wenn die Stadt die Antworten nur sehr widerwillig gegeben hätte. Wenn man dann einfach so tut, wie wenn man keine Zahlen vor 2010 hätte, ist dies wirklich nicht befriedigend und man hat das Gefühl, okay, diese wollen sie einem einfach nicht zeigen. Wie Urs Knapp auch schon gesagt hat, ist es nicht so, dass vor Kontextplan alles ganz normal gelaufen wäre. Vorher hat es die SMT AG, wo unter anderem die gleichen Leute dabei waren. Wenn man noch einmal bedenkt, dass Frau Eva Gerber, nachdem sie hier als Stadtentwicklerin gearbeitet hat, nachher zu Kontextplan gegangen ist und jetzt quasi bei diesen Projekten immer noch mitarbeitet, mag es zwar schon sinnvoll sein, wenn man sagt, diese Person hat das Know-how, aber es ist dann für unseren Geschmack doch alles etwas gar miteinander verbandelt, vor allem auch so verbandelt, dass man umso mehr Transparenz und Klarheit schaffen müsste, weil man sonst einfach auf falsche Gedanken kommt. Weiter aufgefallen ist uns, dass zwar, wenn man die Investitionsausgaben anschaut, die eineinhalb Millionen schon nicht riesig sind, aber, wenn man dann sieht, dass 50 % der Sachen, die über die laufende Rechnung gezahlt wurden, an Kontextplan gegangen ist, ist es doch eine recht grosse Summe. Wenn man die Auflistung anschaut, die uns die Stadt dankbarerweise zur Verfügung gestellt hat, und sieht, wie viele Kleinbeträge immer wieder nachgegeben wurden, immer wieder nachgeliefert werden mussten, fragt man sich schon, ob entweder Kontextplan nicht von Anfang an gut budgetiert oder ob die Stadt nicht gut budgetiert und immer wieder jemanden gebraucht hat, der halt sagt, ja, wir brauchen noch schnell dieses Gesuch, wir brauchen noch schnell dieses Strategiepapier, wir brauchen noch schnell diese Erklärung, warum wir es so machen, wie man es macht. Dann kommt man halt schon auch auf Ideen, dass man am Schluss denkt, dass vielleicht Kontextplan gar nicht vorlegt, was die Stadt machen soll, sondern mehr die Stadt sagt, was sie gerne hätte und Kontextplan dies macht. Das sind Interpretationen. Ich möchte niemandem etwas unterstellen. Aber auf solche Ideen kommt man eben gerade, wenn man immer nur den gleichen Namen liest und immer wieder sieht, dass es scheinbar der einfachste Weg für die Stadt ist, dies so zu machen. Noch eine letzte Anmerkung, die mir aufgefallen ist. Wenn man das kantonale Submissionsgesetz anschaut, gibt es eigentlich für jede Art von Submission eine Ausnahmeregelung, dass man es nicht in die Submission geben muss, sondern dass man es aus irgendwelchen Gründen einfach so direkt vergeben kann. Daran können wir heute nichts ändern. Da kann auch die Stadt nichts dafür. Aber ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, dass es, wenn man innerhalb des Gesetzes handelt, nicht immer heissen muss, dass man sauber handelt. Ich hoffe, dass vielleicht irgendjemand auf kantonaler Ebene das Submissionsgesetz bei all den Ausnahmen, die es dort gibt, anpassen und etwas entrümpeln wird.

**Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne:** Wir haben gewusst und auch gewarnt davor, dass mit der Streichung der professionellen Stadtentwicklung in der Verwaltung viel Know-how verloren gehen wird. Der Stadtrat bestätigt in seinen Antworten, dass dies so passiert ist. Dafür, dass die Stadt seither viel und gerne mit Leuten und Büros zusammenarbeitet, die, aus welchen Gründen auch immer, schon eingearbeitet sind oder sonst über ein gewisses institutionelles Wissen verfügen, finden wir in vielen Fällen nachvollziehbar. Das heisst aber nicht, dass wir mit dem Status quo so richtig zufrieden sind. Aus Antwort 3 lesen wir heraus, dass die Stadt scheinbar doch ab und zu freihändig Aufträge vergibt, obwohl zumindest eine Einladung, wenn nicht sogar eine offene Ausschreibung angezeigt gewesen wäre. Das finden wir problematisch, unabhängig davon, an welche Büros diese Aufträge vergeben worden sind. Es stimmt, das Gesetz lässt Ausnahmen zu. Aber nach unserem Dafürhalten sollte sich der Stadtrat jeweils beim Parlament absichern. Aber es geht ja in dieser Interpellation um zwei Sachen, und mit dem zweiten Punkt hatten wir dann doch eher mehr Mühe. Die Vermutung, Gutachten von Kontextplan seien politisch gefärbt, weil interne Akteure einmal Politik gemacht haben, finden wir heikel. In unserem Milizsystem machen

ganz viele Leute Politik. Wenn wir anfangen, die fachliche Integrität von Experten in Frage zu stellen, nur, weil ihre Erkenntnisse nicht ganz kompatibel mit unserer eigenen politischen Einstellung sind, begeben wir uns auf ein schwieriges Terrain. Ich sage nicht, dass alle Büros zu gleichen Erkenntnissen kommen. Aber ich bin nicht ganz sicher, ob sich diese Unterschiede entlang von politischen Ideologien abspielen. Auch wir Grüne erwarten selbstverständlich von der Stadt, dass wirklich alle Büros, welche die nötige Kompetenz mitbringen, in Betracht gezogen werden und die gleiche Chance erhalten. Das hat mit Fairness zu tun. Aber wir glauben wirklich nicht, dass sich die stadt- und verkehrsplanerischen Einschätzungen anderer Büros auch tatsächlich substantiell von denjenigen von Kontextplan und Co. unterscheiden würden. Wir gehen nämlich davon aus, dass seriöse Büros sich grundsätzlich einmal am Wissensstand innerhalb ihrer Branche orientieren und eben nicht unbedingt an politischen Ideen. Ich bin deshalb nicht sicher, ob sie dann vielleicht Berichte schreiben, die dem Interpellanten besonders viel besser gefallen würden. Aber es müssen absolut nicht immer die gleichen sein. Dieser Meinung sind wir auch. Die Aussage oder Einschätzung, dass verschiedene Büros aus politischen Gründen zu deutlich unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen, ist einfach etwas gefährlich, weil wir damit auch Zweifel an der Validität der Oltnen Verkehrspolitik schüren, auch Mobilitätsplan usw., weil ja dann implizit eigentlich Fachleute, die dahinterstehen, eine gewisse mangelnde Kompetenz oder quasi eine sehr starke politische Beeinflussung unterstellt wird. Das möchten wir eigentlich nicht. Wir finden dies etwas heikel.

**Beat Felber, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Wir danken Urs Knapp für die interessanten Fragen und dem Stadtrat für die ausführlichen Antworten. Ein drohender Wissensverlust sind wir der Meinung, und das haben hier schon viele verschiedene gesagt, dass er eine untergeordnete Rolle spielt, denn ich denke, es ist in dieser Branche üblich, dass man verschiedene Projektstände auch ausführlich dokumentiert. Hier können eigentlich unterschiedliche Fachkreise daran arbeiten, ohne dass ein grosser Reibungsverlust entstehen sollte. Das ist für uns in diesem Sinne kein Argument. Was wir jedoch als wichtig erachten würden, dass man unterschiedliche Fachkräfte miteinbeziehen würde. Es ist sicher die Ideenvielfalt. Es bezieht sich ja vielleicht nicht nur auf den Mobilitätsplan. Es gibt auch sonst Projekte, wo man unterschiedlicher Meinung sein kann. Dazu – das hat Doris Känzig schon gesagt – sind wir der Meinung, dass so dann auch mehrheitsfähige Lösungen einfacher vorgelegt werden könnten. Wie diese Interpellation zeigt, handelt es sich hier um ein sehr heikles Thema, ob jetzt von den Finanzen her, weil einzelne Private mehr als andere profitieren könnten. Wir möchten eigentlich von der Fraktion aus den Stadtrat auffordern, zukünftig oder das haben sie ja bis jetzt sicher immer schon gemacht, bei den Arbeitsvergaben einfach die nötige Vorsicht walten zu lassen. Danke.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Wir haben hier interessiert zugehört. Viele haben Urs gedankt. Es kommt mir so etwas vor, was machen wir jetzt dort? Bei der sbo waren sie ja plötzlich wieder alle dagegen, als man gleichwohl mehr Transparenz wollte. Eigentlich ist dies eine reine Stadtratssache. Das geht uns eigentlich gar nichts an. Wir können höchstens opponieren, indem wir dann einfach dagegen sind. Wenn wir wissen, es ist von dem, sind wir dann auch dagegen. Aber was machen wir jetzt damit? Urs sollte mir dies schon noch etwas sagen. Sonst gehe ich jetzt noch nicht Hause.

**Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor:** Ich habe Fabian Muster gesagt, es geht nicht länger als bis 22.45 Uhr. Wir haben noch 20 Minuten. Urs, möchtest Du diese nützen?

**Urs Knapp:** Von mir aus dauert es noch eine Minute. Ich möchte Noldi danken und sagen, Du kannst jetzt nach Hause gehen. Ich habe meine Meinung noch geändert. Das kann ich sogar manchmal zwischendurch noch. Ich bin eigentlich von der mündlichen Antwort des Stadtrates befriedigt. Martin Wey hat in seinen mündlichen Ausführungen eigentlich genau das zu erkennen gegeben, was auch die meisten Fraktionen gesagt hat, dass man sich dies überlegt. Noldi, dafür haben wir die fünf Häupter hier. Ich glaube, der Stadtrat weiss jetzt, was er zu tun hat. Da glaube ich an sie.

Mitteilung an  
Stadtschreiber  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am

**Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor:** Ich möchte noch kurz einen Hinweis machen. Wenn Ihr weiterhin glaubt, dass die Parlamentspräsidentin oder der Parlamentspräsident oder gar Martin Wey der höchste Oltner sei, möchte ich Euch einfach darauf hinweisen, dass dies seit heute nicht mehr der Fall ist. Der höchste Oltner haust jetzt auf dem Kaplaneiplatz und sitzt dort auf einem Pfosten. Damit wünsche ich einen schönen Abend und eine gute Zeit bis zur nächsten Sitzung.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.